



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

Christian Frommelt, Thomas Milic, Philippe Rochat

LANDTAGSWAHLEN 2021 – ERGEBNISSE DER WAHLUMFRAGE

BEITRÄGE 49/2021

Christian Frommelt, Thomas Milic, Philippe Rochat

Landtagswahlen 2021 – Ergebnisse der Wahlumfrage

Beiträge Liechtenstein-Institut
49/2021

Christian Frommelt, Thomas Milic, Philippe Rochat:
Landtagswahlen 2021 – Ergebnisse der Wahlumfrage
Beiträge Liechtenstein-Institut 49/2021

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autoren.

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2, 9487 Gamprin-Bendern, Liechtenstein
www.liechtenstein-institut.li

Druck: Gutenberg AG, Schaan
ISBN 978-3-9523-4345-6

Diese Publikation steht auf der Website des Liechtenstein-Instituts zum Download zur Verfügung.

INHALT

Hauptresultate in Kürze	5
1 Einleitung.....	7
2 Ausgangslage vor den Wahlen	8
3 Das Wahlergebnis.....	11
4 Parteiimages.....	14
5 Die Beteiligung	17
6 Die Meinungsbildung.....	19
6.1 Informationsverhalten	19
6.1.1 Bedeutung unterschiedlicher Informationsquellen	19
6.1.2 Nutzung von Printmedien, Radio und Fernsehen	22
6.1.3 Informationsunterlagen der Parteien	24
6.2 Entscheidungszeitpunkt	27
7 Der Wahlentscheid.....	30
7.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen.....	30
7.1.1 Soziodemografisches Profil der Wählerschaften	30
7.1.2 Sozioökonomisches Profil der Wählerschaften.....	32
7.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen	33
7.2.1 Links-Rechts-Selbstpositionierung.....	34
7.2.2 Haltungen zu politischen Werten.....	36
7.3 Wahlmotive	41
7.4 Problembewusstsein, Themen und Wahlentscheid.....	45
7.4.1 Sorgenbarometer Liechtensteins	45
7.4.2 Problembewusstsein und Wahlentscheid	48
7.5 Einzelereignisse und ihre Auswirkung auf den Wahlentscheid: Causa Aurelia Frick	48
7.6 Die COVID-19-Pandemie und der Wahlentscheid.....	51
7.6.1 Beurteilung Regierungsleistung betreffend COVID-19-Bekämpfung	51
7.6.2 Haltung zu COVID-19-Massnahmen und Wahlentscheid.....	52
7.7 Frauenwahl.....	53
8 Wählerwanderungen.....	56
8.1 Wählerstromanalyse	56
8.2 Wahlentscheid der Erstwählerinnen und Erstwähler	58
9 Wählerpotenziale und ihre Ausschöpfung	60
9.1 Bewertung des Sympathiegrads von Parteien	60
9.2 Hegen Wechselwählende noch Sympathien zu ihrer alten Partei?	63
10 Die politische Repräsentation	65
10.1 Die Regierungszusammensetzung.....	65
10.1.1 Direktwahl des Regierungschefs/der Regierungschefin.....	65
10.1.2 Bevorzugte Regierungsvariante und Koalitionsmodelle	66
10.1.3 Bedeutung der Opposition	67
10.2 Zusammensetzung des Landtages.....	67
10.2.1 Ausgewogenheit des Landtages	67

11	Politische Institutionen	71
11.1	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie	71
11.2	Vertrauen in politische Institutionen	73
11.3	Bewertung von politischen Institutionen.....	75
11.4	Politikverdrossenheit	76
12	Panaschier- und Streichverhalten	78
12.1	Anzahl Wahllisten.....	78
12.2	Stimmenherkunft	79
12.3	Sympathiestimmen und Streichungen.....	81
12.4	Parteiattraktivität und Parteidisziplin	82
12.5	Parteinähe	84
12.6	Geschlechterspezifische Sympathiestimmen.....	86
	Anhang	88
	Die Datenbasis	88
	Das Projekt	88
	Die Befragung.....	88
	Die Gewichtung	88
	Zur Interpretation der Ergebnisse.....	88
	Tabellenanhang.....	89

HAUPTRESULTATE IN KÜRZE

Noch nie ging eine nationale Wahl in Liechtenstein derart knapp aus wie 2021: Am Ende betrug die Differenz zwischen den beiden Grossparteien 42 Parteistimmen oder hauchdünne 0.02 Prozent zugunsten der VU. Beide Regierungsparteien gewannen im Vergleich zu 2017 Stimmen hinzu (VU: +2.1%; FBP: +0.6%) – ebenso wie die FL (+0.2%) und die erstmals antretende DpL (+11.1%). Einzig der Parteistimmenanteil der DU ging zurück, von 18.4 auf 4.2 Prozent, womit die Partei den Einzug in den Landtag in ihrer noch kurzen Parteigeschichte erstmals verpasste.

Das historisch knappe Ergebnis zwischen FBP und VU wirkte sich auch auf die Mandatsverteilung aus: Erstmals gab es keine mandatsstärkste Partei im Landtag, denn beide Grossparteien erzielten dieselbe Anzahl Mandate (je 10). Zusammengenommen gewannen die beiden Grossparteien gegenüber der letzten Landtagswahl drei Mandate hinzu. Vor diesem Hintergrund kann zu Recht von einem Wahlerfolg von beiden Grossparteien und damit auch der grossen Koalition gesprochen werden.

Die Wählerstromanalyse (Kapitel 8.1) zeigt zunächst, dass die grosse Mehrheit der Wählenden ihren Parteifarben treu blieb und dieselbe Partei wählte wie schon bei den letzten Wahlen (2017). Diese hohe Stabilität der Wahlergebnisse deutet bereits darauf hin, dass sich die COVID-19-Pandemie kaum auf die Wahlabsichten der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner auswirkte. Für den VU-Erfolg (+2.1%) war indessen ausschlaggebend, dass sie mehr ehemalige FBP-Wählende auf ihre Seite zu ziehen vermochte, als dies umgekehrt der Fall war (d. h. von der VU zur FBP). Weil diese Wechselstimmen bei der Ausmarchung zwischen VU und FBP doppelt zählten, konnte die höhere Attraktivität der FBP bei ehemaligen FL- und DU-Wählenden nichts mehr am Schlussverdikt ändern, wonach die VU stärker zuzulegen vermochte als die FBP (Kapitel 8). Die DU wiederum verlor fast fünf Sechstel ihrer ehemaligen Wählerinnen und Wähler, die meisten davon an die DpL (44% aller DU-Wählenden von 2017).

Die Gründe für den Wechsel von VU zu FBP und umgekehrt sind aufgrund der fast deckungsgleichen Werthaltungen beider Wählerschaften (Kapitel 7.2.2) selten inhaltlicher Natur. Vielmehr haben sie vorwiegend mit der personellen Besetzung der Regierung zu tun. Wer die Seiten wechselte, sei es von der VU zur FBP oder umgekehrt, gab als wichtigsten Wahlgrund auffallend oft (rund 70%) das Regierungsteam der bevorzugten Partei an (Kapitel 7.3).

Dass die FBP erstmals eine Frau als Spitzenkandidatin (Regierungschefin) aufstellte, führte dazu, dass die FBP von aktuellen und ehemaligen FL-Wählenden eher als attraktiv betrachtet wurde. Allerdings hatte dies wenig Einfluss auf den Wahlausgang: Zwar hätte in einer hypothetischen Direktwahl eine klare Mehrheit der FL-Wählerschaft Sabine Monauni gewählt, aber nur einige FL-Wählende von 2017 legten deshalb auch eine FBP-Liste ein. Die meisten hingegen blieben ihrer Partei, der FL, treu (Tabelle 7), trotz der aus ihrer Sicht prinzipiell zu begrüssenden Aussicht auf eine Frau an der Spitze der Regierung bei einem allfälligen FBP-Erfolg. Auch die DU- und DpL-Wählenden hätten in einer solchen hypothetischen Direktwahl eher Monauni als Risch unterstützt. Allerdings nicht, weil sie eine Frauenkandidatur generell bevorzugen, sondern wohl vor allem, weil sie mit der Regierungsleistung betreffend Corona unzufrieden waren und diese Regierungsleistung offenbar (auch) dem VU-Kandidaten für das Amt des Regierungschefs – dem stellvertretenden Regierungschef der abgelaufenen Legislaturperiode – angelastet haben (Kapitel 10.1). Indes erhielt die VU Stimmen von ehemaligen FBP-Wählenden, die der Frauenwahl keine (grosse) Bedeutung beimassen (Kapitel 7.7).

Für keine andere Wählerschaft ist das Parteiprogramm derart wichtig wie für diejenige der FL (Abbildung 26). Das hat auch damit zu tun, dass sich die FL-Wählerschaft ideologisch und gesellschaftspolitisch am stärksten von den anderen Wählerschaften unterscheidet. Während die restlichen vier Parteien – FBP, VU, DU und DpL – in der Mitte oder etwas rechts davon verortet werden, wird die FL als dezidiert linke Partei wahrgenommen. Sie steht im linken Lager deshalb auch konkurrenzlos da und weist in der Problemwahrnehmung (Klima und Gleichstellung Frauen/Männer) überdies ein von den restlichen Parteiwählerschaften deutlich unterscheidbares

Profil auf (Kapitel 7.4). Trotz scharfer Programmkonturen reichte es für die FL nicht zu mehr Stimmen, weil eine grosse Mehrheit der Liechtensteiner Wahlberechtigten sich in der Mitte oder rund um die Mitte positioniert (Abbildung 17). Das Potenzial einer linken Partei wächst zwar, ist hierzulande aber nach wie vor nicht sonderlich hoch. Trotzdem besteht bei der FL durchaus Luft nach oben, denn viele «linke» Stimmen gingen bei den Wahlen 2021 an die VU oder die FBP (Kapitel 7.2.1).

Linke Anliegen haben vor allem bei den jungen Wählenden eine Chance, wo die FL tatsächlich auch überdurchschnittlich gut abschneidet (Kapitel 7.1.1). VU und FBP sind indessen wahre Volksparteien, denn sie sind in allen Bevölkerungssegmenten breit verankert. Die DU- und die DpL-Wählerschaft ist eher männlich, aus tieferen Bildungsschichten stammend und mit eher unterdurchschnittlichem Einkommen (Kapitel 7.1). Entsprechend werden die Lebenshaltungskosten von diesen beiden Wählerschaften auch auffallend oft als drängendstes Problem genannt (Kapitel 7.4). Was die Werthaltungen anbelangt, so weisen die DU- und DpL-Wählerschaften ein fast deckungsgleiches, konservatives Profil auf (Abbildung 24). Der Grund für die häufige Wahl zugunsten der DpL (und zulasten der DU) hat also wenig mit programmatischen Differenzen zu tun, sondern hauptsächlich mit den Parteiexponenten. Überdies ist die Sympathie der DpL-Wählenden zur DU, die ein Grossteil von ihnen vor vier Jahren noch wählte, merklich abgekühlt (Kapitel 9.2). Die «Scheidung» zwischen DU und DpL hat ganz offensichtlich tiefe Wunden hinterlassen.

Die Unterschiede von DpL- und DU-Wählenden zu Wählenden von VU und FBP zeigen sich vor allem in einer stärkeren Ablehnung einer offenen Aussenpolitik und einer stärkeren Unterstützung für eine restriktive Migrationspolitik. Allerdings sind diese Themen in Liechtenstein nicht stark politisiert und auch die DpL- und DU-Wählenden räumen ihnen keine grosse Bedeutung ein. Für DU- und DpL-Wählende waren deshalb auch weniger programmatische Fragen entscheidend als vielmehr der Wunsch nach Veränderung sowie generell ein geringes Vertrauen in die Regierung.

Die «Causa Frick» wirkte sich nicht dramatisch auf den Wahlentscheid aus. Tatsächlich dürften die Ereignisse rund um die Absetzung von Aurelia Frick nur in vergleichsweise wenigen Fällen zu einem Wechsel der Parteipräferenz motiviert haben. Gleichwohl kostete dieser Fall der FBP einige Stimmen (Kapitel 7.5) – Stimmen, die am Ende möglicherweise über den Ausgang der Wahlen und die künftige Regierungszusammensetzung entschieden. Bei einem derart knappen Resultat wie dem vorliegenden *hätten jedoch viele Faktoren das Verdikt kippen können*.

Die Regierungsleistung während der COVID-19-Pandemie wird vom Gros der Wählenden positiv beurteilt (Kapitel 7.6.1). Insbesondere die DU- und DpL-Wählerinnen und -Wähler jedoch kritisieren die Regierung wegen der aus ihrer Sicht zu zögerlichen Öffnungspolitik. Eine breite Mehrheit aber ist mit der Krisenbewältigungspolitik der Regierung zufrieden, was auch die stabilen Ergebnisse der VU, FBP und FL bestätigen. Generell wird die Regierungsarbeit in den letzten vier Jahren von der Mehrheit der Wählenden als eher gut oder sehr gut bezeichnet. Der im Zuge der Wahl erfolgte Wechsel von einer FBP-Regierungsmehrheit hin zu einer VU-Regierungsmehrheit kann deshalb nicht als eine Abrechnung mit der alten Regierung verstanden werden, wie dies bei früheren Wahlen öfters der Fall war. Im Gegenteil: Wählerinnen und Wähler, die zur FBP wechselten, haben die Regierungsarbeit der letzten vier Jahre häufiger als eher oder sehr schlecht bewertet als solche, die neu der VU ihre Stimme gaben.

1 EINLEITUNG

Seit 1997 hat das Liechtenstein-Institut im Nachgang zu den Landtagswahlen stets eine repräsentative Befragung zu den Landtagswahlen durchgeführt. Eine solche Befragung gibt Aufschluss über die Motive und Einstellungen der Wählerinnen und Wähler. Sie zeigt aber auch auf, wie die Parteien von den Wählerinnen und Wählern verortet werden, wie sich die Wählerinnen und Wähler über die Landtagswahlen informieren, wann sie sich für eine bestimmte Partei entscheiden und was aus ihrer Sicht die wichtigsten Probleme Liechtensteins sind.

2021 wurde die Wahlumfrage erstmals nicht als eine Telefonumfrage im Nachgang der Wahlen konzipiert, sondern in Zusammenarbeit mit den beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt bereits im Vorfeld der Wahlen durchgeführt. Auch auf Radio Liechtenstein und 1FLTV wurde mehrfach auf die Umfrage hingewiesen. Der Online-Fragebogen wurde von mehr als 2'600 Personen aufgerufen. Für die hier präsentierte Datenauswertung wurden nur die Antworten von stimmberechtigten Personen berücksichtigt. Dies waren 1'974 Personen und damit rund 12 Prozent aller Wahlteilnehmenden. Eine so hohe Teilnahmequote ist im internationalen Vergleich einzigartig und bildet aus wissenschaftlicher Sicht eine gute Basis für eine fundierte und differenzierte Analyse des Wahlverhaltens der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner. Weitere Angaben zur Methodik finden sich im Anhang der Studie.

Die Hauptergebnisse der Umfrage wurden bereits wenige Tage nach den Wahlen in den Landeszeitungen veröffentlicht. Die Veröffentlichung erfolgte schrittweise nach den einzelnen Modulen der Umfrage. Den vorläufigen Abschluss der Auswertung bildete ein Webinar, welches am 13. April 2021 vom Liechtenstein-Institut veranstaltet wurde. Die vorliegende Studie fasst nun die verschiedenen Module zusammen und ergänzt diese durch weitere Detailanalysen und Vergleiche mit früheren Umfragen. Zusätzlich wurde das Panaschierverhalten der Wählerinnen und Wähler ausgewertet und mit den Landtagswahlen seit 2001 verglichen. Die Analyse des Panaschierverhaltens umfasst neben der einfachen Darstellung der durch Sympathiestimmen gewonnenen und durch Streichung oder andere Anpassungen verlorenen Parteistimmen auch eine Analyse, ob das Geschlecht der Kandidierenden einen Einfluss auf das Panaschierverhalten der Wählerinnen und Wähler hatte.

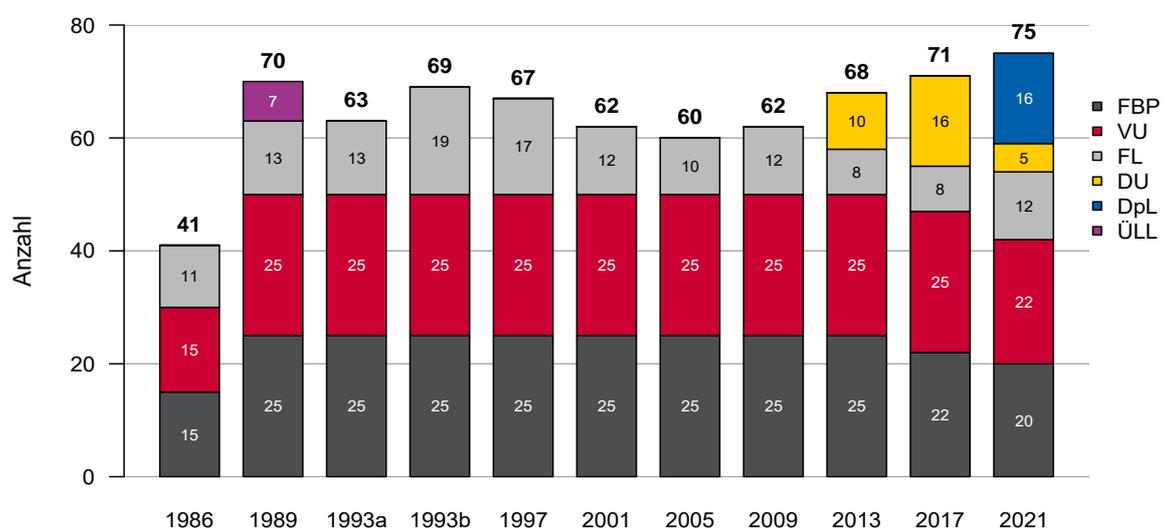
Die Studie beschränkt sich auf die Analyse der Landtagswahlen. Die im Nachgang erfolgten politischen Entwicklungen – beispielsweise im Zuge der Regierungsbildung oder bezüglich des parteiinternen Konflikts der Freien Liste – werden deshalb nicht weiter kommentiert. Ferner verzichtet die Studie auf eine detaillierte Analyse der Wahlprogramme der zur Wahl angetretenen Parteien sowie generell des Wahlkampfes. Hierzu wird zu einem späteren Zeitpunkt eine separate Studie erfolgen, welche sich auf das politische Profil der liechtensteinischen Parteien fokussiert.

Die Studie gliedert sich wie folgt. Nach einer kurzen Beschreibung der Ausgangslage für die Wahlen wird in Kapitel 3 das Wahlergebnis kommentiert. Kapitel 4 widmet sich den Parteiimages, bevor in Kapitel 5 die Beteiligung an den Landtagswahlen genauer betrachtet wird. Im Anschluss wird in Kapitel 6 die Meinungsbildung mit Blick auf das Informationsverhalten und den Entscheidungszeitpunkt analysiert. Kapitel 7 bis 11 widmen sich verschiedenen Aspekten der Wahlumfrage. Zuerst werden der Einfluss sozialer Merkmale auf den Wahlentscheid geprüft und die Relevanz der weiteren in der Umfrage erhobenen Wahlmotive dargestellt. Kapitel 7 beinhaltet auch die Analyse der Frage, ob die Wählerinnen und Wähler Frauen bevorzugten. Kapitel 8 vergleicht die Wählerwanderungen zwischen 2017 und 2021. Daran anknüpfend untersucht Kapitel 9 die Wählerpotenziale der einzelnen Parteien. Kapitel 10 und 11 widmen sich der politischen Repräsentation und den politischen Institutionen. Kapitel 12 präsentiert schliesslich die Ergebnisse der Analyse des Panaschierverhaltens.

2 AUSGANGSLAGE VOR DEN WAHLEN

Am 7. Februar 2021 waren die Liechtensteiner Wahlberechtigten aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Erstmals traten dabei fünf Wählergruppen zur Wahl an: Neben der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), der Vaterländischen Union (VU), der Freien Liste (FL) und den Unabhängigen (DU) traten erstmals die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) an. Insgesamt stellte sich eine Rekordzahl von 75 Kandidatinnen und Kandidaten der Wahl, davon 23 Frauen. Diese Rekordzahl kam zustande, obwohl zum ersten Mal keine der zur Wahl antretenden Parteien in beiden Wahlkreisen volle Listen präsentierte. Die grösste Auswahl präsentierte die VU mit insgesamt 22 Kandidatinnen und Kandidaten (14 Personen im Oberland resp. 8 Personen im Unterland). Die FBP trat mit 20 Kandidatinnen und Kandidaten an (12 OL; 8 UL) und die FL mit 12 Kandidierenden (8 OL; 4 UL). Komplettiert wurde das Kandidatenfeld durch 5 Kandidaten der DU (3 OL; 2 UL) und 16 Kandidatinnen und Kandidaten (8 OL; 8 UL) der sich erstmals den Landtagswahlen stellenden DpL.

Abbildung 1: Anzahl Kandidierende nach Parteien seit 1986



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistischem Jahrbuch und landtagswahlen.li.

Der Wahlkampf wurde gemeinhin als ziemlich ereignislos und lau empfunden, was gewiss auch mit der aussergewöhnlichen Pandemie-Situation zu tun hatte, welche Wahlkampfveranstaltungen, in denen es zu persönlichem Kontakt zwischen der Wählerschaft und den Kandidierenden kommt, ausschloss. Trotz der Corona-Pandemie waren die Wahlen durch an alle Haushalte verschickte Wahlbroschüren, diverse über das ganze Land verteilte Wahlplakate sowie die umfassende Berichterstattung in den Medien im öffentlichen Raum jedoch sehr präsent. Zudem nutzten die einzelnen Parteien ihre Websites, Facebook-Seiten und Youtube-Kanäle, um ihre Kandidierenden und ihre Inhalte vorzustellen. Mit persönlichen Kurzclips, interaktiven Diskussionsrunden sowie klassischen Parteiwerbefilmen wurden ganz unterschiedliche und im Vergleich zu früheren Wahlen auch neue Formate angeboten. Ergänzt wurden die Online-Angebote der Parteien durch überparteiliche Initiativen wie beispielsweise das Projekt Vielfalt in der Politik, welches die Kandidatinnen aller Parteien in kurzen Videobeiträgen vorstellte und diese Videos auch auf diversen Plattformen teilte. Ebenso gab es parteiunabhängige Informationsangebote wie die Plattform wahlhilfe.li, welche basierend auf den Schnittmengen zwischen den eigenen Positionen und den Positionen der Kandidierenden eine individuelle Wahlempfehlung erstellte. Diese diversen Angebote und die insgesamt hohe Präsenz der Wahlen mögen erklären, warum die Wahlbeteiligung ähnlich hoch ausfiel wie bei den letzten Wahlen.

Über alle Parteien hinweg waren der Sozialstaat mit Themen wie Altersvorsorge oder Familienpolitik, die Bildung und die Digitalisierung die drei wichtigsten Themenbereiche in den Wahlprogrammen der Parteien. Auffallend war, dass die Wahlbroschüren der einzelnen Parteien sich in Umfang und Gestaltung stark unterschieden. Dies gilt auch für die beiden Grossparteien, wonach beispielsweise die FBP in der Wahlbroschüre ein deutlich umfangreicheres Wahlprogramm präsentierte, während in den Wahlbroschüren der VU die Kandidierenden für Regierung und Landtag mehr Platz einnahmen. Die in den Wahlbroschüren aufgegriffenen Themen deckten sich aber weitgehend mit den bereits bekannten politischen Inhalten und Zielen der einzelnen Parteien.¹ Auch sonst hielt der Wahlkampf kaum Überraschungen bereit.

Verschiedene Ereignisse im Verlauf der Legislaturperiode 2017–2021 deuteten auf einen unsicheren Wahlausgang hin. Zunächst stand fest, dass im Nachgang zu den Landtagswahlen 2021 ein neuer Regierungschef oder erstmals eine Regierungschefin gewählt würde, da sich der bisherige Regierungschef Adrian Hasler (FBP) nicht mehr für das Amt zur Verfügung stellte. Ein weiteres Schlüsselereignis war der im März 2018 erfolgte Austritt des langjährigen FBP-Abgeordneten und ehemaligen Gemeindevorstehers Johannes Kaiser aus der FBP. Im November 2019 wurde Johannes Kaiser wieder in die FBP und damit die Landtagsfraktion aufgenommen. Entsprechend kandidierte er bei den Landtagswahlen 2021 erneut für die FBP. Wie die Wählerschaft auf den Austritt und Wiedereintritt reagieren würde, war ungewiss.

Eine FBP-Personalie sorgte in der vergangenen Legislaturperiode für noch mehr Aufsehen. Am 2. Juli 2019 entzog der Landtag in einer Sondersitzung der amtierenden Regierungsrätin Aurelia Frick (FBP) das Vertrauen. Nachdem der Landesfürst der Abberufung zugestimmt hatte, verlor sie ihr Amt. Grund für das Misstrauensvotum waren Vorwürfe der Intransparenz in Zusammenhang mit Budgetüberschreitungen und Beratungsaufträgen, welche in einem Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Landtages (GPK) dokumentiert wurden. Ein Jahr nach der Abberufung erhob die Staatsanwaltschaft gar Anklage gegen Aurelia Frick und ihren ehemaligen Generalsekretär wegen des Verdachts des Missbrauchs der Amtsgewalt. Die Gerichtsverhandlung gegen Frick begann am 27. Januar 2021, also rund eine Woche vor den Wahlen. Sie wurde nach 10 Stunden Verhandlung aber auf einen Termin nach den Wahlen vertagt. Die Causa Aurelia Frick war bei den Landtagswahlen folglich noch nicht gänzlich aufgeklärt. Entsprechend offen war, ob dieses Ereignis die Landtagswahlen beeinflussen würde und welche Partei davon am ehesten profitieren würde.²

Weiter kam es in der Legislaturperiode 2017–2021 zur Neugründung einer Partei: Nachdem gegen den DU-Abgeordneten Erich Hasler ein Parteiausschlussverfahren veranlasst worden war, traten Hasler und zwei weitere DU-Mandatare (Thomas Rehak und Herbert Elkuch) aus der Partei und der Fraktion aus und gründeten gemeinsam mit anderen ehemaligen DU-Mitgliedern die Demokraten pro Liechtenstein (DpL). Als Grund für die Parteispaltung wurden vor allem persönliche Konflikte zwischen einzelnen Parteioxponenten sowie unterschiedliche Ansichten über die Parteiorganisation genannt. Die durch die Abspaltung erheblich geschwächte DU bangte vor den Wahlen um den Einzug in den Landtag, umso mehr als mit Harry Quaderer und Jürgen Beck zwei langjährige Landtagsabgeordnete nicht mehr zur Wahl antraten.

Unklar war zudem, welche Auswirkungen die lebhaften und emotionalen Diskussionen im Vorfeld der Abstimmungen über die S-Bahn und die doppelte Staatsbürgerschaft auf das Wahlverhalten haben würden (Abstimmung vom 30.08.2020). Beide Vorlagen wurden von weiten Teilen des Parlaments, der Regierung und der Wirtschaft unterstützt, scheiterten an der Urne jedoch deutlich. War dies ein Hinweis darauf, dass die Opposition bei den Wahlen zulegen könnte?

1 Eine detaillierte Analyse der Themen und des Aufbaus der Wahlprogramme erfolgt in einer separaten Publikation.
2 Am 23. April 2021 wurden Aurelia Frick und ihr ehemaliger Generalsekretär vom Kriminalgericht der Täuschung für schuldig befunden. Beide Parteien legten Berufung ein. Die Berufungsverhandlung ist noch ausstehend.

All diese Ereignisse wurden schliesslich durch die COVID-19-Pandemie in den Schatten gestellt. Zwar wurde die Corona-Pandemie im Wahlkampf nicht stark politisiert. Sie erschwerte jedoch die Interaktion zwischen den Kandidierenden und den Wählenden, was die Spannung über den Ausgang der Wahlen weiter erhöhte.

Ein Effekt der Corona-Pandemie war schliesslich auch, dass nicht einmal eine Woche vor den Landtagswahlen eine Sondersitzung des Landtages stattfand. Haupttraktandum war die Genehmigung eines Nachtragskredits für die Verlängerung des Massnahmenpakets in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Das Traktandum war unbestritten und hatte somit keinen Einfluss auf die Landtagswahlen. Allerdings enthielt die Tagesordnung noch weitere Traktanden, insbesondere drei Petitionen, die sich an den Wirtschaftsminister Daniel Risch und damit den Regierungschefkandidaten der VU richteten. Dass die Behandlung dieser Petitionen im Sonderlandtag und nicht erst nach den Wahlen erfolgte, wurde von verschiedenen Landtagsabgeordneten als ein politisches Manöver betrachtet und deshalb stark kritisiert. Die Debatte über die Petition zum Erhalt der Poststelle Triesen in ihrer bestehenden Form war sehr intensiv. Es war jedoch unklar, ob die Debatte im Landtag und die dieser Debatte vorangegangenen Ereignisse tatsächlich einen Einfluss auf die Landtagswahlen haben würden, da zu diesem Zeitpunkt viele Wählerinnen und Wähler ihren Wahlentscheid wohl bereits getroffen hatten.

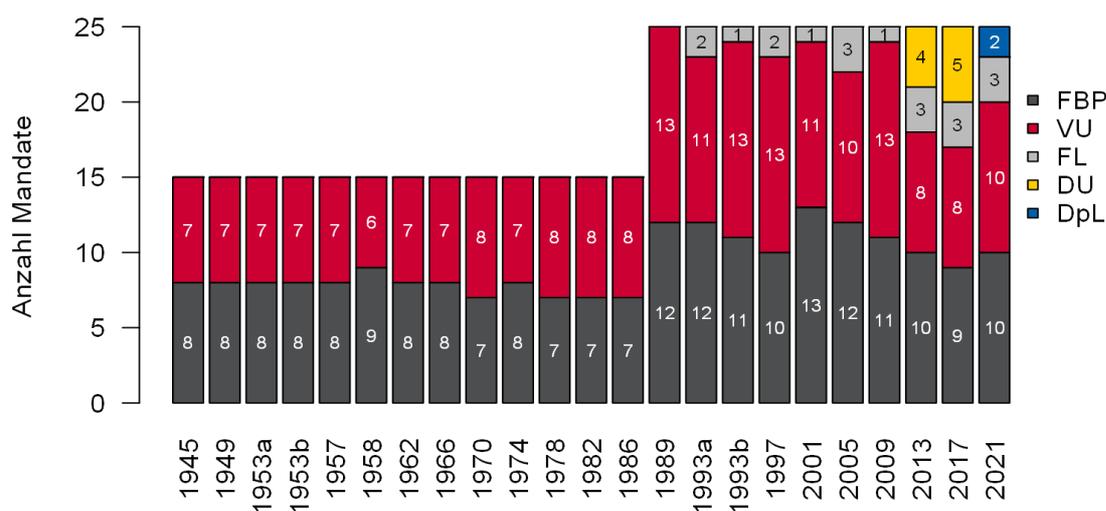
Die hier präsentierte Auflistung von Ereignissen, welche die Ausgangslage vor den Wahlen prägten, ist selbstverständlich nicht abschliessend. Der Ausgang der Wahlen wurde deshalb mit grosser Spannung erwartet. Neben der Frage, welche der beiden Grossparteien mehr Stimmen auf sich vereinigen wird und damit künftig der Regierung vorsitzen wird, interessierte vor allem das Abschneiden der beiden Parteien DpL und DU sowie das Abschneiden der Frauen, da bei den Landtagswahlen 2017 gerade einmal drei Frauen in den Landtag gewählt wurden und sich deshalb alle Parteien bereits unmittelbar nach den Landtagswahlen von 2017 eine stärkere Vertretung von Frauen im Landtag auf die Fahne schrieben.

3 DAS WAHLERGEBNIS

Der Ausgang der Landtagswahlen 2021 war denkbar knapp. Die VU konnte ihren Parteistimmenanteil³ im Vergleich zu den letzten Wahlen um 2.1 Prozentpunkte ausbauen und erzielte neu einen Anteil von 35.9 Prozent. Auf den (beinahe) gleichen Parteistimmenanteil kam die FBP, die ihrerseits einen kleinen Zugewinn von +0.6 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 erzielen konnte. Am Ende betrug die Differenz zwischen den beiden Grossparteien gerade einmal 42 Parteistimmen.⁴ Die Freie Liste vermochte ebenfalls (minimal) zuzulegen (+0.3 Prozentpunkte) und war nun mit 12.9 Prozent die dritte Kraft im Land. Die DU war die einzige Partei, die Parteistimmenanteile verlor – dies aber umso heftiger: Ihr Anteil fiel von 18.4 auf 4.2 Prozent. Hauptsächlicher Profiteur dieses Aderlasses war die DpL, die gleich bei der ersten Wahlteilnahme 11.1 Prozent erzielte und damit die Sperrklausel von 8 Prozent der landesweit abgegebenen Parteistimmen komfortabel übersprang, aber wohl dennoch hinter den eigenen Erwartungen blieb.

Das enorm knappe Ergebnis zwischen VU und FBP führte erstmals zu einer Pattsituation im Landtag: Beide Parteien erhielten dieselbe Anzahl Mandate (je 10), womit es keine mandatsstärkste Partei im Landtag gab. Die FL blieb bei ihren drei Mandaten, während die DpL zwei Mandate gewann.⁵ Die DU scheiterte hingegen an der Sperrklausel und verlor alle fünf Mandate, die sie 2017 erzielt hatte. Nicht nur die Pattsituation von VU und FBP war eine Premiere, sondern auch die Tatsache, dass beide Grossparteien zugleich einen Zugewinn an Stimmen und Mandaten zu verzeichnen hatten. Vor diesem Hintergrund kann zu Recht von einem Wahlerfolg von beiden Grossparteien und damit auch der grossen Koalition gesprochen werden, wie dies Vertreterinnen und Vertreter von VU und FBP bereits unmittelbar nach der Wahl taten.

Abbildung 2: Mandatsverteilung im Landtag seit 1986



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistischem Jahrbuch und landtagswahlen.li. Der zwischenzeitliche Parteiaustritt von Johannes Kaiser sowie die Spaltung der DU sind nicht abgebildet.

Bemerkenswert war, dass 2021 sieben Frauen in den Landtag gewählt wurden, was mehr als eine Verdoppelung ihrer bisherigen Sitzzahl (3) bedeutete. Die Wahlwahrscheinlichkeit betrug dem-

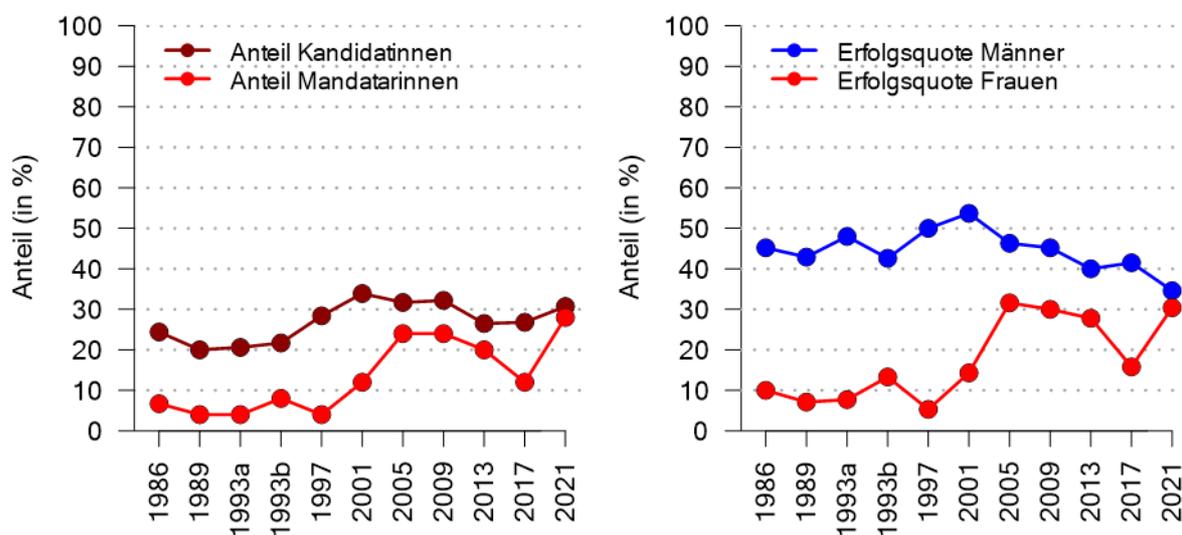
3 Zur Terminologie siehe weiter unten sowie Anhang, Tabelle 10.

4 Ist man an der effektiven Grösse der Wählerschaften interessiert, eignet sich die Wählerstärke (die von der unterschiedlichen Wahlkreis-Gewichtung bereinigte Anzahl Parteistimmen) besser. Betrachtet man ebendiese Wählerstärke, so erzielte die FBP rund 100 (bereinigte) Wählerstimmen mehr als die VU. Mehr dazu siehe: Anhang, Tabelle 10.

5 Die beiden Abgeordneten Rehak und Elkuch wurden zwar wiedergewählt, aber erstmalig als DpL-Abgeordnete.

nach rund 30 Prozent für Frauen (7 von 23 Kandidatinnen wurden gewählt), während sie für Männer etwas höher, nämlich bei 35 Prozent lag. Wie Abbildung 3 zeigt, war der Unterschied in der Wahlwahrscheinlichkeit zwischen Männern und Frauen noch nie so gering wie bei den Landtagswahlen 2021.⁶ Mit einem Frauenanteil von 28 Prozent bleiben die Frauen im Landtag jedoch auch in der neuen Legislaturperiode insgesamt untervertreten.

Abbildung 3: Anteil Kandidatinnen und Mandatarinnen sowie Wahlwahrscheinlichkeit von Männern und Frauen seit 1986

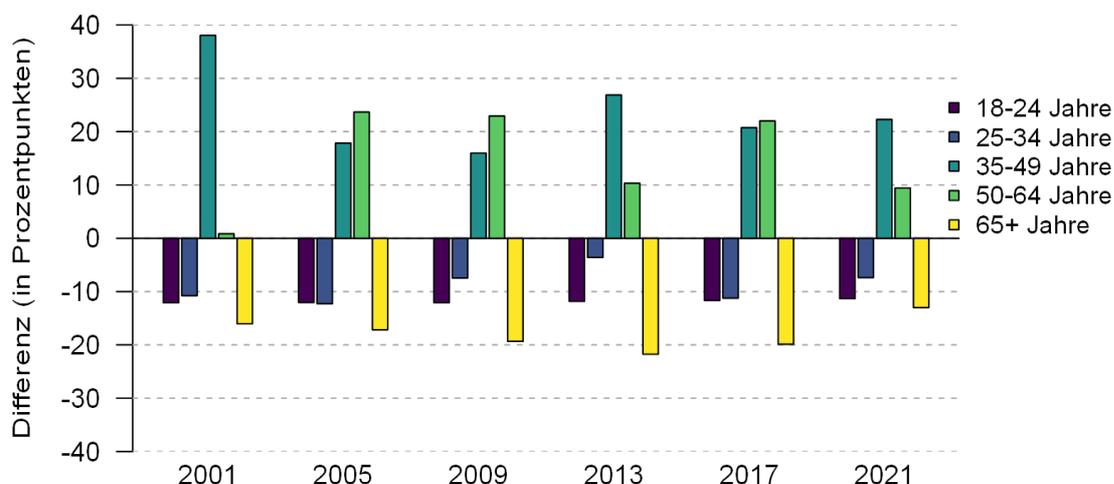


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistischem Jahrbuch und landtagswahlen.li.

Auch hinsichtlich des Alters verringerten sich bei den Landtagswahlen die traditionell bestehenden Repräsentationsverzerrungen etwas. Mit Franziska Hoop (FBP, 30 Jahre) und Sebastian Schädler (FBP, 33 Jahre) schafften zwei Personen der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre den Einzug in den Landtag. Mit Albert Frick (FBP, 72 Jahre), Herbert Elkuch (DpL, 68 Jahre) und Georg Kaufmann (FL, 65 Jahre) sind künftig auch drei Personen der Altersgruppen 65 Jahre und älter im Landtag vertreten. Die Altersgruppen 25 bis 34 Jahre sowie 65 Jahre und älter bleiben aber im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im Landtag untervertreten. Besonders stark ist die Repräsentationsverzerrung für die Altersgruppe 18 bis 24 Jahre, welche nicht im Landtag vertreten ist. Dabei ist allerdings anzumerken, dass aus dieser Altersgruppe auch keine Kandidierenden zur Landtagswahl antraten. Mit 51 Jahren ist das Durchschnittsalter der neuen Landtagsabgeordneten praktisch gleich hoch wie im vergangenen Landtag. Das Durchschnittsalter der Kandidierenden lag ebenfalls bei 51 Jahren.

6 Bei der VU lag die Erfolgsquote der Frauen mit 60 Prozent sogar erstmals seit Einführung des Frauenstimmrechts höher als diejenige der Männer (41%). Obwohl die VU mit deutlich weniger Kandidatinnen zu den Landtagswahlen antrat als die FBP (5 zu 9), haben genau gleich viele Kandidatinnen von VU und FBP den Einzug in den Landtag geschafft. Wie Kapitel 12 zeigt, profitierten die Kandidatinnen der VU dabei stark von Sympathiestimmen von Wählerinnen und Wählern, die eigentlich nicht die VU wählten. Differenziert nach den einzelnen Parteien konnte bisher einzig bei den Wahlen im Jahr 2013 bei der FBP eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit von Frauen als von Männern nachgewiesen werden (33% zu 31%).

Abbildung 4: Vergleich Verteilung Landtagsabgeordnete nach Altersgruppen mit Gesamtbevölkerung



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistischem Jahrbuch und landtagswahlen.li.

Der äusserst knappe Ausgang der Wahlen gab Anlass zu Diskussionen darüber, welche der beiden Grossparteien einen Anspruch auf das Amt des Regierungschefs bzw. der Regierungschefin stellen darf. Die Diskussionen wurden durch unterschiedliche mögliche Berechnungsformen der Wählerstärke der einzelnen Parteien weiter verschärft. Im Rahmen dieser Studie werden die Stimmanteile der einzelnen Parteien gemäss dem amtlich kundgemachten Wahlergebnis wiedergegeben. Die unterschiedlichen Berechnungsformen werden im Anhang der Studie kurz dargestellt.

Am 25. März 2021 wurden die neu gewählten Landtagsabgeordneten vereidigt, die Regierung durch den Landtag gewählt und dem Erbprinzen zur Ernennung vorgeschlagen. Erneut wird die Regierung aus einer Koalition der VU und FBP gebildet mit Daniel Risch (VU) als Regierungschef. Weitere Mitglieder der aktuellen Regierung sind Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni (FBP), Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter (VU), Regierungsrätin Dominique Hasler (VU) und Regierungsrat Manuel Frick (FBP).

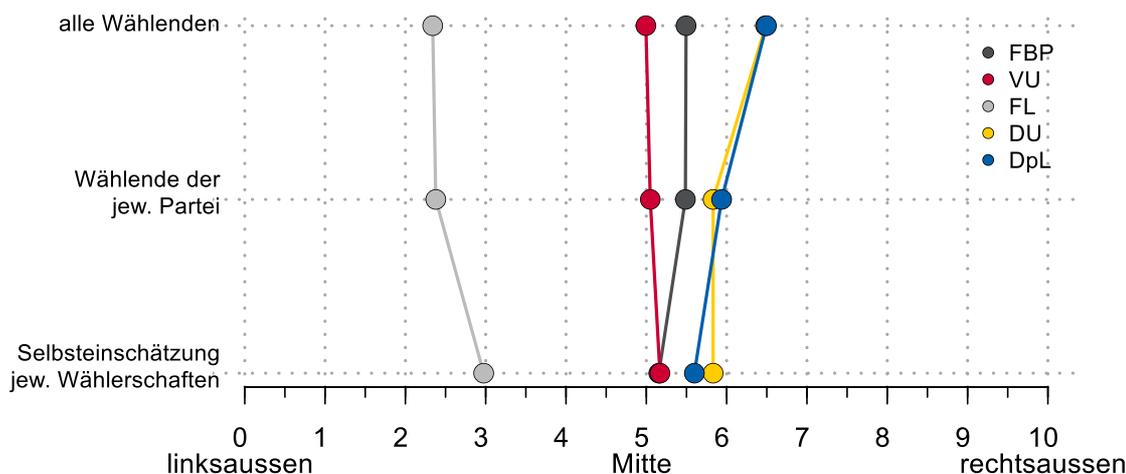
4 PARTEIIMAGES

Parteien treten mit einem Programm zu Wahlen an. Dieses Programm prägt die Wahrnehmung der Partei in der Wählerschaft massgeblich. Neben dem Programm können auch Personen, die Parteihistorie und, generell gesprochen, das Auftreten das Bild einer Partei in der Öffentlichkeit formen. Dieses Parteiimage ist nicht unerheblich, wenn es um den Wahlerfolg geht. Denn Parteiimages wecken unterschiedliche Assoziationen, die entweder für oder gegen die Wahl dieser Partei sprechen.

In diesem Abschnitt liegt der Fokus auf einem bestimmten, aber durchaus wesentlichen Aspekt des Images einer Partei: auf ihrer ideologischen Position (vgl. auch Kapitel 9.1). Für welche ideologische Positionen steht eine Partei in den Augen der Wählerschaft und welche politische Überzeugungen oder Weltanschauungen vertritt sie? Für den Wahlerfolg von Wählerinnen und Wählern, die sich mit keiner Partei (überaus) stark identifizieren, ist gerade dieser Aspekt relevant: Solche Personen wählen in der Regel jene Partei, die ihren eigenen Positionen am nächsten kommt und diese am ehesten zu realisieren vermag.⁷

Wo werden die fünf Liechtensteiner Parteien von der Wählerschaft im Allgemeinen, aber auch von den eigenen Wählerinnen und Wählern ideologisch verortet? Und wo positionieren sich die Wählenden selbst? Abbildung 5 gibt auf diese Fragen eine Antwort, indem sie dreierlei zeigt: Die Links-Rechts-Position⁸ der fünf Parteien in den Augen *aller* Wählenden (oberste Linie), die Links-Rechts-Position der fünf Parteien in den Augen der *eigenen* Wählenden (mittlere Linie) sowie die ideologische *Selbst*positionierung der jeweiligen Parteiwählerschaft (unterste Linie).

Abbildung 5: Ideologische Positionierung der Parteien und der Wählerschaften



Bemerkungen: Die Befragten konnten alle fünf Parteien auf einer Links-Rechts-Skala von 0 (links aussen) bis 10 (rechts aussen) einstufen. Es wurde auch nach der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala gefragt. Die Punkte geben die durchschnittliche Positionierung der jeweiligen Partei bzw. Wählerschaften an.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die drei Einstufungen sind oftmals ziemlich deckungsgleich. Als Beispiel: Alle Wählenden betrachten die FL (im Schnitt) als eine linke Partei (2.34 auf einer Skala zwischen 0 (links aussen) und 10

7 In der Wahlforschung existieren unterschiedliche Varianten von räumlichen Modellen des Wahlverhaltens. All diese Näherungs- und Richtungsmodelle gehen indessen davon aus, dass auf die eine oder andere Art und Weise der eigene (ideologische) Idealpunkt mit den programmatischen Standpunkten der Partei verglichen wird.

8 Die Einstufung von Parteien oder Wählenden auf einer Links-Rechts-Skala, die für gewöhnlich von 0 (links aussen) bis 10 (rechts aussen) reicht, ist ein Standardmessinstrument in der Politikwissenschaft, welches dazu dient, die ideologische Position einer Partei oder eines einzelnen Individuums zu eruieren.

(rechts aussen)). Die FL-Wählenden selbst positionieren ihre Partei beinahe identisch (2.38) und verorten sich ebenfalls grossmehrheitlich links – wenn auch etwas «mittiger» (2.97) als ihre Partei. Generell gilt: Die Parteiwählerschaften stufen sich selbst etwas weniger «extrem» (d. h. «mittiger») als ihre bevorzugte Partei ein. Aus der Perspektive des *Directional-Voting*-Ansatzes⁹ ist dies auch zu erwarten: Parteien gerieren sich diesem Ansatz gemäss absichtlich etwas extremer, um Veränderungswillige eher überzeugen zu können. Wie oben erwähnt, wird die FL von einer klaren Mehrheit aller Wählenden als eine moderat linke Partei betrachtet (2.34). Ihre Wählerschaft sieht dies genauso (2.38) und positioniert sich (2.97) auch nahe bei ihrer eigenen Partei (2.38). Die FL ist ausserdem jene Partei mit dem «eigenständigsten» ideologischen Profil: Sie steht konkurrenzlos und alleine im linken Lager. Es gibt im linken Segment keine Alternativen wie beispielsweise in der Schweiz, wo SP und Grüne (und allenfalls noch weitere linke Kleinparteien) um die Stimmen linker Wahlberechtigter konkurrenzieren. Wer sich links einstuft und eine vornehmlich programmatische Wahl treffen will, dem bietet sich hierzulande mit der FL vor allem eine Partei zur Wahl an.

Anders sieht es in der Mitte aus: Hier besteht eine starke Konkurrenzsituation. Die VU wird von allen Wählenden wie auch von der eigenen Wählerschaft fast exakt in der Mitte eingestuft (4.99 bzw. 5.04), während die FBP durchschnittlich etwas weiter rechts davon (5.5) verortet wird. Allerdings ist die Differenz zwischen VU und FBP gering. Beide Parteien werden im Wesentlichen als Mitte-Parteien wahrgenommen und ihre Wählerschaften selbst liegen gar noch näher beieinander (siehe unterste Linie der Abbildung 5). Ideologisch werden die beiden Grossparteien demnach beinahe als «Zwillinge» wahrgenommen.

Tatsächlich stuft rund die Hälfte beider Wählerschaften (FBP: 47%; VU: 50%) die beiden Parteien ideologisch *genau gleich* ein. Rund ein Fünftel beider Wählerschaften sieht lediglich minimale Unterschiede zwischen den beiden Parteien (Differenz = 1 Skaleneinheit). Der Rest – also rund 30% der VU- und FBP-Wählerschaft – sieht durchaus gewisse ideologische Differenzen zwischen den beiden Parteien. Dabei wird die VU meist als weiter links und die FBP als weiter rechts wahrgenommen. Dies ändert aber nichts daran, dass das inhaltliche Programm der Parteien zumindest für jene, deren Wahl eine Entscheidung *zwischen den beiden Grossparteien* ist, keine allzu wesentliche Rolle spielen kann. Zu ähnlich sind sich FBP und VU diesbezüglich.

Auch DU und DpL werden ideologisch im Prinzip gleich eingestuft (6.5) und sind in den Augen aller Wählenden, wiederum im Schnitt, moderat rechte Parteien. Die DpL- und die DU-Wählenden selbst sehen das etwas anders: Sie stufen sich öfter genau in der Mitte ein (5.6 bzw. 5.8) und sie betrachten ihre eigene Partei auch häufiger als eine Mitte-Partei oder als eine moderate Rechts-Partei (Mittelwerte 5.8 und 5.9). Aber wie schon bei der VU und der FBP werden keine allzu grossen ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien gemacht, was angesichts des Umstandes, dass die DpL aus einer – und zwar *nicht* ideologisch motivierten – Abspaltung von der DU hervorging, auch nicht weiter erstaunlich ist. Aber auch hier gilt: Der Entscheid zwischen DU und DpL hat wenig mit inhaltlichen Positionen, sondern vielmehr mit dem Personal oder dem generellen Auftritt der Parteien zu tun.

Aufschlussreich ist zudem auch eine Aufschlüsselung der Parteiverortung nach Wahlentscheid (Tabelle 1). Sie zeigt, dass die Einstufung der Parteien ausserdem von der eigenen Positionierung abhängig ist. So stufen FL-Wählende alle Parteien rechts von ihnen extremer ein als die Wählerschaft der anderen Parteien. Die FBP ist in den Augen der FL-Wählenden eine pointiert rechts (6.3) stehende Partei, während DU und DpL im Schnitt am äusseren rechten Rand (7.8 bzw. 8.1) lokalisiert werden. DU- und DpL-Wählende wiederum sehen die Dinge genau umgekehrt: Sie stufen die FBP nahe der Mitte (4.4 bzw. 5.4) und die VU links der Mitte ein (3.9 und 4.7). Die FL wiederum ist in den Augen der beiden rechten Oppositionsparteien eine am linken Rand beheimatete Partei (1.7 bzw. 2.2). Dieser Befund verdeutlicht abermals, dass die Termini «links» und

9 Die Familie der Richtungsmodelle (*directional voting theories*) gehen im Wesentlichen zurück auf: Rabinowitz, George, and Stuart Elaine Macdonald. 1989. «A Directional Theory of Voting.» *American Political Science Review* 83: 93–121.

«rechts» mit individuell unterschiedlichen Positionen assoziiert werden. Aus Sicht der Politikwissenschaften bleiben sie aber dennoch wichtige Kriterien, um die grundlegende ideologische Ausrichtung einer Partei und deren Wahrnehmung durch die Wählerinnen und Wähler zu verorten. Auch zeigt der Vergleich mit früheren Umfragen im Zuge von Landtagswahlen, dass die liechtensteinischen Parteien von den Wählerinnen und Wähler auf einer Links-Rechts-Skala von 0 (links aussen) bis 10 (rechts aussen) im Zeitverlauf jeweils sehr ähnlich verortet werden. Anders ausgedrückt: Auch wenn das Verständnis von links und rechts subjektiv ist, ist es insgesamt erstaunlich stabil.

Tabelle 1: Links-Rechts-Einstufung der Parteien nach Wahlentscheid

Wahlentscheid 2021	Mittelwert Links-Rechts				
	FBP	VU	FL	DU	DpL
FBP	5.5	5.0	2.4	6.4	6.4
VU	5.4	5.0	2.4	6.4	6.4
FL	6.3	5.7	2.4	7.8	8.1
DU	4.4	3.9	1.7	5.8	5.7
DpL	5.4	4.7	2.2	6.1	5.9
Total	5.5	5.0	2.3	6.5	6.5

Lesehilfe zur ersten Zeile: FBP-Wählerinnen und -Wähler stuften ihre eigene Partei durchschnittlich bei 5.5 ein, während sie die VU bei 5.0, die FL bei 2.4, die DU und die DpL beide bei 6.4 verorteten.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

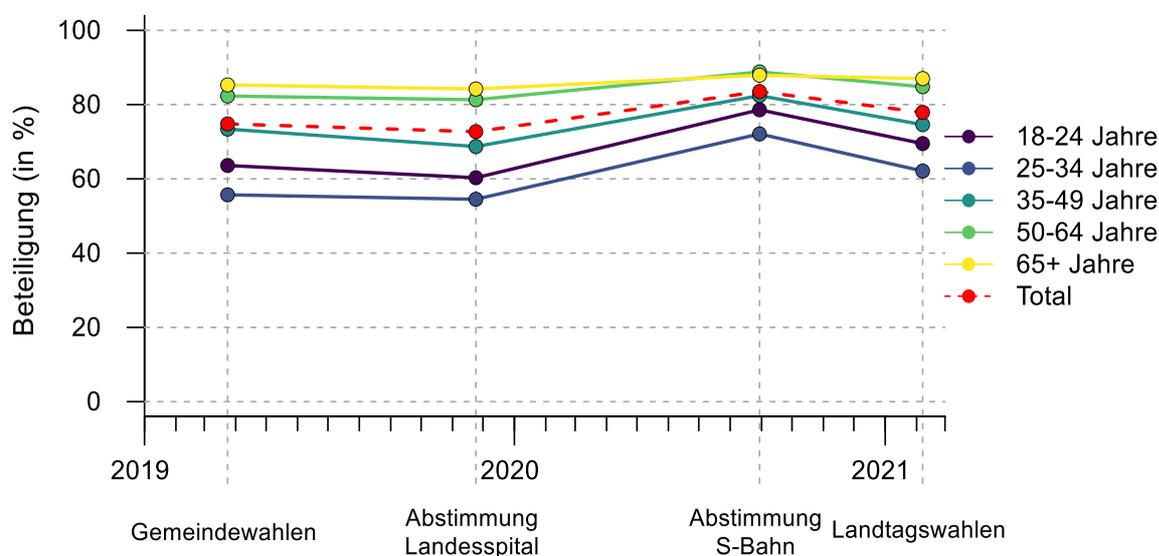
Zusammenfassend zeigt die Links-Rechts-Einstufung der Parteien nach Wahlentscheid, dass mit den beiden jungen Parteien DU und DpL zwar eine gewisse Ausdifferenzierung des Parteiensystems stattgefunden hat. Insgesamt bleibt die Polarisierung der Parteienlandschaft in Liechtenstein aber eher gering, gerade im internationalen Vergleich.

5 DIE BETEILIGUNG

Die Wahlbeteiligung betrug 77.9 Prozent, was eine minimale Steigerung um +0.1 Prozentpunkte im Vergleich zu den letzten Wahlen bedeutet. Damit konnte der Trend einer stetig sinkenden Wahlbeteiligung bei den liechtensteinischen Landtagswahlen vorerst gestoppt werden. 97 Prozent der Teilnehmenden nutzten dabei die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe. Die Beteiligung war im Unterland etwas höher (79.4%) als im Oberland (77.1%).

Zum ersten Mal bei einer Landtagswahl wurden 2021 von der Regierungskanzlei nach Geschlecht und Alter differenzierte Angaben zur Wahlbeteiligung ausgewiesen. Insgesamt beteiligten sich Frauen (78.4%) etwas häufiger als Männer (77.4%), was im internationalen Vergleich durchaus als ungewöhnlich bezeichnet werden darf. In der Schweiz beispielsweise liegt die Wahlbeteiligung der Männer meist höher als jene der Frauen. Wenig überraschend ist demgegenüber, dass ältere Wahlberechtigte häufiger zur Urne gingen als jüngere. Angesichts der hohen Wahlbeteiligung fallen die Unterschiede indessen nicht allzu drastisch aus: Bei den 25- bis 34-Jährigen betrug die Partizipationsquote 62.1 Prozent, bei der Altersgruppe 65 Jahre und älter 87 Prozent.

Abbildung 6: Wahl- und Stimmbeteiligung nach Altersgruppen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten der Regierungskanzlei.

Es zeigt sich eine ähnliche Verteilung zur Beteiligung bei den Gemeindewahlen sowie den letzten beiden Abstimmungen. Im Vergleich zur Abstimmung vom 30. August 2020 (u. a. S-Bahn) fällt jedoch auf, dass sich 2021 die jüngeren Wahlberechtigten etwas weniger fleissig beteiligten. Denn während die 18- bis 24-Jährigen am Urnengang vom 30. August 2020 noch zu knapp 79 Prozent teilgenommen hatten, lag ihre Partizipationsquote bei den Landtagswahlen fast zehn Prozentpunkte tiefer (69.5%). Die Beteiligung der 18- bis 24-Jährigen liegt aber weiterhin höher als diejenige der 25- bis 34-Jährigen. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass die 18- bis 24-Jährigen wohl stärker durch das Elternhaus zur Teilnahme motiviert werden. Bis jetzt fehlen jedoch fundierte Analysen zu den Gründen für oder gegen eine Teilnahme.

Auch die Wahlumfrage gibt in diesem Zusammenhang nur wenig Aufschluss, da kaum Personen die Umfrage ausgefüllt haben, welche nicht an den Wahlen teilgenommen haben. Von den wenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Umfrage, welche nicht an den Wahlen teilgenommen haben, wurde als Grund für die Nicht-Teilnahme am häufigsten genannt, dass keine Partei und kein Kandidat respektive keine Kandidatin sie überzeugt hätte. Weitere genannte Gründe sind geringes

Interesse an der Politik oder die fehlende Möglichkeit zur Wahlteilnahme aufgrund eines Auslandsaufenthaltes. Nur sehr selten genannt wurde der fehlende Nutzen von Wahlen im Allgemeinen sowie die geringen Auswirkungen des eigenen Wahlentscheids für den Ausgang der Wahlen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass die traditionell knappen Wahlausgänge in Liechtenstein durchaus eine mobilisierende Wirkung haben können. Da die Anzahl der Stimmberechtigten in Liechtenstein insgesamt gering ist, kann somit jede Stimme entscheidend sein. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Frage, welche Kandidatinnen und Kandidaten der einzelnen Parteien den Einzug in den Landtag schaffen und welche nicht.

Insgesamt blieb die Wahlbeteiligung sehr stabil und ist auch im internationalen Vergleich als hoch einzuschätzen. Die Corona-Pandemie wirkte sich demnach weder besonders beteiligungsfördernd noch in irgendeiner Weise beteiligungsermüdend aus. Aus der Sicht der Beteiligung nahm gewissermassen alles «seinen gewohnten Gang».

6 DIE MEINUNGSBILDUNG

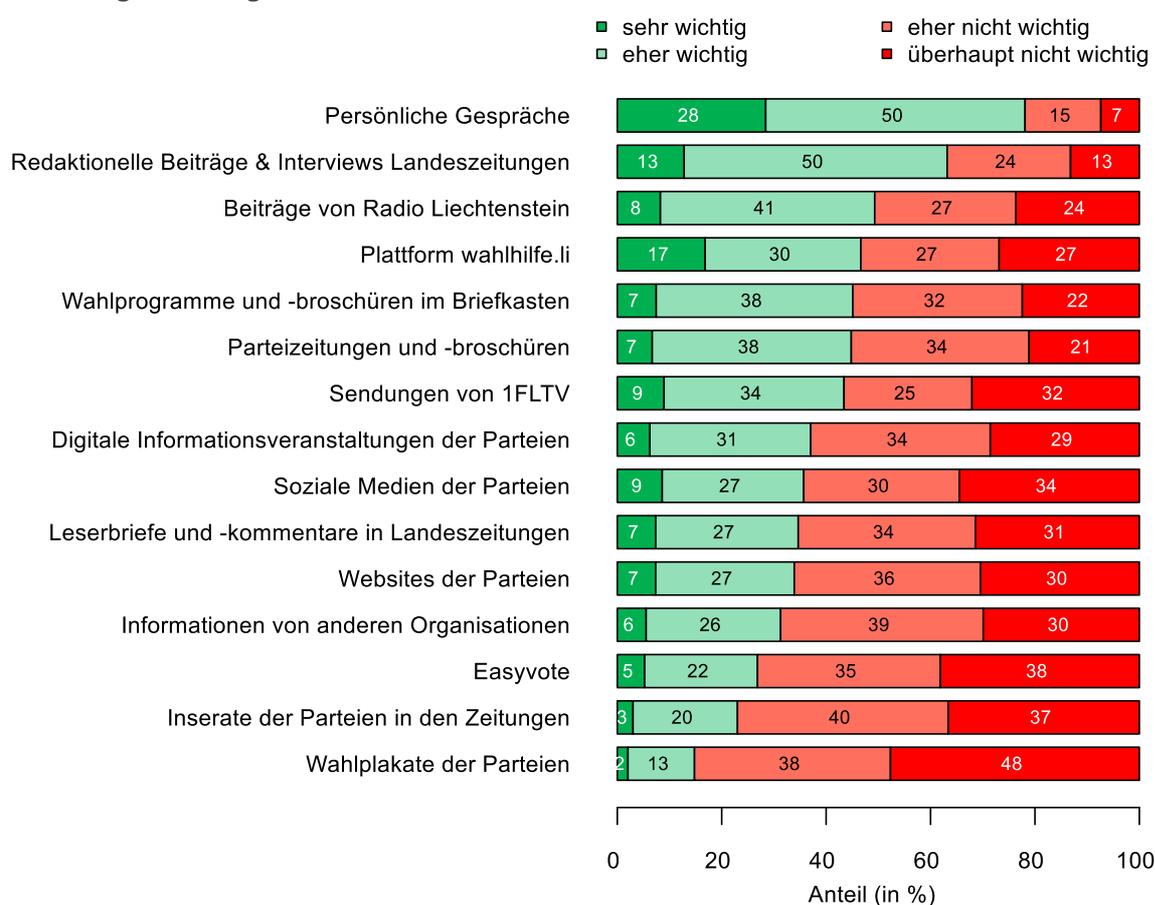
6.1 Informationsverhalten

Wie informieren sich die Wahlteilnehmerinnen und -teilnehmer über Politik und welche Informationsquellen erachten sie als besonders zentral? Dieser Fragen nimmt sich das vorliegende Kapitel an.

6.1.1 Bedeutung unterschiedlicher Informationsquellen

Es gibt viele Wege, über die man sich über Politik informieren kann. Welche Informationsquellen von den Wahlteilnehmenden als besonders wichtig oder unwichtig wahrgenommen werden, ist im Rahmen der Wahlbefragung erhoben worden. Dabei lautete die Fragestellung: «Wie wichtig sind die folgenden Informationskanäle für Ihre Entscheidungsfindung?»

Abbildung 7: Wichtigkeit verschiedener Informationskanäle



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Für die Mehrzahl der befragten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sind persönliche Gespräche die wichtigste Informationsquelle für ihre Entscheidungsfindung. Mehr als ein Viertel (28%) erachtet persönliche Gespräche als sehr wichtig. Dies ist der höchste Wert in der Kategorie «sehr wichtig» in der vorliegenden Umfrage. Weitere 50 Prozent bewerten persönliche Gespräche immerhin als eher wichtig. Ebenfalls von 50 Prozent der Befragten als eher wichtige Informationsquelle werden die redaktionellen Beiträge und Interviews in den Landeszeitungen taxiert. Zusätzliche 13 Prozent erachten sie sogar als sehr wichtig. Auf einen Anteil von nur wenig unter 50 Prozent kommen sodann die Beiträge des öffentlich-rechtlichen Radiosenders Radio Liechtenstein:

Acht Prozent bewerten sie als sehr und weitere 41 Prozent als eher wichtig. Damit sind es neben den persönlichen Gesprächen in erster Linie die klassischen Medienerzeugnisse, die für viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner von grosser Bedeutung sind. Darüber hinaus spielt aber auch die Plattform wahlhilfe.li eine bedeutende Rolle für die Wählerschaft. Rund 47 Prozent erachten sie als mindestens eher wichtig.

Die klassischen Informationskanäle der Parteien sind weiterhin relevant. Hierzu zählen in erster Linie die Wahlprogramme und Wahlbroschüren sowie Parteizeitungen und Parteibroschüren. Für jeweils 45 Prozent der Befragten sind sie sehr oder eher wichtig. Demgegenüber sind Wahlplakate und Zeitungsinserate für viele Befragte von eher untergeordneter Bedeutung. Allerdings dienen Wahlplakate und Zeitungsinserate auch weniger der inhaltlichen Informationsvermittlung als vielmehr der Mobilisierung der Wählerschaft und der Bekanntmachung der Kandidierenden. Zwischen den Parteizeitungen und den Inseraten finden sich weitere Informationskanäle der Parteien, namentlich die Websites, sozialen Medien und digitalen Informationsveranstaltungen der Parteien. Diese werden jeweils von rund einem Drittel der Befragten als sehr oder eher wichtig erachtet (34–37%).

Gerade mit Blick auf die letztgenannten Informationsquellen dürfte es kaum erstaunen, dass die zugeschriebene Wichtigkeit auch vom Alter der Befragten abhängt. So messen die jungen Stimmberechtigten digitalen Informationskanälen eine grössere Bedeutung zu als ältere Personen. Zentral ist dabei die Plattform wahlhilfe.li. Diese wird von gut 72 Prozent der 18- bis 24-Jährigen als sehr oder eher wichtig eingeschätzt. In der ältesten Alterskohorte der über 64-Jährigen teilen nur noch rund 30 Prozent diese Einschätzung. Neben wahlhilfe.li werden auch weitere digitale Informationskanäle wie soziale Medien, Parteiwebsites, Easyvote und digitale Veranstaltungen der Parteien tendenziell als wichtiger eingeschätzt, je jünger die Befragten sind.

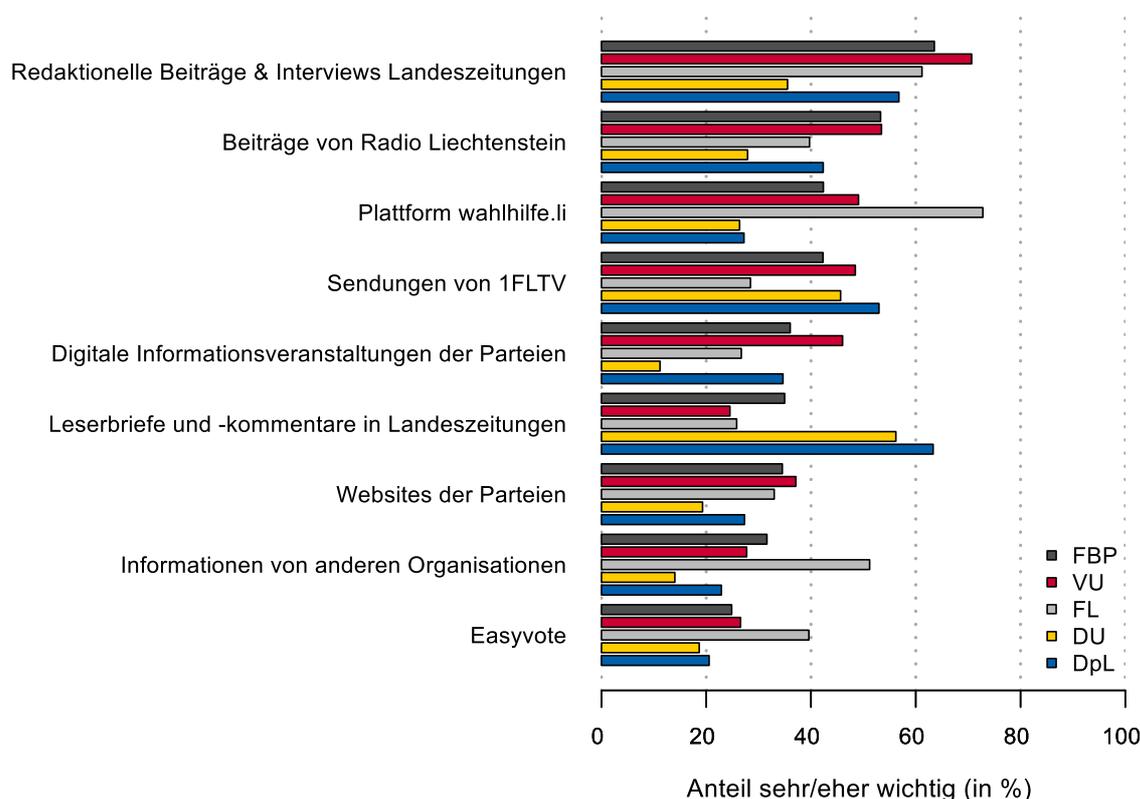
Jüngere Personen schätzen aber nicht nur digitale Kanäle als wichtiger ein als ältere Stimmberechtigte. So messen die jungen Befragten auch den in den Briefkasten gelegten Wahlprogrammen und Wahlbroschüren eine grosse Bedeutung zu. 58 Prozent der jungen Befragten erachten sie als sehr oder eher wichtig. Nur 39 Prozent der ältesten Wählergruppe teilen diese Einschätzung. Daneben haben in der Tendenz auch Informationen von anderen Organisationen (z. B. Projekt Vielfalt, Jugendrat) für Junge eine grössere Bedeutung als für ältere Stimmberechtigte.

Demgegenüber existiert mit den Sendungen von 1FLTV ein Informationsangebot, das insbesondere von älteren Stimmberechtigten als sehr oder eher wichtig eingeschätzt wird. Rund 54 Prozent der über 64-Jährigen bewerten sie als sehr oder eher wichtig. Ihnen stehen 26 Prozent der 18- bis 24-Jährigen gegenüber, die diese Ansicht teilen. Schliesslich sind auch die Leserbriefe und Leserkommentare in den Landeszeitungen zu nennen, denen ältere Personen tendenziell eine wichtigere Rolle zuschreiben.

Keine klare Tendenz nach Alter gibt es schliesslich mit den verbleibenden Informationskanälen. Persönliche Gespräche, redaktionelle Beiträge und Interviews in den Landeszeitungen sowie Beiträge von Radio Liechtenstein wurden zuvor bereits als die drei wichtigsten Informationskanäle der befragten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner identifiziert (Abbildung 7). Die verschiedenen Altersgruppen stimmen mit dieser Einschätzung grundsätzlich überein. Systematische Unterschiede zwischen den verschiedenen Alterskohorten können nicht identifiziert werden. Dies gilt auch für die zwei klassischen medialen Wahlkampfvehikel Wahlplakate und Zeitungsinserate. Sie werden traditionsgemäss im Wahlkampf verwendet, werden gegenwärtig aber von allen Altersgruppen als insgesamt eher unwichtig erachtet.

Doch nicht nur mit Blick auf das Alter gibt es erwähnenswerte Unterschiede im Informationsverhalten, sondern auch hinsichtlich der gewählten Parteien (Abbildung 8). Zunächst fällt dabei die Freie Liste auf. Einerseits messen ihre Wählerinnen und Wähler der Plattform wahlhilfe.li, den Informationen durch andere Organisationen und Easyvote eine grössere Bedeutung zu als die Wählerschaften der anderen Parteien. Andererseits erachten sie Sendungen von 1FLTV insgesamt als unwichtiger.

Abbildung 8: Informationskanäle nach Partei (Auswahl)



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die Wählerinnen und Wähler von DU und DpL können der Plattform wahlhilfe.li demgegenüber eher wenig abgewinnen. Dafür spielen die Leserbriefe und -kommentare in den Landeszeitungen eine grössere Rolle als für die Wählerschaften der anderen Parteien. In diesem Kontext fällt auf, dass die DU-Wählenden insgesamt zwar Leserbriefe und -kommentare schätzen, die redaktionellen Beiträge in den beiden Landeszeitungen aber eine bedeutend kleinere Stellung einnehmen als bei den anderen Parteien. Ebenfalls vergleichsweise wenig Wert legen die DU-Wählenden auf Beiträge von Radio Liechtenstein, digitale Veranstaltungen der Parteien, die Websites der Parteien und Informationen anderer Organisationen.

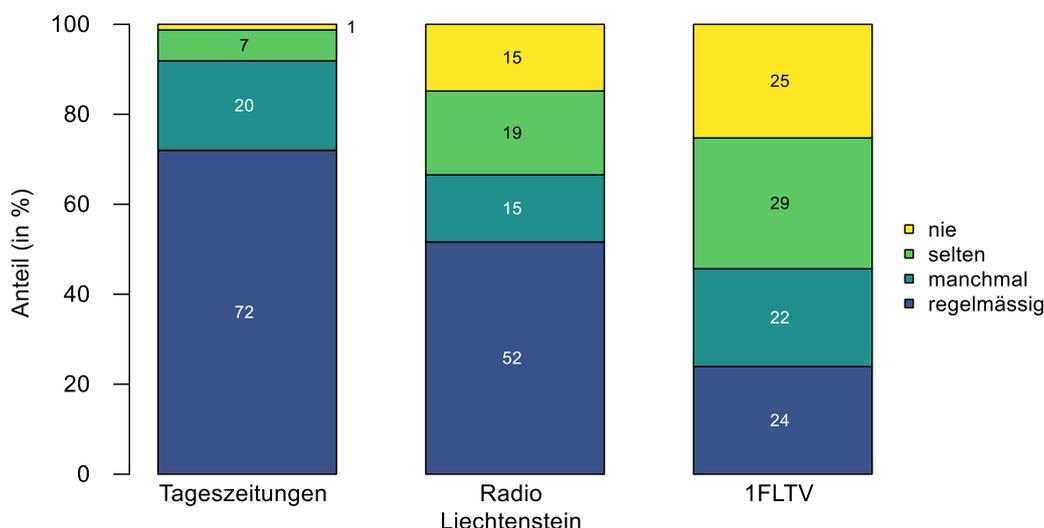
Neben dem Alter und den gewählten Parteien können auch weitere, hier nicht weiter ausdifferenzierte Unterschiede zwischen verschiedenen Subgruppen erkannt werden. So kann in der Tendenz etwa festgestellt werden, dass Frauen den meisten Informationskanälen¹⁰ eine grössere Bedeutung zumessen als Männer. Ebenfalls von einer gewissen Relevanz ist die höchste abgeschlossene Ausbildung. Befragte mit beruflicher Grundbildung bewerten Fernsehsendungen von 1FLTV, Leserbriefe und -kommentare in den Landeszeitungen, Zeitungsinserate und Wahlplakate als wichtiger als Personen mit höherer Fach- und Berufsbildung und als Personen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Demgegenüber sind es in erster Linie Personen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss, die der Plattform wahlhilfe.li die grössere Bedeutung zumessen, als die anderen beiden Bildungsgruppen. Dieselbe Tendenz lässt sich auch bei den redaktionellen Beiträgen und Interviews in den Landeszeitungen beobachten. Indes sind die Unterschiede zwischen den drei Gruppen gering.

¹⁰ Eine Ausnahme bilden die Parteizeitungen und -broschüren, die von einem leicht höheren Anteil der Männer (46%) als sehr oder eher wichtig erachtet werden als von Frauen (44%). Bei der Beurteilung persönlicher Gespräche, der Sendungen von 1FLTV sowie der Leserbriefe in den Landeszeitungen sind die Differenzen zwischen den Geschlechtern gering.

6.1.2 Nutzung von Printmedien, Radio und Fernsehen

Wie wir zuvor gesehen haben, spielen klassische Medienerzeugnisse nach wie vor eine bedeutende Rolle (Abbildung 7). Dieser nimmt sich die Wahlanalyse detaillierter an, indem sie nach der Regelmässigkeit der Nutzung von Tageszeitungen¹¹, von Sendungen von Radio Liechtenstein¹² sowie von Sendungen des Fernsehsenders 1FLTV¹³ fragt. Dabei ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass es sich bei der vorliegenden Wahlumfrage um ein gemeinsames Projekt des Liechtenstein-Instituts mit den beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt handelt (siehe Anhang). Beide Zeitungen haben die Umfrage online und in ihren Print-Ausgaben beworben. Ferner war der Online-Fragebogen von ihren Online-Portalen aus erreichbar. Zwar wurde die Befragung auch von anderen Medien aufgegriffen und beworben, dennoch ist davon auszugehen, dass die Nutzung der Tageszeitungen gegenüber anderen Medien sowie insgesamt die Mediennutzung in der Umfrage einem gewissen Selektionsbias unterliegt und somit überbewertet ist. Aufgrund der traditionellen Nähe der beiden Tageszeitungen zu den Parteien VU resp. FBP können auch gewisse parteipolitische Verzerrungen in den Auswertungen nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Abbildung 9: Nutzung von Tageszeitungen, Radio und Fernsehen



Erläuterungen: In der Grafik wird unter «Tageszeitungen» ausgewiesen, ob mindestens eine der beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt nie, selten, manchmal oder regelmässig gelesen wird. Berücksichtigt wurden nur Antworten von Personen, die an den Wahlen teilgenommen haben.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Insgesamt die wichtigste Informationsquelle der befragten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sind die beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt. Sieben von zehn Befragten (72%) lesen eine oder beide Tageszeitungen regelmässig.

Radio Liechtenstein kann insgesamt auf eine grosse Hörerschaft zählen. Von den befragten Personen geben 52 Prozent an, dass sie Radio Liechtenstein regelmässig hören (fast täglich oder mehrmals pro Woche). Nur 15 Prozent der Befragten hören nie Radio Liechtenstein. Auf eine tiefere Nutzungsintensität kommt demgegenüber der private Fernsehsender 1FLTV. Mehr als die Hälfte der Befragten schaltet nur selten oder nie auf diesen Sender. Etwa ein Viertel der Befragten konsultiert den Sender regelmässig (24%).

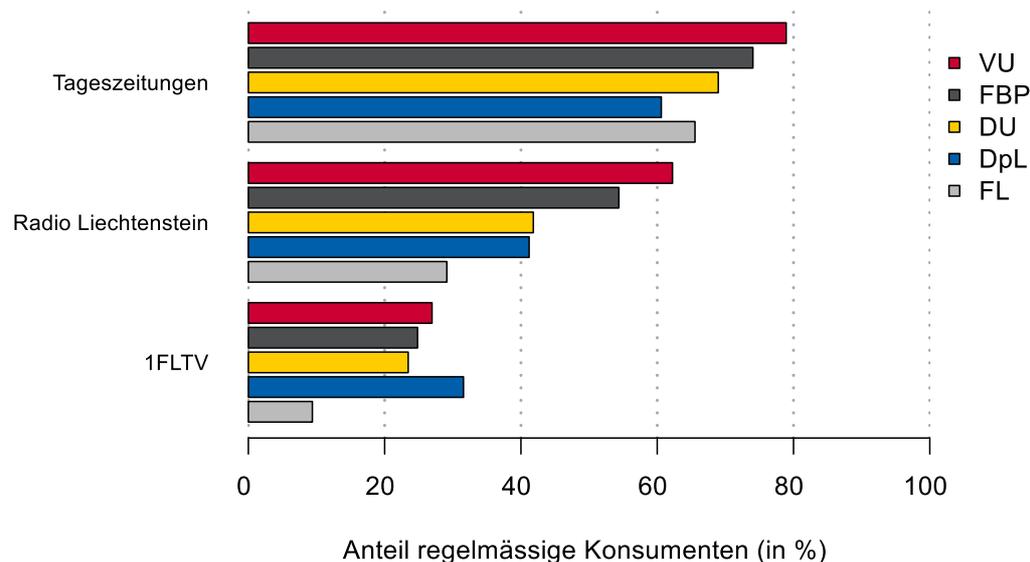
11 Fragestellung: «Lesen Sie die folgenden Zeitungen regelmässig, manchmal, selten oder nie? Es spielt dabei keine Rolle, ob Sie diese als Druckausgabe oder online lesen.»

12 Fragestellung: «Wie oft hören Sie Radio Liechtenstein?»

13 Fragestellung: «Wie oft sehen Sie sich Sendungen von 1FLTV an?»

Auch hier gibt es wiederum Unterschiede zwischen den Wählenden. Die Sendungen von 1FLTV werden am regelmässigsten von Wählerinnen und Wählern der DpL angeschaut (Abbildung 10). Ihnen steht die Wählerschaft der FL gegenüber, die am wenigsten regelmässige Konsumentinnen und Konsumenten der Sendungen von 1FLTV vorzuweisen haben.

Abbildung 10: Nutzung von Tageszeitungen, Radio und Fernsehen nach Partei

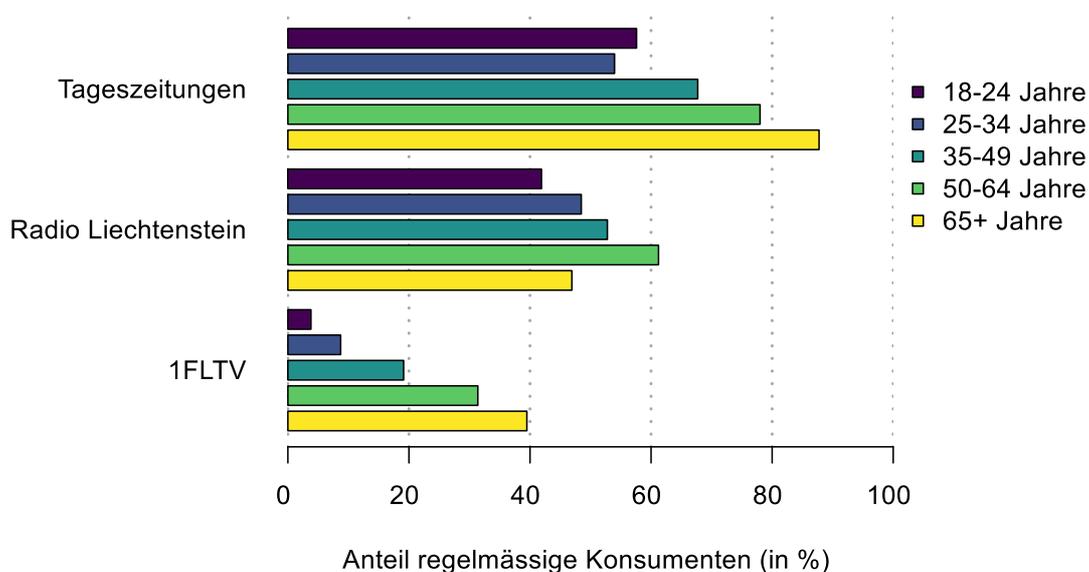


Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Auch mit Blick auf die Sendungen von Radio Liechtenstein sind es die FL-Wählenden, die die kleinsten Anteile vorzuweisen haben. Die Radiosendungen scheinen für die FL-Wählerschaft insgesamt eine geringere Rolle zu spielen als für die Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der Anteil von Personen, die zwar nicht regelmässig, aber immerhin manchmal Tageszeitungen lesen und Radio Liechtenstein hören, unter den FL-Wählenden klar am höchsten ist. Es ist also durchaus denkbar, dass sich diese Gruppe von Wählenden in ihrer Selbsteinschätzung des Medienkonsums von den anderen Wählerschaften unterscheidet. Abgesehen davon beschränkt sich die vorliegende Umfrage grundsätzlich auf eine abschliessende Auswahl einzelner Liechtensteiner Medientitel. Daneben gibt es aber auch viele weitere Möglichkeiten, um sich über Politik und die anstehenden Wahlen zu informieren (siehe Kapitel 6.1.1). Und grundsätzlich unterscheidet sich das Interesse für Politik der FL-Wählenden nicht signifikant von demjenigen der Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien.

Die Tageszeitungen werden von den DpL-Wählerinnen und -Wählern am wenigsten regelmässig konsumiert. Am anderen Ende des Spektrums finden sich die Wählenden der VU, die am häufigsten zumindest eine der beiden Tageszeitungen lesen sowie Radio Liechtenstein hören. Ihnen folgen die Wählerschaften von FBP und DU.

Ferner zeigt sich auch ein Zusammenhang mit dem Alter der Befragten (Abbildung 11). Insgesamt kann gefolgert werden, dass die Regelmässigkeit der Mediennutzung mit zunehmendem Alter ansteigt. So geben etwa 88 Prozent der über 64-Jährigen an, dass sie mindestens eine der beiden Tageszeitungen regelmässig nutzen. Bei den 18- bis 24-Jährigen beträgt dieser Anteil demgegenüber noch 58 Prozent. Die Sendungen des Fernsehsenders 1FLTV werden von lediglich vier Prozent der Befragten aus der jüngsten Alterskohorte regelmässig angeschaut. In der ältesten Gruppe beläuft sich der Anteil derjenigen, die regelmässig 1FLTV schauen, auf 39 Prozent.

Abbildung 11: Nutzung von Printmedien, Radio und Fernsehen nach Alter

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Abbildung 11 offenbart zwei Ausnahmen. So lesen etwas mehr Befragte aus der jüngsten Altersgruppe regelmässig mindestens eine der beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt, als dies in der zweitjüngsten Altersgruppe der Fall ist. Ferner sind es die Personen aus der ältesten Altersgruppe, die vergleichsweise seltener Sendungen von Radio Liechtenstein anhören.

Weitere, hier nicht abgedruckte Analysen zeigen, dass die Regelmässigkeit des Medienkonsums auch mit dem Vertrauen in die Institutionen zusammenhängt. So konsumieren Personen mit einem überdurchschnittlichen Vertrauen in die Regierung regelmässiger die abgefragten Medientitel als Personen mit unterdurchschnittlichem Vertrauen. Dieser Befund bestätigt sich auch mit Blick auf die Politikverdrossenheit und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Keine Unterschiede gibt es demgegenüber hinsichtlich des Geschlechts. Einzig für die Sendungen von 1FLTV kann gezeigt werden, dass sie von Männern signifikant häufiger konsumiert werden als von Frauen.

6.1.3 Informationsunterlagen der Parteien

Neben Beiträgen in Zeitungen, Radio und Fernsehen informieren die politischen Parteien die Wählerinnen und Wähler auch direkt via Websites und soziale Medien auf der einen sowie mit Wahlprogrammen und gedruckten Broschüren auf der anderen Seite. Mit Blick auf die Websites und sozialen Medien ergibt sich ein einigermaßen ausgeglichenes Bild.¹⁴

14 Die Fragestellung lautet: «Von welchen Parteien haben Sie die Websites oder sozialen Medien besucht?»

Abbildung 12: Besuch der Websites oder sozialen Medien der Parteien



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Am häufigsten werden die Websites und sozialen Medien der beiden grossen Parteien VU und FBP besucht (Abbildung 12). Jeweils etwa zwei von fünf Befragten haben sich über diese Kanäle informiert. Ferner hat rund ein Viertel der Befragten die Online-Kanäle der Freien Liste konsultiert. Im Verhältnis zu ihrem Wähleranteil ist es insbesondere die DU, die eine vergleichsweise intensive Nutzung ihrer Online-Kanäle vorweisen kann.

Insgesamt bestätigt sich somit ein aus früheren Wahlumfragen bekanntes Bild. Zwar sind aufgrund geänderter Fragestellungen keine direkten numerischen Vergleiche mit den Umfragen von 2009, 2013 und 2017 möglich. Gleichwohl sind auch bei diesen Erhebungen jeweils die Websites von VU und FBP am häufigsten besucht worden, wobei die Unterschiede zwischen den beiden Parteien eher gering sind. Mit einigem Abstand folgte jeweils die Website der FL. Erreichte die DU in früheren Erhebungen ähnliche Werte wie die FL, so ist der Abstand seit der Abspaltung der DpL nunmehr grösser geworden.

Wenig erstaunlich haben die Wählerinnen und Wähler hauptsächlich die Websites oder sozialen Medien ihrer präferierten Parteien besucht (Tabelle 2). So geben beispielsweise 56 Prozent der VU-Wählenden an, dass sie die Online-Kanäle ihrer Partei besucht haben. Indes beschränken sich viele der Wählerinnen und Wähler nicht alleine auf die digitalen Informationskanäle ihrer präferierten Partei.

Tabelle 2: Besuch Websites oder soziale Medien der Parteien nach Wahlentscheid (in Prozent)

		Websites oder soziale Medien der Parteien:				
		FBP	VU	FL	DU	DpL
Wahl- entscheid	FBP	51	34	19	12	14
	VU	34	56	20	12	17
	FL	38	42	53	15	20
	DU	30	28	16	40	34
	DpL	25	28	18	17	49

Lesebeispiele: 51 Prozent der FBP-Wählenden haben die Website oder sozialen Medien der FBP besucht. 12 Prozent der VU-Wählenden haben die Website oder soziale Medien der DU besucht.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die Wählerinnen und Wähler der FL haben neben der Website oder den sozialen Medien ihrer eigenen Partei insbesondere auch die Websites oder sozialen Medien der VU und der FBP besucht. Gut 38 Prozent der befragten FL-Wählenden waren auf den Online-Kanälen der FBP und 42 Prozent auf denjenigen der VU. Ferner haben sich jeweils 34 Prozent der FBP- und VU-Wählenden die Websites oder sozialen Medien der jeweils anderen Partei angeschaut. Und schliesslich war ein Drittel der DU-Wählenden auf der Website oder den sozialen Medien der DpL (34%). Der Anteil der DpL-Wählenden, die ihrerseits die Online-Kanäle der DU besucht haben, beträgt demgegenüber mit 17 Prozent lediglich die Hälfte. Insgesamt am seltensten wurden die digitalen Kanäle der DU von FBP- und VU-Wählenden konsultiert.

Neben Websites und sozialen Medien treten die Parteien auch via gedruckte Broschüren und Wahlprogramme in einen zumindest indirekten Kontakt mit der Wählerschaft. Tatsächlich werden diese Informationsunterlagen relativ rege angeschaut.¹⁵

Abbildung 13: Konsultation der Wahlprogramme oder gedruckten Broschüren der Parteien



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Am häufigsten wurden die Wahlprogramme oder gedruckten Broschüren der zwei grossen Parteien FBP und VU konsultiert (Abbildung 13). Darüber hinaus hat sich rund die Hälfte der Befragten auch entsprechende Quellen der FL angeschaut (51%). Insgesamt am wenigsten beachtet wurden das Wahlprogramm oder die gedruckten Broschüren der DU. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich zwei von fünf Befragten und damit ein relativ hoher Anteil von 40 Prozent auch die Unterlagen der wählerschwächsten Partei DU angeschaut haben.

Wiederum sind direkte numerische Vergleiche mit den Wahlumfragen 2009, 2013 und 2017 aufgrund geänderter Fragestellung nicht direkt möglich. Aber wie zuvor bei den Websites und sozialen Medien bestätigt sich auch hier ein bekanntes Bild. Bereits bei diesen früheren Umfragen waren es jeweils die Broschüren und Wahlprogramme der beiden Grossparteien, die am häufigsten konsultiert wurden. Die Unterschiede zwischen den beiden Parteien sind gering. Auf die beiden Grossparteien folgten jeweils die FL und DU, die eine etwas geringere Nutzung vorweisen können.

Insgesamt zeigt sich somit, dass den an alle Haushalte verschickten Printprodukten eine nach wie vor hohe Bedeutung zukommt. Je nach Partei haben nur Minderheiten zwischen sechs und acht Prozent die Website und sozialen Medien einer Partei konsultiert, die gedruckten Wahlprogramme

15 Die Fragestellung lautet: «Von welchen Parteien haben Sie das Wahlprogramm oder andere gedruckte Broschüren angeschaut?»

und Broschüren hingegen nicht beachtet. Auf der anderen Seite haben zwischen 30 und 32 Prozent die sozialen Medien und Websites ignoriert, hingegen die Wahlprogramme und gedruckten Broschüren gelesen. Dass sowohl die Online- wie auch die Print-Produkte konsultiert werden, ist insbesondere bei den Unterlagen der beiden Grossparteien der Fall (FBP: 31%, VU: 33%), während dies bei nur rund neun Prozent der Befragten für die Unterlagen der DU zutrifft. Die Anteilswerte von FL (18%) und DpL (16%) bewegen sich dazwischen.

Die detailliertere Auswertung zeigt wiederum, dass bei den Wählerinnen und Wählern die Unterlagen ihrer präferierten Parteien besonders hoch im Kurs stehen. So haben mehr als drei Viertel der Wählenden von FBP, VU und FL das Wahlprogramm oder andere gedruckte Broschüren ihrer jeweils bevorzugten Parteien angeschaut (Tabelle 3). Dasselbe gilt für 72 Prozent der DpL-Wählenden. Tiefer ist dieser Anteil demgegenüber bei der DU, wobei immer noch mehr als die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler entsprechende Quellen konsultiert haben (57%).

Tabelle 3: Konsultation Wahlprogramm oder gedruckte Broschüren nach Wahlentscheid (in Prozent)

		Wahlprogramm oder gedruckte Broschüren der Parteien:				
		FBP	VU	FL	DU	DpL
Wahl- entscheid	FBP	78	63	53	40	44
	VU	59	76	46	36	39
	FL	61	63	83	45	45
	DU	34	32	31	57	47
	DpL	47	41	33	41	72

Lesebeispiele: 78 Prozent der FBP-Wählenden haben das Wahlprogramm oder die gedruckten Broschüren der FBP angeschaut. 41 Prozent der DpL-Wählenden haben das Wahlprogramm oder andere gedruckte Broschüren der VU angeschaut.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Gleichwohl beschränkten sich viele Wählerinnen und Wähler nicht alleine auf die Unterlagen der Parteien, die sie schliesslich gewählt haben. So haben die Wählerinnen und Wähler von FBP und VU vorzugsweise die Unterlagen der jeweils anderen Partei studiert, wobei sich mehr als die Hälfte der FBP-Wählenden auch die Unterlagen der FL angeschaut hat. Rund drei von fünf FL-Wählenden haben ihrerseits die Unterlagen von FBP und VU konsultiert. Die befragte DU-Wählerschaft wiederum hat – neben den Unterlagen der eigenen Partei – am häufigsten Informationen der DpL angeschaut, während die DpL-Wählenden ihrerseits dem Wahlprogramm oder anderen Broschüren der FBP den Vorzug gegeben haben. Insgesamt am wenigsten Interesse generieren die Quellen der FL für die DU-Wählenden. Rund 31 Prozent haben das Wahlprogramm oder andere gedruckte Broschüren der FL konsultiert.

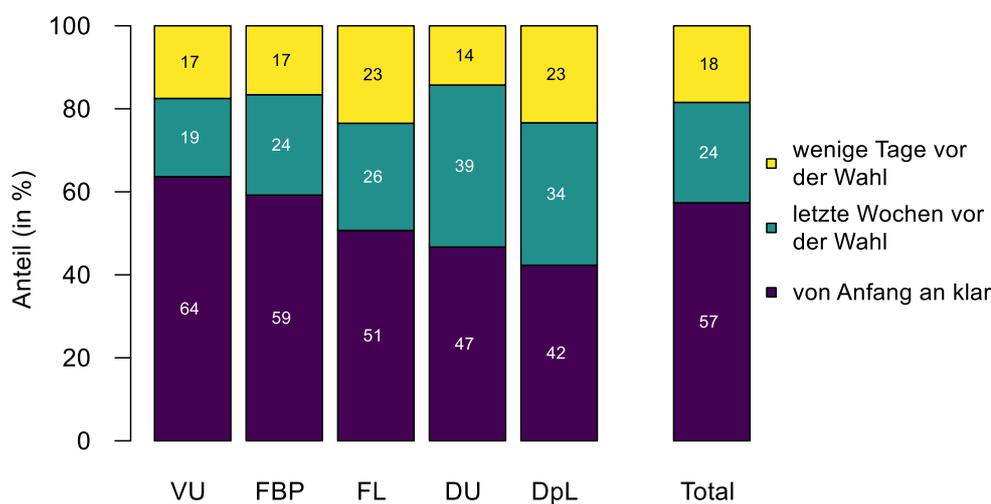
6.2 Entscheidungszeitpunkt

Die Wählerschaften der beiden traditionellen Grossparteien haben ihren Entscheid im Schnitt früher gefällt als die Wählerschaften der jüngeren Oppositionsparteien. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die beiden Grossparteien über eine treue Stammwählerschaft verfügen, die über Generationen hinweg ihre bevorzugte Partei wählt. Die Oppositionsparteien können hingegen noch nicht auf eine derart lange Geschichte zurückblicken wie die FBP und die VU, weshalb sie eher auf Wählerinnen und Wähler angewiesen sind, die (noch) keine allzu gefestigte Wahlpräferenz haben und sich deshalb auch oftmals später entscheiden. Vergleicht man die Liechtensteiner Werte mit denjenigen der Schweiz (Selects 2019), so wissen die Liechtensteiner Wahlberechtigten deutlich früher (Anteil Entscheidungszeitpunkt von Beginn weg klar: 57%) als die Schweizer Wahlberechtigten

(37%), wie sie sich entscheiden werden. Zu beachten ist dabei aber auch, dass die Auswahl an Parteien in der Schweiz grösser ist, was den Entscheid erschwert.

Vergleicht man den Entscheidungszeitpunkt bei Wahlen mit jenem bei Sachabstimmungen, so sind diese im Durchschnitt fast kongruent: Bei Sachabstimmungen seit 2011 haben sich im Schnitt 60 Prozent aller Teilnehmenden schon ganz zu Beginn entschieden (bei den Wahlen 2021 waren es 57%), 25 Prozent während den letzten Wochen des Abstimmungskampfes (Wahlen: 24%) und 16 Prozent in den allerletzten Tagen vor dem Abstimmungssonntag (Wahlen: 18%).¹⁶ Allerdings variieren die Werte bei Abstimmungen je nach Thema: Bei vertrauten und/oder hoch konfliktiven Vorlagen (z. B. Vetorecht 2012) ist der Anteil der von Beginn weg Entschlossenen höher als bei den Wahlen, während er bei alltagsfernen oder komplexen Themen (z. B. KVG-Revision 2015) deutlich unter 50 Prozent zu liegen kommt.

Abbildung 14: Entscheidungszeitpunkt nach Wahlentscheid

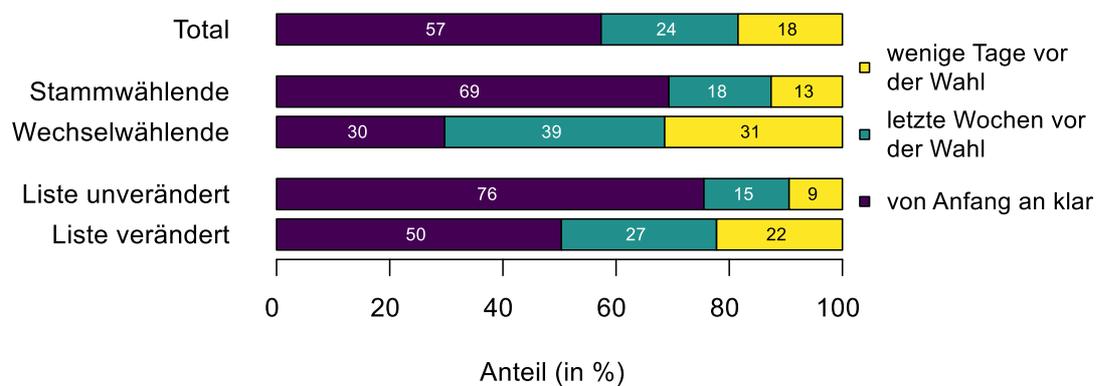


Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Wie oben erwähnt, fiel den Stammwählerschaften (das sind diejenigen, die 2017 und 2021 dieselbe Partei wählten) der Entscheid nicht sonderlich schwer. Beinahe 70 Prozent von ihnen wussten von Anfang an, wen sie wählen werden. Die Wechselwählenden hingegen liessen sich deutlich mehr Zeit für ihren Entscheid: Weniger als ein Drittel wusste schon von Beginn weg, wie der Entscheid lauten würde. Dasselbe Muster ist erkennbar, wenn man Wählende, die ihren Wahlzettel unverändert einlegten, mit jenen Wählenden, die Modifikationen vornahmen, vergleicht: Wer die Liste unverändert einlegte, wusste in rund drei von vier Fällen (76%) schon von Anfang an, wie er/sie wählen wird. Dieser Anteil betrug bei den Wählenden, die panaschierten, noch 50%. Vor dem Hintergrund der oft knappen Wahlausgänge verdeutlichen die Ergebnisse, dass es sich für die Parteien durchaus lohnt, bis zum Schluss um mögliche Wechselwählende zu kämpfen.

16 Marxer, Wilfried (2020): Volksabstimmung «S-Bahn» vom 30. August 2020. Ergebnisse einer Online-Umfrage. Liechtenstein-Institut. Bendern (LI AKTUELL, 1/2020): S. 34.

Abbildung 15: Entscheidungszeitpunkt nach ausgewählten Merkmalen



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

7 DER WAHLENTSCHEID

Die europäischen Parteiensysteme bildeten sich entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien. Diese Bruchlinien teilten (bzw. teilen weiterhin) soziale Gruppen voneinander. Die Parteien nahmen sich der politischen Anliegen dieser Gruppen gewissermassen anwaltschaftlich an und noch heute sind diese Bindungen zwischen bestimmten sozialen Grossgruppen und einzelnen Parteien zu erkennen. Die sozialmoralische Einbindung in gewisse Milieus hat indessen zwischenzeitlich abgenommen. Die Parteien haben sich zu Volksparteien gewandelt, die nicht mehr auf eine spezifische Schicht oder Klasse beschränkt sind, sondern *alle* sozialen Gruppen umfasst. Und selbst wenn die Parteien es soziologisch betrachtet gar nicht sind, so *erheben* sie in aller Regel trotzdem den *Anspruch*, breit verankerte Volksparteien zu sein. Ist dem tatsächlich so? Auf welche Parteien trifft dies zu und in welchem Ausmass? Eine Aufschlüsselung des Wahlverhaltens nach sozialen Merkmalen informiert darüber, wie stark diese Bezüge zu sozialen Gruppen ist.

7.1 Der Wahleentscheid nach sozialen Merkmalen

7.1.1 Soziodemografisches Profil der Wählerschaften

Die beiden Grossparteien sind in der Tat Volksparteien (oder wie es zuweilen auch heisst: Catch-all-Parteien oder Allerweltparteien). Sie sind in allen sozialen Merkmalsgruppen breit verankert. Die Oppositionsparteien weisen indessen ein stärker *gruppenspezifisches* Profil auf: Die FL ist beispielsweise eine vergleichsweise «junge» Partei. Ihr bestes Resultat holte sie nämlich in der jüngsten Alterskohorte (18 bis 24 Jahre), wo etwa ein Viertel der Wählenden die FL-Liste einlegte. Die FL-Wählerschaft ist zudem im Schnitt gut gebildet (23% Wähleranteil in der höchsten Bildungsstufe) und bei Frauen (14%) etwas populärer als bei Männern (12%). Die Wählerschaften der beiden anderen Oppositionsparteien – DU und DpL – sind hingegen im Schnitt älter, entstammen tieferen Bildungsschichten und weisen überdurchschnittlich viele Männer auf.

Tabelle 4: Wahlentscheid nach soziodemografischen Merkmalen (in % der Teilnehmenden (gewichtete Resultate))

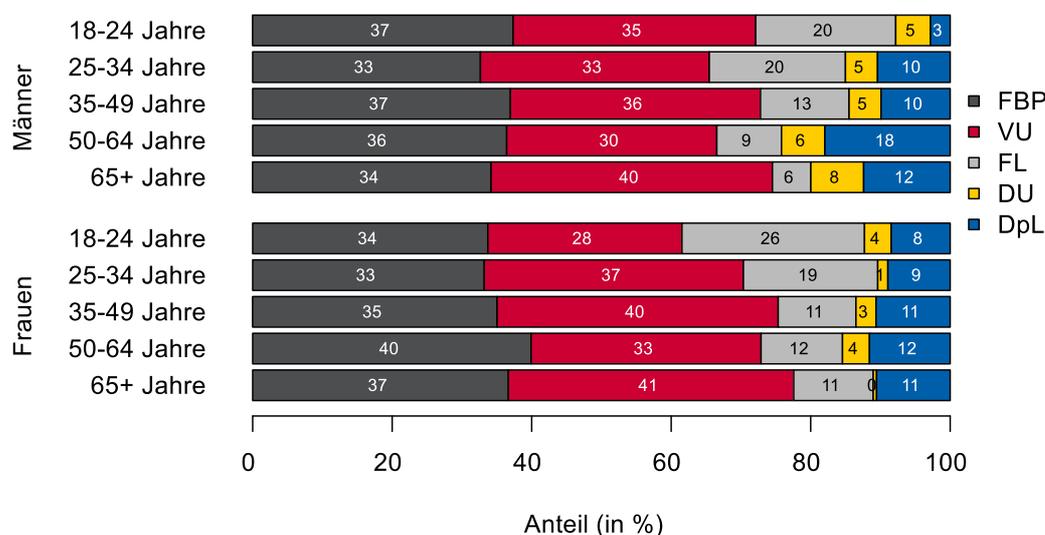
Merkmale	Wahlentscheid					n
	FBP	VU	FL	DU	DpL	
Total	36	36	13	4	11	1'888
Geschlecht						Cramers V = .10*
Männer	35	35	12	6	12	1'165
Frauen	36	37	14	3	10	723
Alter						Cramers V = .09*
18–24 Jahre	36	31	23	4	5	170
25–34 Jahre	33	35	19	3	10	330
35–49 Jahre	36	38	12	4	10	575
50–64 Jahre	38	32	11	5	15	546
65+ Jahre	35	41	8	5	12	267
Bildungsgrad (Schulabschluss)						Cramers V = .12***
obligatorische Schule	37	34	16	6	6	47
berufliche Grundausbildung	33	40	9	5	13	522
höhere Fach- und Berufsschule	40	32	11	4	13	474
Maturität, Fachhochschule, Uni	41	28	23	2	6	845

Bemerkungen: Angegeben sind die ungewichteten Fallzahlen (n). Um die Signifikanz zu ermitteln, wurde Pearsons Chi-Quadrat-Test ermittelt. *** stehen dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille, ** für eine solche unter einem Prozent und * für eine solche unter 5%. Cramers V wiederum gibt die Stärke eines Zusammenhangs an, wobei 0 für keinen Zusammenhang steht, während ein Wert von 1 für den höchst unwahrscheinlichen Fall eines perfekten Zusammenhangs steht.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate.

Das Profil der Oppositionsparteien erhält noch etwas schärfere Konturen, wenn man den Wahlentscheid nach Alter und Geschlecht kombiniert betrachtet (siehe Abbildung 16). Bei den jungen Frauen macht die FL den beiden Grossparteien gehörig Konkurrenz. Mit einem Wählerinnenanteil von 26 Prozent liegt die FL nur knapp hinter der VU (28%). Bei den Rentnerinnen (65+ Jahre) ist es hingegen die VU, welche dominiert (41% Wählerinnenanteil). Unter den jungen Männern ist die FL zwar ebenfalls überdurchschnittlich beliebt (20%), aber die beiden Volksparteien FBP (37%) und VU (35%) sind (noch) ausser Reichweite. Die DpL indessen ist bei den 50- bis 64-jährigen Männern vergleichsweise stark (18%) vertreten.

Abbildung 16: Wahlentscheid nach Alter und Geschlecht kombiniert



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

7.1.2 Sozioökonomisches Profil der Wählerschaften

Die FBP und die VU sind in allen sozioökonomischen Merkmalsgruppen stark vertreten. Eine Merkmalsgruppe, in welcher die FBP besonders stark vertreten ist, sind die gut Verdienenden. Fast die Hälfte (45%) der Wählenden mit einem Haushaltseinkommen von über 15'000 CHF wählte FBP. Auch hat die FBP unter den Studierenden bzw. der Schülerschaft ein starkes Standbein: 41 Prozent von ihnen legten die FBP-Liste ein. Die VU wiederum ist in den einkommensstarken Klassen (über 12'000 CHF) gut vertreten (42%), aber ebenso unter den Hausfrauen (45%). Es zeigt sich wiederum, dass die beiden Grossparteien «Catch-all»-Parteien sind, die keine spezifische Klassen- oder Milieubasis haben, sondern in allen Bevölkerungssegmenten vertreten sind.

Etwas anders sieht es bei den Oppositionsparteien aus: Die FL ist bei den Studierenden und der Schülerschaft die zweitstärkste Partei (31%) hinter der FBP (41%). Bei den Schülerinnen und Studentinnen erzielte die FL gar 36 Prozent aller Wählerstimmen, während die VU in dieser Gruppe noch auf 20 Prozent kam. In anderen Erwerbsgruppen hat die FL hingegen weitaus weniger Stimmen erzielen können. Zu diesen Gruppen gehören etwa die Hausfrauen (6%), die Pensionäre (11%) und die selbstständig Erwerbenden (9%). Das «natürliche Berufshabitat» des prototypischen FL-Wählenden ist der gemeinnützige Sektor (23%), gefolgt von der öffentlichen Hand (17%). Aus der Privatwirtschaft kommen hingegen vergleichsweise wenige Stimmen für die FL (10%). Das Durchschnittseinkommen der FL-Wählerschaft ist weder besonders hoch noch besonders tief. Dieses sozioökonomische Profil gleicht jener der SP-Wählerschaft in der Schweiz am stärksten, mit welcher die FL auch programmatisch vielerlei Ähnlichkeiten aufweist.

Tabelle 5: Wahlentscheid nach ökonomischen Merkmalen

Merkmale	Wahlentscheid					n
	FBP	VU	FL	DU	DpL	
Total	36	36	13	4	11	1'888
Erwerbstätigkeit	Cramers V = .12***					
Selbstständig	38	28	9	5	19	227
MitarbeiterIn im Familienbetrieb	41	32	18	1	9	67
Angestellte/r	35	38	13	5	10	971
StudentIn/SchülerIn	41	26	31	0	1	127
RenterIn	37	35	11	5	12	281
Hausfrau/-mann	31	45	6	3	15	71
anderes	29	22	6	19	25	21
Haushaltseinkommen	Cramers V = .09**					
bis 3'000 CHF	39	22	12	10	17	91
3'001—6'000 CHF	29	38	15	5	13	314
6'001—9'000 CHF	36	36	13	3	12	411
9'001—12'000 CHF	38	31	15	5	11	381
12'001—15'000 CHF	33	42	14	3	7	269
über 15'000—19'000 CHF	45	42	7	1	6	213
Sektor	Cramers V = .12***					
Privatwirtschaft	37	37	10	4	12	920
öffentliche Hand	36	33	17	6	8	395
gemeinnützig	28	32	23	2	16	128

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die DU und vor allem auch die (inzwischen) deutlich grössere DpL bilden eine Art sozioökonomische Gegenfolie zur FL. Wo die FL stark ist, sind DU und DpL eher schwach und umgekehrt. So punktete die DpL vor allem bei den selbstständig Erwerbenden (19%) und den Hausfrauen (15%), während sich kaum ein/e Studierende/r (1%) für die DpL entschied. Das Durchschnittshaushaltseinkommen der DpL- und DU-Wählerschaften ist zudem vergleichsweise tief. In der tiefsten in der Befragung erhobenen Einkommensklasse (bis 3'000 CHF) beträgt der Wähleranteil von DpL und DU zusammen 27 Prozent. Bestätigt wird dieser Befund ausserdem auch dadurch, dass die Lebenshaltungskosten in der Sorgenagenda der DU-Wählenden auf Platz 3 und auf jener der DpL-Wählenden auf Platz 7 rangiert (VU: Platz 10; FBP: Platz 12 und FL: Platz 14) (siehe Kapitel 7.4.1).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es zwischen den beiden Grossparteien keine soziostrukturellen Brüche gibt. Die Wählerbasen beider Parteien sind soziodemografisch gesprochen beinahe identisch. Das liegt im Wesentlichen daran, dass es viele der im restlichen Europa für die Parteienbildung zentralen sozialen Spannungslinien in Liechtenstein schlicht nicht gab.¹⁷ Die drei Oppositionsparteien haben indessen ein (etwas) schärferes soziodemografisches Profil mit Bezug zu soziostrukturellen Brüchen.

7.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen

Neben sozialen Merkmalen spielen für den Wahlentscheid natürlich auch politische Merkmale eine gewichtige Rolle. Bei all jenen Wählenden, die keine allzu tiefen und emotionalen Bindungen zu

17 Siehe hierzu: Marxer, Wilfried (2000): Wahlverhalten und Wahlmotive im Fürstentum Liechtenstein. Diss. Univ. Zürich. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 30): S. 202 ff.

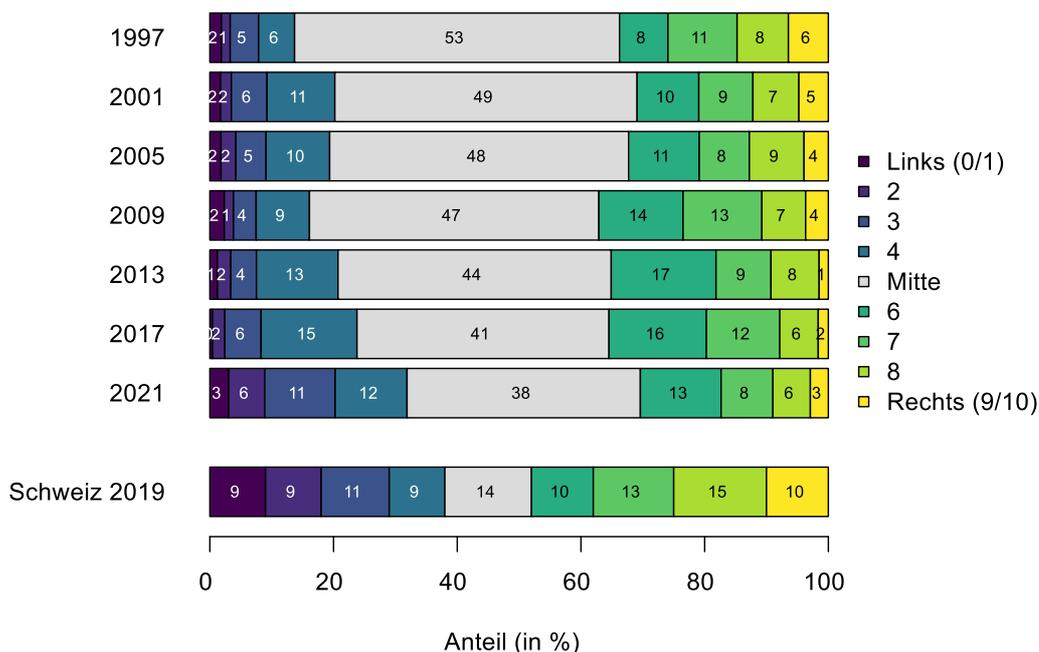
einer Partei oder Bezugsgruppe empfinden, sondern sich bei ihrem Wahlentscheid an der programmatischen Nähe zwischen ihrer eigenen Position und derjenigen ihrer Wunschpartei orientieren, ist dies besonders offenkundig: Sie wählen ihre präferierte Partei primär nach programmatischen Gesichtspunkten aus.

7.2.1 Links-Rechts-Selbstpositionierung

Ein besonders beliebtes Vehikel zur Vereinfachung politischer Komplexität ist das Links-Rechts-Kontinuum. Das Links-Rechts-Kontinuum ist eine Art Super-Dimension, welche die verschiedensten politischen Haltungen auf einer Achse zusammenfasst. Der Abgleich von ideologischer Selbstidentifikation und Wahlentscheid ermöglicht eine erste Einschätzung des ideologischen Profils der verschiedenen Wählerschaften.

Zunächst zeigt Abbildung 17, dass sich eine starke relative Mehrheit (38%) der Liechtensteiner Wählenden genau in der Mitte des ideologischen Spektrums (Wert 5) positioniert. Rund ein Drittel (32%) stuft sich links von der Mitte ein, während etwa 30 Prozent ihre politische Heimat rechts der Mitte haben. Wie der Vergleich zeigt (Abbildung 17), ist der Mitte-Anteil in der Schweiz bedeutend geringer (14%). Die Liechtensteiner Wählerschaft ist aber in eher geringem Masse polarisiert, was mit ein Grund für den anhaltenden Erfolg der beiden Grossparteien sein dürfte. Der elektoralen Stabilität weiter förderlich ist wohl der Umstand, dass der linke und der rechte Flügel sich in Liechtenstein zudem in fast perfekter Balance halten. Abbildung 17 zeigt aber auch, dass die Mitte im Laufe der letzten zwanzig Jahre kontinuierlich geschrumpft ist. An den Wahlergebnissen der beiden Grossparteien, die sich als Mitte-Parteien definieren, hat dies indessen nur wenig geändert, weil der Wahlentscheid in Liechtenstein nach wie vor stark von Traditionen geprägt ist und in geringerem Masse von Ideologien (siehe Kapitel 7.2.1). Die Mitte-Parteien sind also trotz schrumpfender Mitte nach wie vor erfolgreich.

Abbildung 17: Links-Rechts-Positionierung der Wählenden in Liechtenstein und der Schweiz



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende. Die Daten aus der Schweiz stammen aus der SELECTS-Nachbefragung zu den eidgenössischen Parlamentswahlen 2019.

Schlüsselt man den Wahlentscheid nach ideologischer Selbsteinstufung auf (Abbildung 18), so kann eine Partei – die FL – einem Lager klar zugeordnet werden. Fast alle FL-Wählenden stufen sich links der Mitte ein. Am äusseren linken Rand des politischen Spektrums erzielte die FL 56 Prozent aller Wählerstimmen. Dabei ist aber stets die Verteilung aus Abbildung 17 zu berücksichtigen, die zeigte, dass am äusseren linken Rand des ideologischen Spektrums, wo die FL dominiert, nur wenige Stimmen insgesamt zu holen sind. Je mehr man sich der Mitte nähert, desto stärker bauen die Wähleranteile der FL ab. Bereits bei jenen, die sich leicht links der Mitte einstufen (Wert 4), ist die FL nicht mehr die wählerstärkste Partei. In der Mitte und erst recht, wenn man sich in Richtung Rechts davon wegbewegt, schrumpfen die Wähleranteile der FL drastisch. Kurz, das «Herz» der FL-Wählerschaft «schlägt» links.

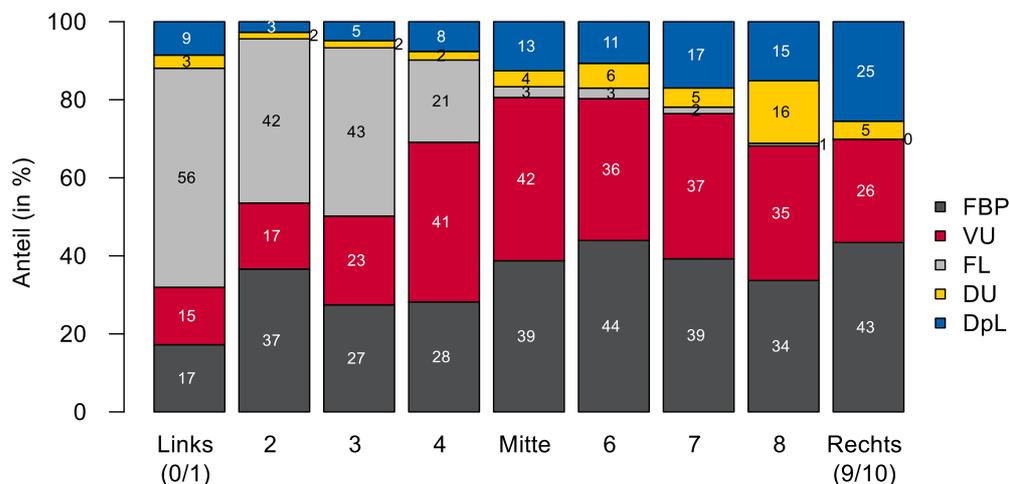
Nicht ganz so eindeutig präsentiert sich die Sachlage bei der DpL: Sie erzielt am rechten Rand des ideologischen Spektrums ihre Spitzenwerte. Diese Anteilswerte schwinden, je stärker man sich zum linken Pol bewegt.¹⁸

Im westeuropäischen Vergleich ungewöhnlich sind die Anteilswerte der beiden Grossparteien. Abgesehen vom Fakt, dass es zwischen VU und FBP in allen ideologischen Blöcken nur geringfügige Unterschiede gibt, sind beide Grossparteien über das ganze Spektrum ziemlich gleichmässig verteilt. Gewiss, in der Mitte schneiden beide Parteien am besten ab. Aber sie erzielen auch im rechten Lager ähnlich hohe Anteilswerte. Einzig im linken Lager fallen die Anteilswerte ab – allerdings nicht allzu drastisch. Selbst im gemässigt-linken Lager können die beiden Grossparteien trotz Konkurrenz durch die FL mindestens die Hälfte aller Wählerstimmen auf sich vereinen.

Dabei ist es keineswegs so, dass die Wählenden beider Grossparteien auch ihre Partei an jenem Ort einstufen, wo sie sich selbst einstufen. Diese Übereinstimmung ist zwar besonders hoch für jene, die sich genau in der Mitte einstufen, aber am linken und rechten Rand tun sich teilweise grössere Lücken zwischen Parteieinstufung und Selbsteinstufung auf. Trotzdem wählt man die jeweilige Partei (FBP oder VU). Daraus folgt abermals, dass ideologische Positionen für die Wahl zwischen den beiden Grossparteien nicht vordergründig entscheidend sind; beide Parteien sind in allen ideologischen Blöcken grundsätzlich wählbar.

18 Allerdings gaben überraschenderweise 9 Prozent der sich links aussen Einstufenden an, DpL gewählt zu haben. Es mag zum einen sein, dass einige dieser Befragten die Pole des Kontinuums (d. h. links und rechts) falsch interpretierten. Zum anderen ist dabei auch zu beachten, dass die Fallzahl der sich links aussen Einstufenden generell tief ist und damit auch der Unschärfbereich ansteigt.

Abbildung 18: Wahlentscheid nach Links-Rechts-Positionierung



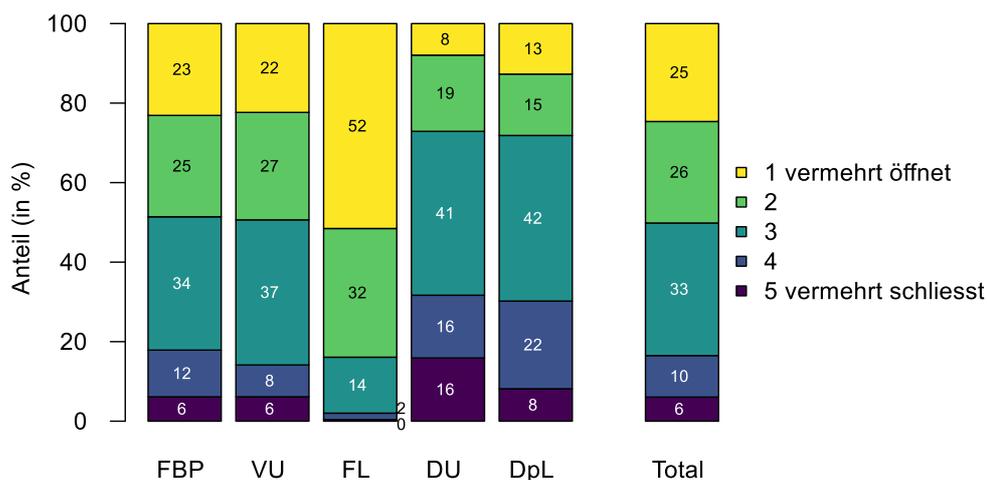
Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

7.2.2 Haltungen zu politischen Werten

Das Links-Rechts-Kontinuum fasst verschiedene gesellschaftspolitische Wertvorstellungen in einer Skala zusammen. Wie aber denken die verschiedenen Wählerschaften über *einzelne* Wertefragen? Zur Beantwortung dieser Fragestellung wurden die politischen Werthaltungen der Wählerinnen und Wähler in der vorliegenden Umfrage mittels fünf Dimensionen eruiert.

Eine erste, zentrale Dimension dreht sich um die ausserpolitische Öffnung des Landes. Wollen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner ein Liechtenstein, das sich vermehrt nach aussen öffnet, oder ein Liechtenstein, das sich vermehrt verschliesst?¹⁹

Abbildung 19: Ausserpolitische Öffnung Liechtensteins



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die Auswertung zeigt, dass sich nur die Wählerinnen und Wähler der Freien Liste mehrheitlich für eine vermehrte Öffnung aussprechen (Abbildung 19). 52 Prozent der FL-Wählerschaft sind sehr

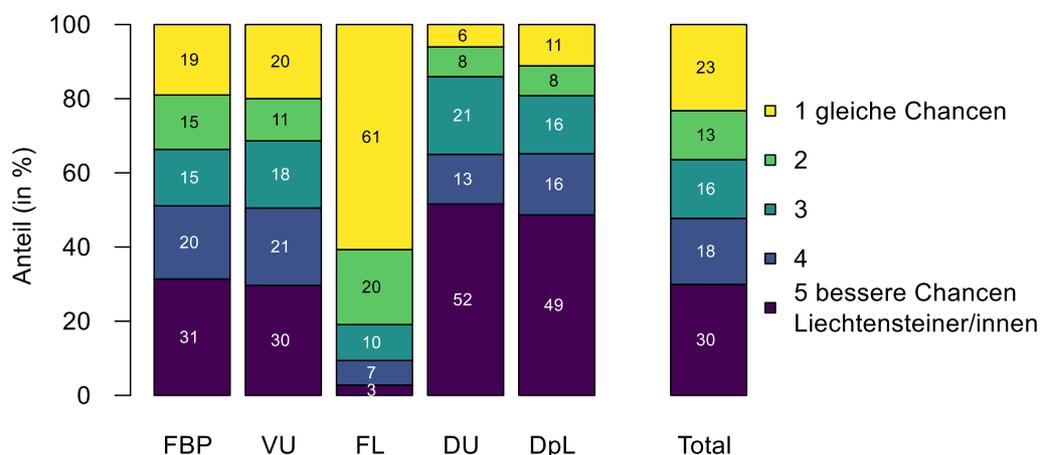
19 Die Fragestellung lautet: «Möchten Sie ein Liechtenstein, das sich vermehrt nach aussen öffnet, oder ein Liechtenstein, das sich vermehrt verschliesst?»

dafür, während ein weiteres Drittel (32%) eher für eine vermehrte Öffnung plädiert. Ihnen steht eine kleine Minderheit gegenüber, die sich dagegen ausspricht. Ein gewisses Wohlwollen gegenüber einer vermehrten ausserpolitischen Öffnung Liechtensteins findet sich aber auch in den Wählerschaften der beiden Grossparteien FBP und VU. 49 Prozent der befragten VU-Wählenden und 48 Prozent der FBP-Wählenden sprechen sich sehr oder eher dafür aus (Antwortkategorien 1 und 2), während sich jeweils etwas mehr als ein Drittel der Befragten in der Mitte der fünfstufigen Skala verortet (34 respektive 37%).

Grössere Skepsis gegenüber einer vermehrten Öffnung ist bei den DU- und DpL-Wählenden ersichtlich. Etwa 32 Prozent der DU- und 30 Prozent der DpL-Wählenden sprechen sich sehr oder eher für eine vermehrte Verschliessung aus (Antwortkategorien 4 und 5). Relative Mehrheiten von 41 bis 42 Prozent sind weder für eine vermehrte Verschliessung noch für eine vermehrte Öffnung des Landes.

Ein ähnliches Muster zeigt sich auch in der zweiten abgefragten Dimension, namentlich der Frage, ob Ausländerinnen und Ausländer die gleichen Chancen oder ob Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner die besseren Chancen haben sollen (Abbildung 20).²⁰

Abbildung 20: Gleiche Chancen für Ausländerinnen und Ausländer



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Wie zuvor mit Blick auf die ausserpolitische Öffnung ist es in erster Linie die Wählerschaft der Freien Liste, die ein anderes Antwortverhalten an den Tag legt als die Wählerschaften der anderen vier Parteien. Die klare Mehrheit von 61 Prozent der FL-Wählenden spricht sich dezidiert für eine Chancengleichheit ausländischer Staatsangehöriger aus. Lediglich drei Prozent fordern bessere Chancen für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner.

Ihnen stehen an erster Stelle die Wählerinnen und Wähler der DU gegenüber, die sich mit 52 Prozent klar für bessere Chancen für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner aussprechen. Nur gut 14 Prozent sind sehr oder eher für gleiche Chancen (Antwortkategorien 1 und 2). Dies ist der tiefste Wert aller fünf Parteien. Indes sind die Differenzen insbesondere zur Wählerschaft der DpL eher gering. Rund die Hälfte der befragten DpL-Wählenden ist ebenfalls dezidiert für bessere Chancen für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner (49%), während sich etwa ein Fünftel sehr oder eher für gleiche Chancen ausspricht (19 Prozent, Kategorien 1 und 2).

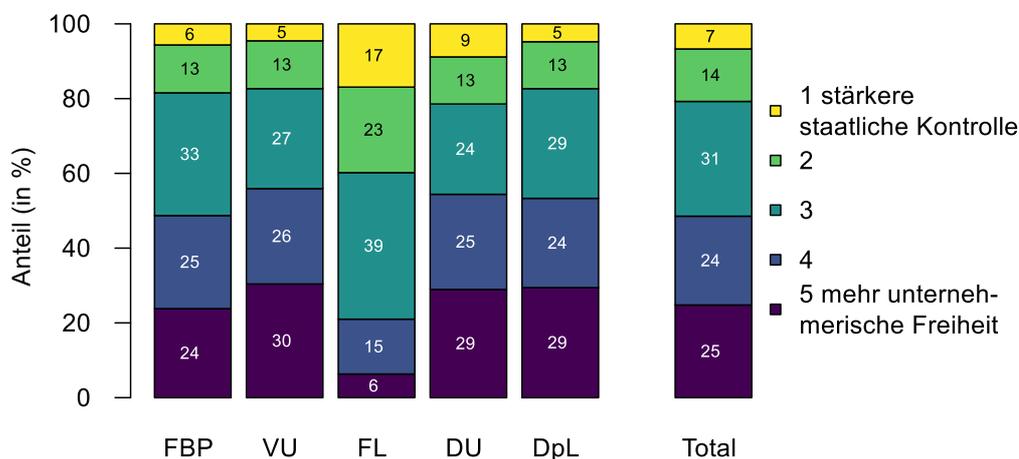
Die Wählerinnen und Wähler der Grossparteien FBP und VU bewegen sich zwischen diesen beiden Polen. Etwa drei von zehn Wählenden dieser Parteien sind dezidiert für bessere Chancen

²⁰ Die Fragestellung lautet: «Möchten Sie ein Liechtenstein mit gleichen Chancen für Ausländer und Ausländerinnen oder ein Liechtenstein mit besseren Chancen für Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen?»

für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner (31 respektive 30%). Demgegenüber sind etwa zwei von zehn Befragten dieser Parteien für gleiche Chancen für Ausländerinnen und Ausländer (19 respektive 20%).

Geringer sind die Unterschiede zwischen FBP und VU auf der einen sowie DU und DpL auf der anderen Seite, wenn es in der dritten Wertedimension um die Frage nach stärkeren staatlichen Kontrollen von Unternehmen geht (Abbildung 21).²¹ Mehrheiten zwischen 53 und 56 Prozent der VU-, DU- und DpL-Wählenden möchten ein Liechtenstein, in dem die Unternehmen mehr Freiheiten haben (Antwortkategorien 4 und 5). Ihnen stehen Minderheiten von 18 (VU, DpL) respektive 22 Prozent (DU) gegenüber, die stärkere staatliche Kontrollen favorisieren. Indes vertreten mehr Personen in dieser Frage eine neutrale Position (Antwortkategorie 3). Die Wählerschaft der FBP zeigt ein durchaus ähnliches Bild. Auch hier spricht sich rund die Hälfte (49%) der Befragten für mehr unternehmerische Freiheiten aus, wobei ein Drittel eine neutrale Zwischenposition besetzt.

Abbildung 21: Staatliche Kontrolle vs. unternehmerische Freiheit



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

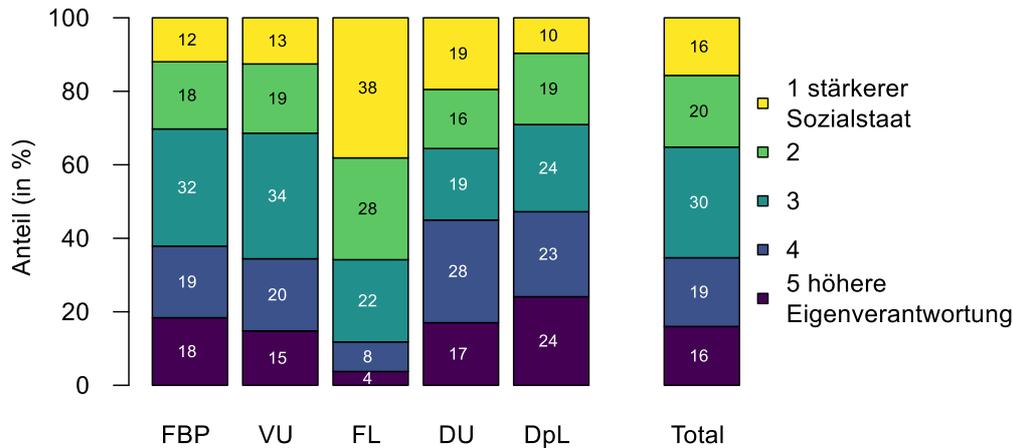
In keiner der fünf Parteien spricht sich eine absolute Mehrheit für stärkere staatliche Kontrollen aus. Am meisten Rückhalt findet diese Forderung bei den FL-Wählenden, von denen sich rund 40 Prozent mehr oder eher mehr staatliche Kontrollen vorstellen können (Antwortkategorien 1 und 2). Ein beinahe gleich grosser Anteil von 39 Prozent vertritt in dieser Frage aber eine neutrale Zwischenposition.

Grösser sind die Unterschiede zwischen den Wählerinnen und Wähler der FL und den Wählerschaften der anderen vier Parteien, wenn es um die Stärkung des Sozialstaats geht (Abbildung 22).²² 38 Prozent der FL-Wählenden sprechen sich dezidiert für eine Stärkung des Sozialstaats aus, während sich weitere 28 Prozent eher dafür aussprechen. Dass der Einzelne vermehrt für sich selbst schauen soll, wird nur von einer kleinen Minderheit gefordert.

21 Die Fragestellung lautet: «Möchten Sie ein Liechtenstein, in welchem der Staat die Unternehmen stärker kontrolliert, oder ein Liechtenstein, in welchem der Staat den Unternehmen mehr Freiheit lässt?»

22 Die Fragestellung lautet: «Möchten Sie ein Liechtenstein, in welchem der Staat mehr Verantwortung dafür übernimmt, dass alle abgesichert sind, oder ein Liechtenstein, in welchem primär jeder Einzelne für sich selbst sorgen muss?»

Abbildung 22: Sozialstaat vs. Eigenverantwortung



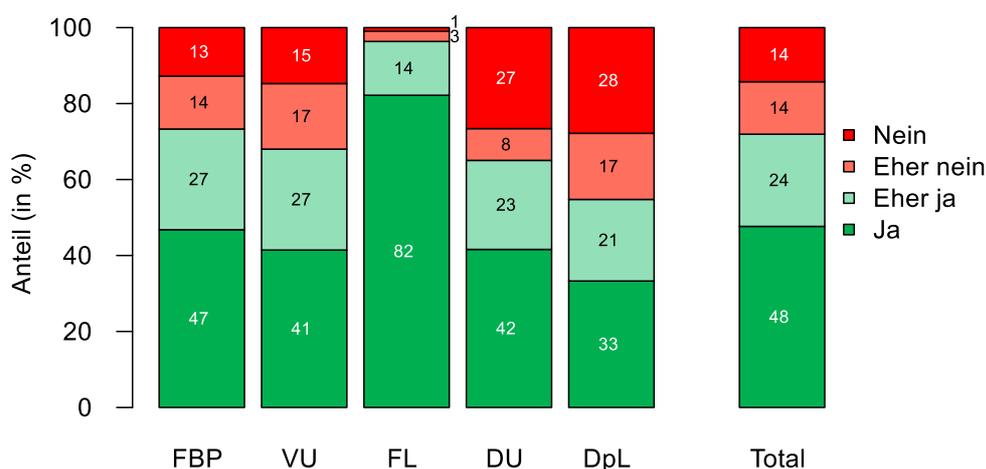
Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Das grösste Gewicht auf die Eigenverantwortung legen demgegenüber die Wählerinnen und Wähler der DpL. Rund ein Viertel der Befragten (24%) spricht sich dezidiert und weitere 23 Prozent eher für eine höhere Eigenverantwortung aus. Gleichwohl sind fast drei von zehn Wählerinnen und Wähler einer Stärkung des Sozialstaates nicht abgeneigt (29%, Antwortkategorien 1 und 2).

Ein untereinander ähnliches Profil offenbaren wiederum die Wählerinnen und Wähler von FBP und VU. Zwischen 15 Prozent (VU) und 18 Prozent (FBP) betonen die Eigenverantwortung, während 12 (FBP) bis 13 Prozent (VU) einen stärkeren Sozialstaat favorisieren. Jeweils rund ein Drittel der Befragten verortet sich in der Mitte auf der fünfstufigen Skala.

Vergleichsweise grossen Rückhalt in allen fünf Parteien findet schliesslich die letzte, gesellschaftspolitische Forderung nach rechtlicher Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare (Abbildung 23).²³

Abbildung 23: Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare



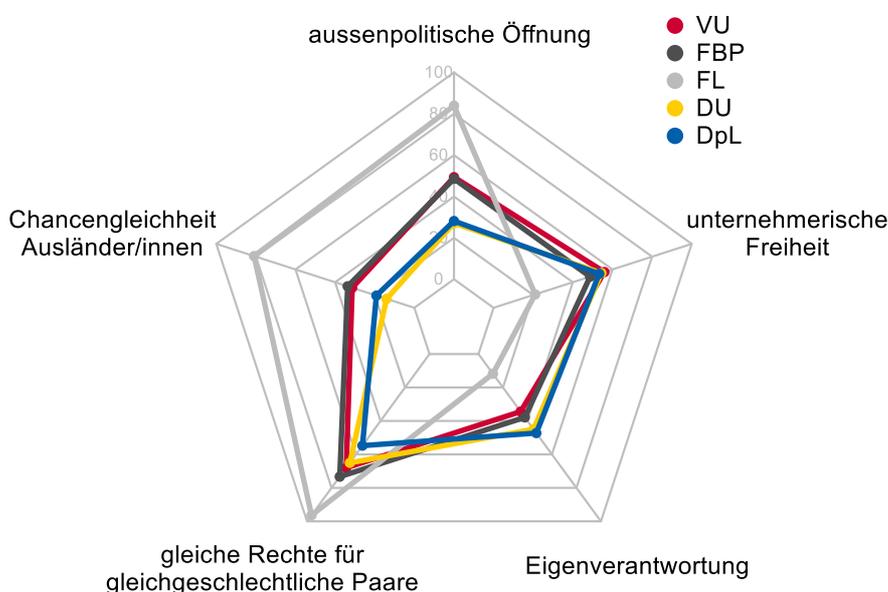
Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

23 Hierzu wurde folgende Frage gestellt: «Sollen gleichgeschlechtliche Paare in allen Bereichen die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare haben?»

Der überwiegende Anteil von 96 Prozent der FL-Wählenden ist sehr oder eher für die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare in allen Bereichen. Auf grössere Skepsis stösst die Forderung bei den Wählerinnen und Wählern der DpL. Jedoch sprechen sich auch bei der DpL 33 Prozent sehr und weitere 21 Prozent eher dafür aus. Zusammengenommen ist also auch eine Mehrheit der DpL-Wählenden für die Gleichstellung. In den anderen drei Parteien sprechen sich jeweils zwischen 65 Prozent (DU) und 74 Prozent (FBP) sehr oder eher dafür aus.

Zusammengenommen zeigen insbesondere die FL-Wählenden hinsichtlich ihrer politischen Werthaltungen ein Profil, das sich klar von den anderen vier Parteien unterscheidet und dem Profil einer typischen linken Partei entspricht. Zugleich sind sich die Wählerinnen und Wähler der beiden Grossparteien in ihren politischen Werthaltungen insgesamt sehr ähnlich. Besonders eindrucksvoll zeigt dies untenstehendes Netzdiagramm (Abbildung 24), in welchem die Flächen der FBP und VU praktisch deckungsgleich sind.

Abbildung 24: Gegenüberstellung der Wertedimensionen



Erläuterungen: Dargestellt sind die Anteile, die sich für die jeweilige Dimension aussprechen (Antwortkategorien 1 und 2 resp. 4 und 5). Im Falle der Rechte gleichgeschlechtlicher Paare wird der Anteil Ja/eher Ja abgebildet.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

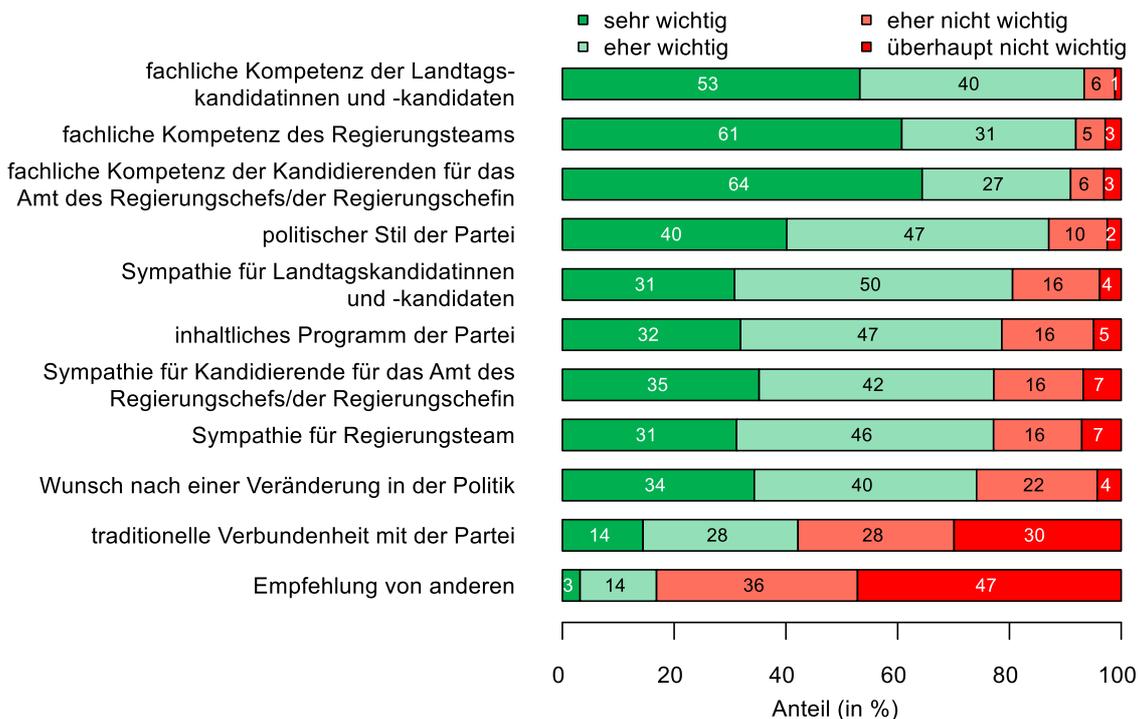
Doch nicht nur FBP und VU gleichen sich punkto Werthaltungen stark, sondern auch die DU und DpL unterscheiden sich nur geringfügig voneinander. Im Unterschied zu FBP und VU sprechen sich ihre Wählerinnen und Wähler insgesamt seltener für eine aussenpolitische Öffnung Liechtensteins aus und sind eher der Ansicht, dass Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner bessere Chancen als ausländische Staatsangehörige haben sollen. Dies deckt sich mit der Verortung von DU und DpL rechts der politischen Mitte. Hinsichtlich eines stärkeren Sozialstaates und stärkeren staatlichen Kontrollen sind sich die Wählerschaften von FBP, VU, DU und DpL insgesamt aber sehr ähnlich.

7.3 Wahlmotive

Es gibt vielerlei Gründe, weshalb man sich für eine bestimmte Partei entscheidet. Einige Wählerinnen und Wähler haben eine starke emotionale Bindung zu ihrer bevorzugten Partei, anderen wurde die Parteibindung gewissermassen «in die Wiege gelegt», weshalb sie sich mittlerweile aus Gewohnheit und Tradition für ihre Partei entscheiden. Andere Wählende haben hingegen keine allzu starke Parteibindung und suchen sich jene Partei mit dem passenden inhaltlichen Angebot aus, während nochmals andere nach den besten Köpfen für den Landtag oder gar für die Regierung Ausschau halten.

Den Befragten wurden insgesamt zehn unterschiedliche Wahlgründe vorgelegt, deren Bedeutung für den individuellen Entscheid zu bewerten war (Abbildung 25). Das wichtigste Motiv war dabei die fachliche Kompetenz der Kandidatin bzw. den Kandidaten für das Amt des Regierungschefs. 63 Prozent aller Befragten gaben an, diese sei für ihren Entscheid sehr wichtig gewesen – ein Motiv, welches natürlich primär von den Wählenden der beiden Grossparteien vorgebracht wurde (siehe auch Abbildung 26). Mit anderen Worten: Der Hauptbeweggrund der Listenwahl war die fachliche Kompetenz einer Person, die gar nicht zur Wahl stand. Da der Ausgang der Landtagswahl entscheidend für die Regierungsbildung ist, ist diese Motivation jedoch nicht systemfremd. An zweiter Stelle folgt die fachliche Kompetenz des Regierungsteams, welches ebenso wenig wie der Regierungschef resp. die Regierungschefin zur Wahl steht. Kurz, die Landtagswahlen sind – für die Wählenden der beiden Grossparteien – mitunter primär eine Regierungswahl. Allerdings sind die fachlichen Kompetenzen der Kandidierenden für den Landtag nicht irrelevant. Im Gegenteil, mehr als die Hälfte (52%) der Befragten mass der Kompetenz der Landtagskandidatinnen und -kandidaten eine hohe Bedeutung beim eigenen Wahlentscheid zu. Weniger wichtig ist der politische Stil einer Partei oder die Sympathie zu den Kandidierenden. Gar weniger als ein Drittel (31%) gab das inhaltliche Programm der Präferenzpartei als sehr wichtigen Beweggrund an. Wie zuvor ausgeführt, sind die programmatischen Unterschiede einerseits zwischen FBP und VU und andererseits zwischen DU und DpL ohnehin gering. Von dieser Warte aus betrachtet ist es auch nicht weiter erstaunlich, dass inhaltliche Programme eher selten einmal ausschlaggebend für den Wahlentscheid waren. Schliesslich bekannten nur gerade 14 Prozent der Wählenden, Gewohnheit oder Tradition seien sehr wichtige Wahlgründe gewesen. Empfehlungen wurden noch seltener als wichtiger Beweggrund genannt. Das heisst nicht, dass das soziale Umfeld für den Wahlentscheid keine Rolle spielt. Im Gegenteil, es ist wegen des regen persönlichen Austauschs zu den Wahlen, welche die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner pflegen (siehe Kapitel 6.1.1), durchaus von einer Prägung des Wahlentscheids durch das soziale Umfeld auszugehen. Aber direkt geäusserte Empfehlungen spielten keine relevante Rolle bei den Wahlen.

Abbildung 25: Bedeutung Einflussfaktoren des Wahlentscheids



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die Ausgangslage ist indessen für die verschiedenen Wählergruppen ungleich: Wer sich beispielsweise zwischen den beiden Grossparteien entscheidet, wird in erster Linie die beiden Regierungsteams miteinander vergleichen, weil sich die Inhalte der Parteiprogramme beider Parteien nicht derart gross unterscheiden. Deshalb lohnt sich ein Blick auf die *primären* Wahlbeweggründe der *einzelnen* Wählerschaften (Abbildung 26).

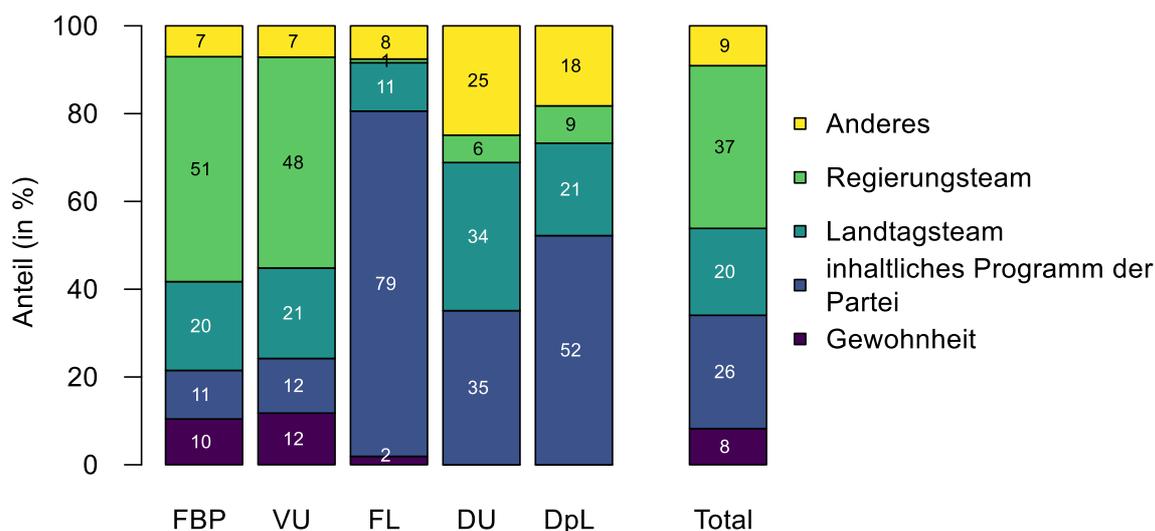
Für die Wählerschaften der beiden Grossparteien hat in erster Linie das Regierungsteam den Ausschlag für ihren Wahlentscheid gegeben. Nun darf dies nicht so verstanden werden, dass sich diese Wählenden bei einer anderen personellen Zusammensetzung der Regierungsteams auch tatsächlich *anders* entschieden hätten. Die meisten Wählerinnen und Wähler der FBP und VU hegen nämlich starke Sympathien zu ihrer Partei²⁴, wählten bereits vor vier Jahren gleich und teilen oftmals auch die Grundwerte der Partei – alles Hinweise darauf, dass sie loyale Parteiwählerinnen und -wähler sind und ein Parteiwechsel nur unter speziellen Bedingungen infrage kommt. Das Landtagsteam der Partei war für bloss rund ein Fünftel der FBP- und VU-Wählerinnen und -Wähler das wichtigste Wahlmotiv, gefolgt vom inhaltlichen Programm der Partei.

In scharfem Kontrast dazu stehen die Wahlmotive der Wählenden der Freien Liste: Für beinahe acht von zehn FL-Wählenden (79%) bildete das Parteiprogramm den zentralen Wahlbeweggrund. Köpfe sind indessen weniger wichtig: Bloss ein Zehntel stimmte wegen dem Landtagsteam zugunsten der Partei. Logischerweise war das Regierungsteam für beinahe niemanden aus den Reihen der FL-Wählenden der primäre Wahlgrund – die FL verzichtete bei den Landtagswahlen 2021 auf die Präsentation eines designierten Regierungsteams. Bei den beiden anderen Oppositionspar-

24 Siehe hierzu Kapitel 9.1.

teien – DU und DpL – ist es eine Mischung aus Köpfen (hauptsächlich für den Landtag, aber vereinzelt auch im Hinblick auf die Regierungsbildung) und Programm, welche die Wählerschaften in ihrem Entscheid beeinflusste.²⁵

Abbildung 26: Primäres Wahlmotiv nach Wahlentscheid



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Von besonderem Interesse sind die Wahlmotive der Wechselwählerinnen und -wähler. Denn sie sind zu einem beträchtlichen Teil²⁶ für die Verschiebungen im Wahlergebnis zwischen zwei Wahljahren verantwortlich. Wer von der FBP zur VU wechselte, gab hauptsächlich das Regierungsteam als Wahlgrund an. Zum Vergleich: Insgesamt gaben 48 Prozent aller VU-Wählenden an, sich in erster Linie wegen des Regierungsteams für die Partei entschieden zu haben. In der Subgruppe der ehemals FBP-, aber neu VU-Wählenden betrug dieser Anteil aber 71 Prozent. Umgekehrt bekannten 69 Prozent der ehemals VU-Wählenden unter der FBP-Wählerschaft, dass das (FBP-)Regierungsteam den Ausschlag beim Entscheid gegeben habe. In der gesamten FBP-Wählerschaft betrug dieser Anteil 51 Prozent. Im Ergebnis: Wer von der FBP zur VU oder umgekehrt wechselte, tat dies in den meisten Fällen nicht aus inhaltlichen Gründen oder weil die Landtagskandidierenden den eigenen Präferenzen eher entsprachen, sondern weil das Regierungsteam der jeweiligen Partei stärker überzeugte.

Aufschlussreich sind zudem auch die Wahlmotive ehemaliger FL-Wählerinnen und -Wähler: Wer der FBP 2021 die Stimme gab, tat dies hauptsächlich wegen des Regierungsteams (81%). Wer indessen VU wählte, gab diesen Grund deutlich seltener (44%) an. Angesichts der Tatsache, dass FL-Sympathisierenden eine angemessene Frauenvertretung besonders am Herzen liegt (siehe Kapitel 7.7), ist davon auszugehen, dass die Zugewinne der FBP (siehe Kapitel 8.1) aus den Reihen der

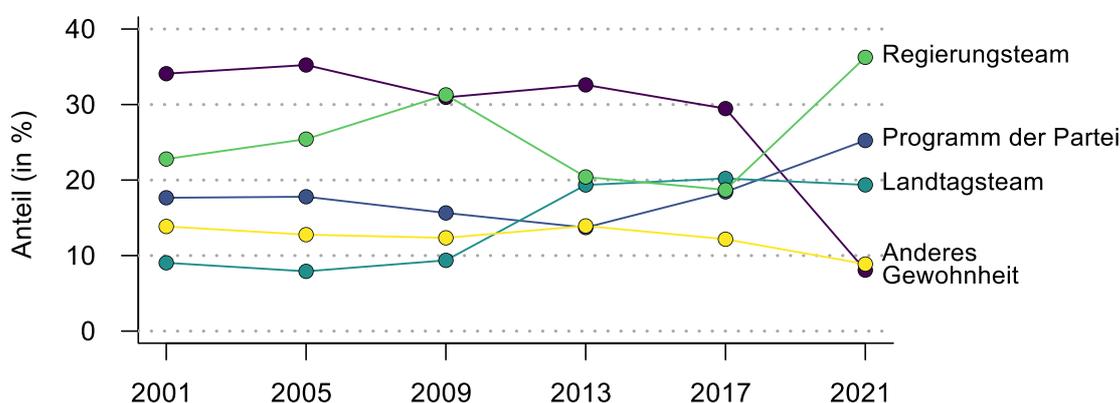
25 Die Nennung des Regierungsteam als Wahlmotiv durch die Wählenden der drei kleinen Parteien ist wohl dahingehend zu deuten, dass diese Wählenden sich mit den von den Grossparteien porträtierten Teams für die Regierung nicht identifizieren können. Eine andere mögliche Erklärung wäre, dass sie mit der Nennung des Regierungsteams als Wahlmotiv den Wunsch zum Ausdruck bringen möchten, dass auch ihre Partei künftig ein Regierungsteam stellt.

26 Verschiebungen zwischen zwei Wahlen ergeben sich nicht bloss aufgrund von Wechseln in den Parteipräferenzen der Wählerinnen und Wähler. Natürlich wirken sich auch Mobilisierungsbilanzen und der Wegfall/Wegzug bzw. Zuzug/Erstwahl von Wählenden auf die Stimmergebnisse aus (mehr dazu siehe: Kapitel 8).

FL hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, dass die FBP mit Sabine Monauni erstmals eine Frau als Regierungschefin nominierte.²⁷

Im Vergleich zu früheren Wahlen (Abbildung 27) fällt insbesondere der dramatische Rückgang des Gewohnheitsmotivs auf. Zu Beginn der Jahrtausendwende war die Gewohnheitswahl weit verbreitet, inzwischen geben aber weniger als 10 Prozent an, einer Tradition gefolgt zu sein. Allerdings wäre es unzutreffend, vom Ende der Traditionswahl zu sprechen. Weite Teile des Elektorats hegen nach wie vor exklusive Sympathien zu einer bestimmten Partei, die sie bei allen Wahlen auch loyal unterstützen. Aber viele Liechtensteiner Wählende möchten nicht mehr als Traditionswählerinnen und -wähler gelten. Hingegen ist eine Zunahme sachpolitisch motivierter Wahlentscheide zu beobachten. Das Regierungsteam wiederum war 2021 wieder wichtig, weist im Längsschnittvergleich aber Konjunkturen auf – abhängig davon, welches Identifikationspotenzial die individuellen Kandidatinnen und Kandidaten haben.

Abbildung 27: Primäres Wahlmotiv 2001–2021



Quelle: Wahlumfragen Liechtenstein-Institut 2001–2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Zusammengefasst war das Regierungsteam bei den Landtagswahlen 2021 von beträchtlicher Bedeutung für den Wahlentscheid. Dies trifft vor allem auf diejenigen Wählerinnen und Wähler zu, die zwischen den beiden Grossparteien gewechselt haben. Wer 2021 die Parteifarben zwischen den beiden Grossparteien wechselte²⁸, tat dies vor allem, weil das Regierungsteam und/oder der Kandidat resp. die Kandidatin für das Amt des Regierungschefs resp. der Regierungschefin der schliesslich gewählten Partei eher überzeugten. Die Stimmen, welche die FBP 2021 von ehemals FL-Wählenden erhielt, waren wiederum hauptsächlich Stimmen zugunsten einer erstmals weiblichen Regierungschefin.

Für die Wahl der Anhängerschaften der drei Oppositionsparteien war das Regierungsteam selbstredend kaum relevant. Für die FL-Wahl waren in erster Linie deren Programm bzw. deren inhaltliche Positionen ausschlaggebend. Wie bereits erörtert, ist die FL auch jene Partei, welche sich inhaltlich und programmatisch am stärksten von den restlichen Parteien abgrenzt. Der Umstand, dass für FL-Wählende primär das Programm der Partei von Bedeutung ist und nicht Köpfe, wird

27 Diese Vermutung wird durch einen weiteren Befund gestützt: Bei der Frage nach dem primären Wahlgrund konnten die Befragten nebst den vorgegebenen Antworten auch eine eigene Antwort formulieren. Eine nicht unerhebliche Zahl tat dies auch. Einige von ihnen schrieben, dass der Hauptgrund darin bestand, Frauen in der Politik (o.ä.) zu unterstützen. Die meisten von ihnen waren ehemalige FL-Wählende, die 2021 der FBP die Stimme gaben.

28 Gemeint sind damit Wählende, die 2017 FBP oder VU wählten, 2021 aber die jeweils andere der beiden Grossparteien bevorzugten.

der FL Hoffnung geben, den nach den Wahlen öffentlich gewordenen parteiinternen Konflikt elektoral relativ unbeschadet überstehen zu können.²⁹ DU- und DpL-Wählende hingegen orientierten sich bei ihrem Entscheid stärker als FL-Wählende an einzelnen Landtagskandidierenden. Das erklärt auch, weshalb der Weggang einiger ehemaliger DU-Abgeordneter und -Kandidierender zur DpL in eine grosse Wahlschlappe für die DU mündete: Die Loyalität zu (oder Sympathie für) Einzelpersonen ist bei der DU und bei der DpL gross, folgerichtig werden bei einem Parteiübertritt von Abgeordneten diese Stimmen gleich zur neuen Partei «mitgenommen». Sodann enthält auch die Kategorie «Anderes» eine nicht unerhebliche Anzahl Nennungen. Den Löwenanteil dieser Nennungen machen Aussagen aus, in denen ein Wunsch nach Veränderung und Wechsel zum Ausdruck kommt.

7.4 Problembewusstsein, Themen und Wahlentscheid

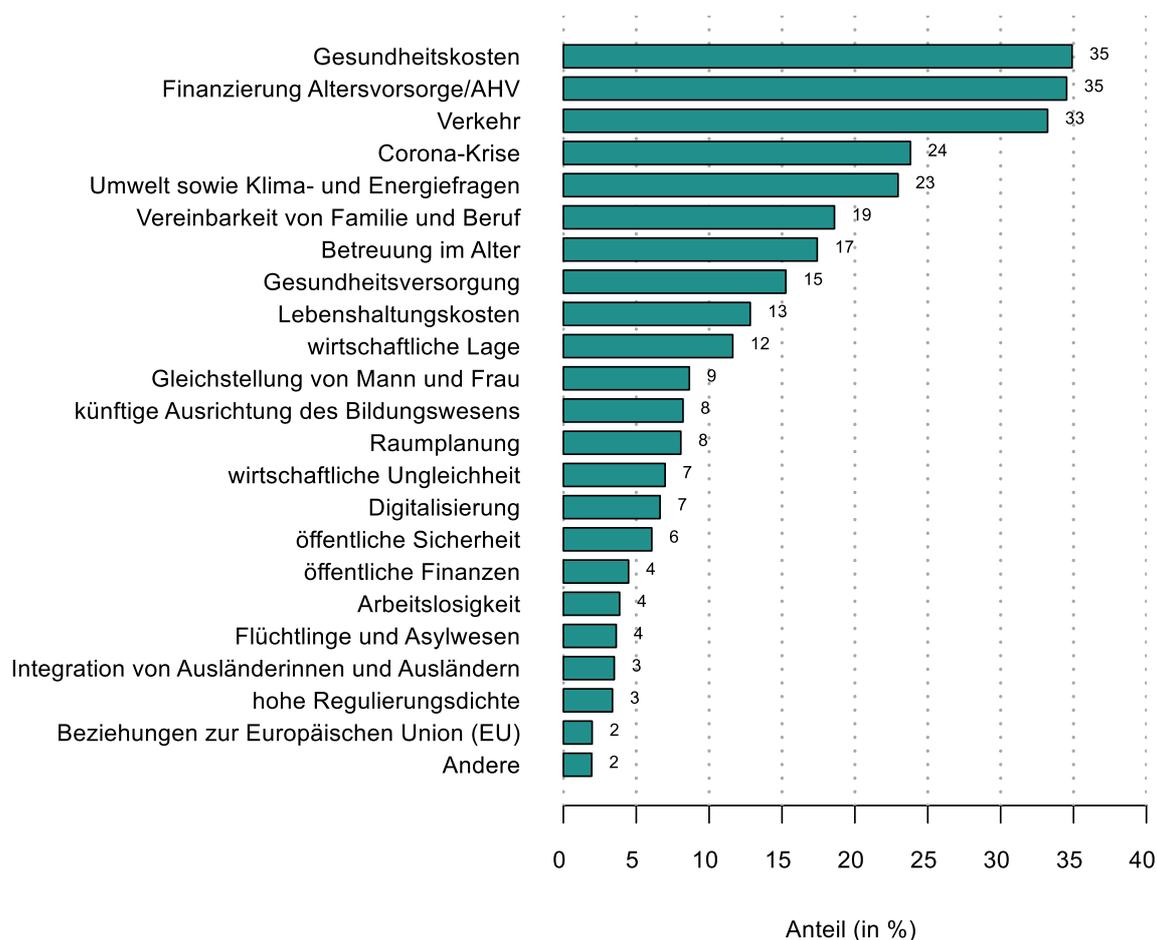
Der Wahlentscheid wird oftmals auf der Basis der aktuellen, subjektiv empfundenen Problemlage gefällt. Es wird dabei jene Partei gewählt, von der man am ehesten erwartet, dass sie die aus eigener Sicht drängendsten Probleme zu lösen vermag.

7.4.1 Sorgenbarometer Liechtensteins

Zunächst: Worüber machen sich die Liechtensteiner Wählenden aktuell am meisten Sorgen? Zu diesem Zweck wurden die Befragten gebeten, aus einer Auswahl von 22 Problemfeldern jene drei auszuwählen, die ihrer Ansicht nach am drängendsten einer Lösung zugeführt werden müssten.³⁰ Diese Liechtensteiner Sorgenagenda wird von den Gesundheitskosten und der AHV-Finanzierung angeführt (je 35%). An dritter Stelle folgt der Verkehr: Ein Drittel aller Wählenden gab den Verkehr als eines der drei drängendsten Probleme an, was angesichts der hohen Stimmbeteiligung (83.5%) bei der S-Bahn-Abstimmung vom Sommer 2020 zu erwarten war. Mit einem gewissen Abstand folgt auf Platz 4 die Corona-Pandemie (24%). Angesichts der Medienpräsenz des Themas hätte man allenfalls eine höhere Platzierung erwarten dürfen. Für die Liechtensteiner Wählenden ist es aber – vielleicht auch wegen den Lockerungen, die zum Zeitpunkt der Befragung zumindest zu erwarten waren – nicht das bewegendste aller Themen. Die COVID-19-Pandemie liegt aber vor dem Umweltthema (23%), worunter auch Energie und Klima subsumiert wurden. Dieses Thema bereitet den Jungen (18- bis 24-Jährige: 35%) erwartungsgemäss mehr Sorgen als den älteren Wählenden (65+ Jahre: 22%). Unter den jungen Frauen (18–24 Jahre) ist es gar das meistgenannte Thema (41%).

²⁹ Damit soll jedoch nicht gesagt werden, dass der parteiinterne Konflikt der FL keinen Einfluss auf deren künftiges Abschneiden haben wird. Gerade im Falle einer Parteispaltung könnte sich dies sehr negativ auf die Erfolgchancen der FL bei den nächsten Wahlen auswirken, da die FL dann ihre Alleinstellungsmerkmale links der politischen Mitte verlieren würde.

³⁰ Zusätzlich konnten die Befragten auch eigene, d. h. nicht vorgegebene Problemfelder benennen.

Abbildung 28: Rangliste der drängendsten Probleme (in % der Teilnehmenden)

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Weitere häufig genannte Problemfelder sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (19%), die Betreuung im Alter (17%), die Gesundheitsversorgung (15%) und die Lebenshaltungskosten (12%). Interessant sind auch Nicht-Nennungen: Die Europapolitik wurde kaum je genannt (2%) ebenso wie migrationsbezogene Themen (Integration von Ausländerinnen und Ausländern: 3%; Asylwesen und Flüchtlinge: 4%) und die Arbeitslosigkeit (4%). Diese Themen sind in anderen Staaten gerade in Wahlkämpfen sehr präsent und beeinflussen den Parteienwettbewerb stark.

Wie sehen aber die Sorgenrankings der verschiedenen Wählerschaften aus und was lässt sich daraus schlussfolgern? Zunächst ist festzuhalten, dass die Gesundheitskosten alle Wählerschaften stark beschäftigen (Tabelle 6). Sie rangieren in den Top Drei der drängendsten Probleme aller fünf Wählerschaften. Die Wählerschaften von VU und DU sehen darin gar das momentane Hauptproblem. Neben den Gesundheitskosten zählen auch die Bereiche Verkehr, Finanzierung der Altersvorsorge/AHV und die Corona-Krise für alle Wählerschaften zu den zehn drängendsten Problemen Liechtensteins. Dabei gibt es aber durchaus Unterschiede in der Dringlichkeit. So erscheint beispielsweise die Finanzierung Altersvorsorge/AHV für die FBP- und DpL-Wählenden als das gegenwärtig drängendste Problem. Andererseits messen die Wählenden von FBP, VU und FL etwa dem Bereich Verkehr ein höheres Gewicht zu als die Wählerschaften von DU und DpL.

Die Wählerinnen und Wähler der beiden Grossparteien sind sich in ihrer Problemwahrnehmung ziemlich ähnlich. Neun der zehn drängendsten Probleme der FBP-Wählenden erscheinen auch in der Auflistung der zehn drängendsten Probleme der VU-Wählenden.

Nur für die Wählenden der FL zählt der Bereich Gleichstellung von Mann und Frau zu den zehn drängendsten Problemen. Die Wählerschaften der anderen Parteien messen diesem Bereich eine tiefere Dringlichkeit zu. Auf der anderen Seite gibt es mit den beiden Bereichen Betreuung im Alter und Gesundheitsversorgung zwei Themenkomplexe, die von den Wählerschaften von FBP, VU, DU und DpL zu den Top Ten gezählt werden, hingegen von den FL-Wählenden nicht im selben Ausmass erwähnt werden.

Das drängendste Problem in den Augen einer klaren Mehrheit von 57 Prozent der FL-Wählenden besteht im Bereich Umwelt sowie Klima- und Energiefragen. Diese hohe wahrgenommene Dringlichkeit ist in den Wählerschaften der anderen Parteien nicht zu beobachten. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Umwelt-, Energie und Klimapolitik auch für FBP- und VU-Wählende von einer gewissen Prägnanz ist. Schliesslich zählen auch 23 Prozent der FBP- und 16 Prozent der VU-Wählenden diesen Bereich zu den drängendsten Problemen Liechtensteins. Für die Wählenden von DU und DpL schafft es die Klimapolitik demgegenüber nicht in die Top Ten.

Tabelle 6: Drängendste Probleme nach Wahlentscheid

Problembereiche	Anteile genannt (in %)				
	FBP	VU	FL	DU	DpL
Arbeitslosigkeit	3	4	0	8	6
Betreuung im Alter	18	18	9	22	19
Beziehungen zur Europäischen Union (EU)	3	2	1	0	1
Corona-Krise	26	24	17	21	25
Digitalisierung	9	7	5	3	3
Finanzierung Altersvorsorge/AHV	37	36	19	36	38
Flüchtlinge und Asylwesen	3	3	8	4	3
Gesundheitskosten	35	39	27	40	33
Gesundheitsversorgung	13	14	9	18	24
Gleichstellung von Mann und Frau	7	7	22	4	5
hohe Regulierungsdichte	3	3	0	6	5
Integration von Ausländerinnen und Ausländern	3	3	10	7	1
künftige Ausrichtung des Bildungswesens	10	8	10	1	6
Lebenshaltungskosten	9	12	8	33	20
öffentliche Finanzen	5	4	2	5	9
öffentliche Sicherheit	7	6	1	5	8
Raumplanung	8	8	14	9	5
Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	23	16	57	5	13
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	19	18	26	5	20
Verkehr	36	37	34	20	24
wirtschaftliche Lage	11	17	4	1	14
wirtschaftliche Ungleichheit	5	3	16	16	13
Andere	1	1	1	9	5

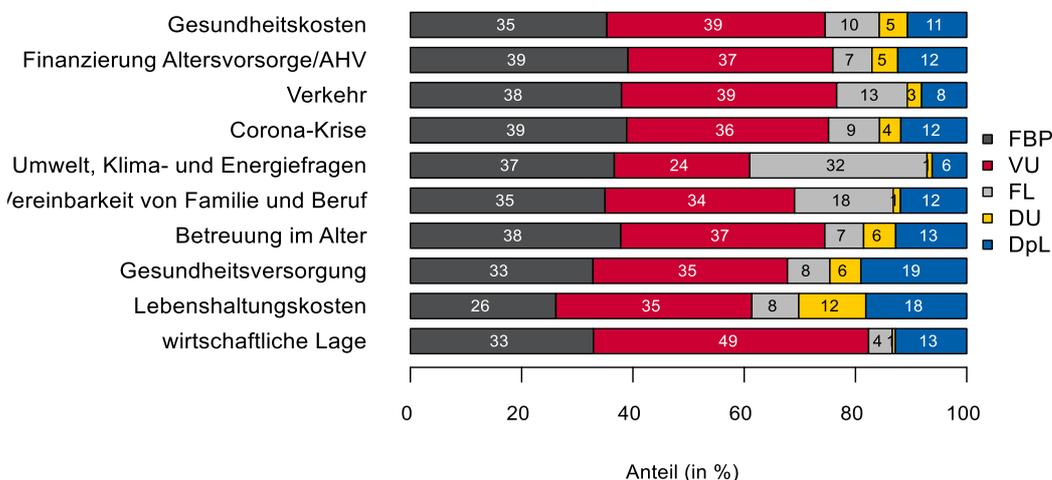
Erläuterung: Jede befragte Person konnte aus einer Liste möglicher Problembereiche maximal drei auswählen. Unter «Anteile genannt (in %)» wird ausgewiesen, welcher Anteil der jeweiligen Wählerschaft den entsprechenden Bereich zu den drei dringendsten Problemen zählt. Grün hinterlegt sind die Themenbereiche, die für die entsprechende Wählerschaft zum Drittel der Bereiche mit der geringsten Dringlichkeit zählen und rot jene Themenbereiche mit der grössten Dringlichkeit. Ein Lesebeispiel: Rund 3 Prozent der FBP-Wählenden zählen den Bereich Arbeitslosigkeit zu den drei drängendsten Problemen Liechtensteins.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Werte, gefiltert auf Teilnehmende.

7.4.2 Problembewusstsein und Wahlentscheid

Der Zusammenhang zwischen Problembewusstsein und Wahlentscheid lässt sich auch von der anderen Seite betrachten: Wen wählten jene, die ein bestimmtes Problem als eines der drei Hauptprobleme bezeichneten? Die nachfolgende Abbildung 29 zeigt den Wahlentscheid aufgeschlüsselt nach den zehn am häufigsten genannten Problemen. Als erstes fällt auf, dass die Verteilung der Parteipräferenzen nur geringfügig von der Nennung des Problems abhängig ist. Im Prinzip gab es nur zwei grössere Ausnahmen vom landesweiten Muster: Umwelt, Energie und Klima sowie die Lebenshaltungskosten. Wer erstgenanntes Problemfeld nannte, wählte zu rund einem Drittel (32%) die FL. Wer sich um die steigenden Lebenshaltungskosten Sorgen macht, wählte überdurchschnittlich oft eine der beiden Oppositionsparteien aus dem Mitte-Rechts-Spektrum: Die DpL erzielte hier einen Anteil von 18 Prozent und die DU von 12 Prozent. Beide Werte liegen erheblich über dem effektiven Wahlergebnis von DpL und DU. Jene Personen, welche die Corona-Pandemie als eines der gegenwärtigen Hauptprobleme betrachteten, wählten in etwa gleich wie der restliche Wählerschaft – ein weiterer Beleg dafür, dass sich die COVID-19-Situation kaum auf das Wahlergebnis auswirkte.

Abbildung 29: Wahlentscheid nach 10 drängendsten Problemen



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

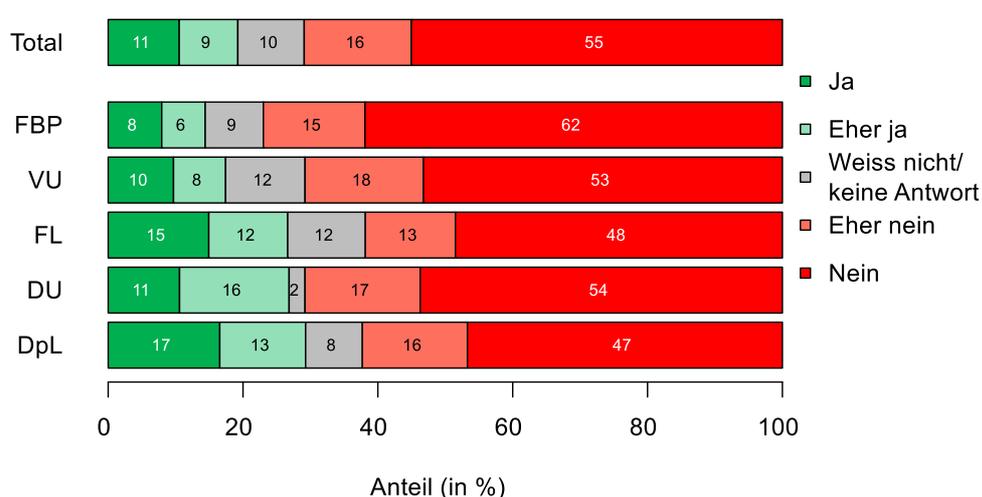
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Problemagenda der FL-Wählerschaft am stärksten von derjenigen der restlichen Wählerschaften unterscheidet. Tatsächlich sind es auch die FL-Wählenden, die das inhaltliche Programm der Partei mit Abstand am häufigsten als wichtigstes Wahlmotiv genannt haben (siehe auch Abbildung 26). Ihre Partei besetzt eine programmatische Nische, der keine andere Partei nahekommt. Die Wählerschaften der beiden Grossparteien hingegen weisen starke programmatische Ähnlichkeiten auf, die aus denselben Sorgen und Problemen resultieren. Der Entscheid zwischen diesen beiden Parteien wird nicht aufgrund des inhaltlichen Programms, sondern aus Gewohnheit oder wegen Personen (auch Regierungsteam) gefällt. Die Sorgen der DpL- und DU-Wählerschaften weisen durchaus Parallelen zu jenen der Wählerschaften der beiden Grossparteien auf, der Akzent liegt aber stärker auf wirtschaftlichen/finanziellen Problemen.

7.5 Einzelereignisse und ihre Auswirkung auf den Wahlentscheid: Causa Aurelia Frick

Die Abberufung der langjährigen FBP-Regierungsrätin Aurelia Frick und der kurz vor den Wahlen beginnende Prozess gegen sie war ein wichtiges politisches Ereignis, das hohe Wellen warf. Folglich stellt sich die Frage, ob der knappe Wahlausgang von dieser «Causa» beeinflusst wurde oder nicht.

Ein Fünftel aller Befragten gab an, die Ereignisse rund um das Misstrauensvotum gegen Aurelia Frick hätten ihren Wahlentscheid beeinflusst (Abbildung 30).³¹ Das heisst allerdings noch längst nicht, dass dieses Fünftel wegen dieser Ereignisse anders entschied, als es ohne Kenntnis dieser Ereignisse entschieden *hätte* («kausaler Einfluss»). Tatsächlich legten fast zwei Drittel (63%) dieses Fünftels dieselbe Liste ein wie schon 2017. Die Ereignisse wühlten offenbar vor allem die Wählerschaften der Oppositionsparteien auf. Bei der DpL sind es 30 Prozent, während es bei der FL- und DU-Wählerschaft 27 Prozent sind, die eine Beeinflussung ihres Entscheids zumindest als möglich einschätzten. Vor allem FL-Wählerinnen bejahten eine solche Beeinflussung.³² Aber ein Blick auf das Wahlverhalten dieser FL-Wählerinnen zeigt, dass 70 Prozent von ihnen *bereits 2017 die FL gewählt* hatten. Mit anderen Worten: Die Causa Frick hat diese Wählerinnen offenbar stark beschäftigt, aber ihren Entscheid nicht umgestossen und wahrscheinlich noch nicht einmal tangiert.

Abbildung 30: Beeinflussung durch Causa Frick nach Wahlentscheid



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Wenn der Fall Frick einen Einfluss hatte, dann wohl am ehesten bei jenen, die *vormals* FBP oder VU wählten. Die nachfolgende Abbildung 31 zeigt die Anteile jener, die ihren Entscheid von der Causa Frick beeinflusst sahen, für drei verschiedene FBP-Wählergruppen:

- Jene, die sowohl 2017 wie auch 2021 FBP wählten: Bei ihnen beträgt der Anteil «Beeinflusster» 15 Prozent. Trotz kolportierter Beeinflussung änderte sich deren Wahlverhalten also nicht – denn diese Gruppe wählte 2017 wie auch 2021 die FBP. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass diese FBP-Wählenden der Ansicht waren, dass die FBP selbst viel zur Aufarbeitung des Falls beitrug und mit Sabine Monauni zudem eine Frau als Kandidatin für das Amt der Regierungschefin stellte.
- Jene, die 2017 FBP wählten, sich 2021 aber von ihr abwandten (der Balken «weg von FBP» in Abbildung 31): In dieser Gruppe beträgt der Anteil «Beeinflusster» 36 Prozent, also mehr als doppelt so viel wie bei den Stammwählerinnen und Stammwählern der FBP. Dieser erhebliche Unterschied lässt vermuten, dass diese Wechselwählenden sich 2021 *auch* wegen dem Fall Frick von der FBP lossagten.

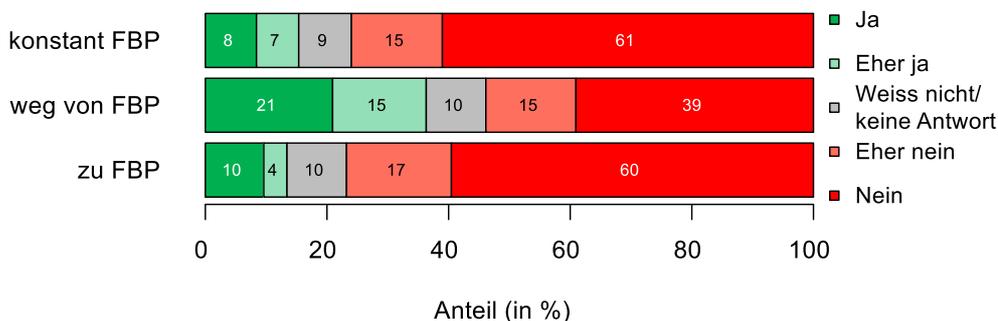
31 Die Frage lautete: «Haben die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Misstrauensvotum gegenüber Aurelia Frick im Juni 2019 Ihr Wahlverhalten beeinflusst?» Wir haben für diese Auswertung die Antworten «ja» und «eher ja» (auf die Frage nach einer möglichen Beeinflussung) zusammengefasst.

32 21 Prozent der FL-Wählerinnen waren sich gar sicher (Antwort «ja»), dass die Ereignisse ihren Wahlentscheid beeinflusst hätten.

- Jene, die 2017 noch eine andere Partei wählten, 2021 aber ihre Stimme der FBP gaben: Unter ihnen beträgt der Anteil «Beeinflusster» wie schon bei der ersten Gruppe 14 Prozent, liegt also deutlich unter dem Anteil der zweiten Gruppe.

Zusammengefasst: Längst nicht alle, die der Fall Aurelia Frick beschäftigte, wechselten deshalb auch die Parteifarben. Aber die erhebliche Differenz zwischen jenen, die sich 2021 von der FBP wegwandten (aber 2017 noch FBP gewählt hatten), und jenen, die 2021 FBP wählten, deutet darauf hin, dass einige der FBP wegen dieser Affäre den Rücken kehrten.³³ Unklar ist dabei, ob die Abwanderung erfolgte, weil man die FBP für die Handlungen von Aurelia Frick verantwortlich machte oder weil man der FBP mangelnden Rückhalt gegenüber Aurelia Frick unterstellte.³⁴

Abbildung 31: Beeinflussung durch Causa Frick nach FBP-Bezug



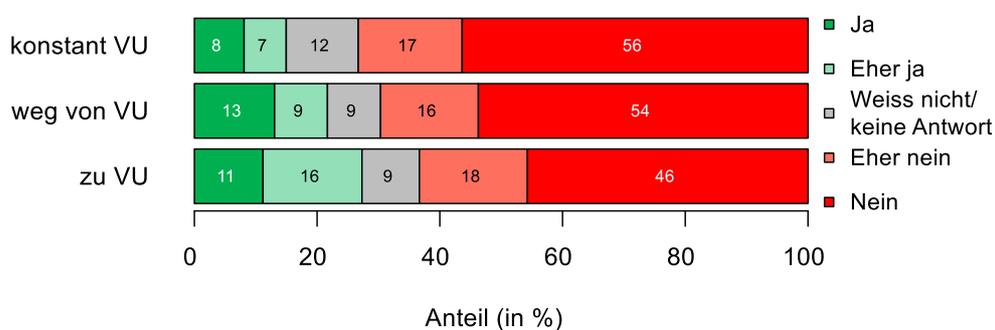
Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Auch bei der Aufschlüsselung nach VU-Bezug zeigen sich Indizien, die darauf hinweisen, dass der Fall Frick der FBP durchaus einige, wenn auch nicht allzu viele Stimmen gekostet haben könnte. Denn der Anteil derjenigen, die beeinflusst wurden, ist bei jenen, die neu – also 2021 – zur VU sties- sen, am höchsten. Darunter natürlich auch ehemalige FBP-Wählende. Was die FBP an Stimmen verlor, gewann die VU hinzu.³⁵

33 Diese Aussage wird durch einen weiteren Befund gestärkt: In multivariaten Analysen zur Erklärung der Wechselwahl weg von der FBP verbleibt die Haltung zum Fall Frick selbst unter Berücksichtigung einer Vielzahl weiterer Faktoren hochsignifikant. Die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels von der FBP zu einer anderen Partei steigt erheblich, wenn man dem Fall Frick hohe Bedeutung für den Wahlentscheid beimisst.

34 Die Analyse zeigt, dass deutlich mehr ehemals FBP Wählende, welche sich durch die Causa Frick beeinflusst sahen, zur DpL als zur FL wechselten. Dies spricht eher dafür, dass die Mehrheit der abgewanderten Wählerinnen und Wähler die FBP verantwortlich für die Handlungen von Aurelia Frick machen.

35 Jene, die bei der Frage nach dem Hauptmotiv explizit den Fall Frick angaben, wählten anschliessend auch die VU. Das belegt die Vermutung, dass die Stimmen, die die FBP wegen dieser Affäre verlor, hauptsächlich an die VU gingen.

Abbildung 32: Beeinflussung durch Causa Frick nach VU-Bezug

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Kurz, der Fall Frick beschäftigte das Elektorat durchaus. Allerdings hatte der Fall mit grosser Wahrscheinlichkeit einen geringfügigen *kausalen* Einfluss auf den Wahlentscheid. Nur wenige werden ihre ursprüngliche Wahlpräferenz wegen dieser Causa *geändert* haben. Aber der Befund deutet darauf hin, dass die FDP wegen dieser Ereignisse einige Stimmen eingebüsst haben hat. Angesichts des sehr knappen Wahlergebnisses könnten diese Verluste indessen (mit-)entscheidend gewesen sein.

Im Nachgang zu den Wahlen zeigte sich noch eine weitere Folge der Causa Aurelia Frick. So gilt das Misstrauensvotum gegenüber Aurelia Frick zwischenzeitlich als Auslöser des parteiinternen Konflikts der FL. Dies bestätigen auch der am 8. Juli 2021 anlässlich der Generalversammlung der FL präsentierte und von den Medien aufgegriffene Bericht zur Aufarbeitung des parteiinternen Konflikts. Wie stark sich dieser Konflikt bereits auf das Wahlergebnis der FL auswirkte, lässt sich nicht sagen. Der parteiinterne Konflikt hat aber sicherlich viele Ressourcen gebunden, welche allenfalls wiederum im Wahlkampf fehlten.

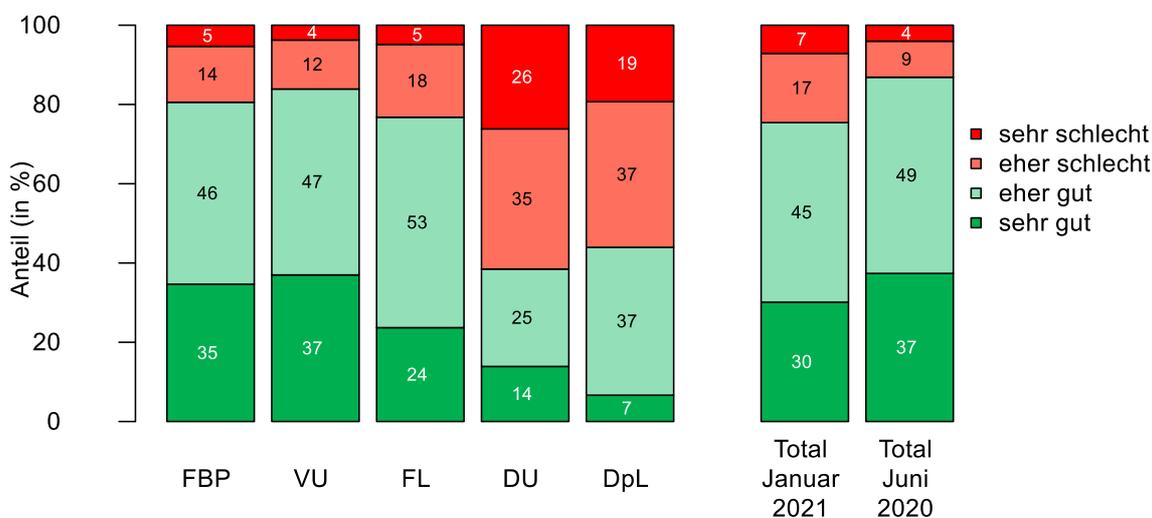
7.6 Die COVID-19-Pandemie und der Wahlentscheid

Die COVID-19-Pandemie hat die Sorgenagenda der Menschen global geprägt. Auch das Verhältnis zum Staat und zur Politik blieb davon nicht unberührt. Nur selten wurden die Bürger und Bürgerinnen mit den Auswirkungen staatlicher Massnahmen derart unmittelbar konfrontiert (Maskenpflicht, Versammlungsverbot, Kontaktverbot, Schliessung von Restaurants, Bars, Sportzentren etc.) wie während der Pandemie. Hat sich dies auch auf den Wahlentscheid ausgewirkt? Und wie bewertet die Wählerschaft die Corona-Massnahmen der Regierung im Allgemeinen?

7.6.1 Beurteilung Regierungsleistung betreffend COVID-19-Bekämpfung

Die Wählerschaft stellt der Regierung prinzipiell ein gutes Corona-Zeugnis aus. Die Wählerschaften der beiden Regierungsparteien sind mit der Regierungsleistung besonders zufrieden. Weniger als ein Fünftel stellt der Regierung ein ungenügendes Zeugnis aus. Auch das Gros der FL-Wählerschaft kann sich mit den Regierungsmassnahmen zur Bekämpfung von Corona prinzipiell anfreunden. Eine Minderheit von ihnen wäre indessen gerne weiter gegangen (Abbildung 34). DU- und DpL-Wählerschaften beurteilen die Regierungsleistung zu Corona hingegen mehrheitlich kritisch. Nur eine Minderheit ist mit der Regierungsleistung grundsätzlich zufrieden. Erwähnenswert ist ferner, dass die anlässlich der Wahlumfrage erhobene Beurteilung der Regierungsarbeit sehr ähnlich ausfällt wie bei früheren Umfragen, und dies obwohl im Januar 2021 die Bevölkerung Liechtensteins mit deutlich mehr Einschränkungen konfrontiert war und auch die Anzahl der infizierten Personen höher war als zum Zeitpunkt der letzten Umfrage (Juni 2020).

Abbildung 33: Beurteilung der Regierungsarbeit bzgl. COVID-19 nach Wahlentscheid



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

7.6.2 Haltung zu COVID-19-Massnahmen und Wahlentscheid

Wie erwähnt, ist eine klare Mehrheit grundsätzlich zufrieden mit der Corona-Politik der Regierung. Diejenigen, die es nicht sind, sind sich indessen nicht einig, was Schärfe und Tempo der von der Regierung verordneten Massnahmen betrifft. Den einen – vor allem FL-Wählenden, aber auch einer beträchtlichen Zahl der DU-Wählenden – sind die Massnahmen zu lasch, während anderen – darunter vornehmlich DpL-Wählende und wiederum DU-Wählende – diese Massnahmen (bzw. deren Dauer) zu weit gehen. Der gleiche Links-Rechts-Graben bei der Beurteilung der COVID-19-Massnahmen ist auch in der Schweiz zu beobachten: SP- und Grünen-Wählerschaften wollen eine Öffnung möglichst weit hinausschieben, während die SVP-Wählerschaft so rasch als möglich öffnen will.³⁶

Es gibt kaum einen Hinweis darauf, dass sich die COVID-19-Pandemie im Wahlverhalten kausal niedergeschlagen hat. Stammwählerinnen und -wähler nannten die COVID-19-Pandemie genauso häufig als drängendstes Problem wie Wechselwählerinnen und -wähler. Und diejenigen, welche die Pandemie als drängendstes Problem nannten, gaben in etwa dieselben Wahlmotive an wie solche, die andere Probleme als wichtiger erachteten. So waren beispielsweise jene Wählenden, die die Pandemie als das grösste aktuelle Problem beschrieben, nicht stärker vom Wunsch nach einer Veränderung in der Politik beseelt als andere. Schliesslich ist auch die hohe Stabilität der Wahlergebnisse (zumindest für FBP, VU und FL) ein Beleg dafür, dass die Corona-Pandemie wenig an den bestehenden Parteipräferenzen änderte. Die Frage, die seit Beginn der Pandemie die Öffentlichkeit in praktisch allen Staaten umtreibt, nämlich ob sich die Pandemie auch auf die Wahlergebnisse auswirken würde, kann also wie folgt beantwortet werden: Es ist kaum ein Corona-Effekt bei den Liechtensteiner Wahlen zu erkennen, was sich auch damit deckt, dass die Corona-Pandemie und die Massnahmen der Regierung zur Bekämpfung ebendieser im Wahlkampf kaum eine Rolle spielten.

36 Siehe hierzu: [7. Corona-Monitor](#) von sotomo im Auftrag der SRG.

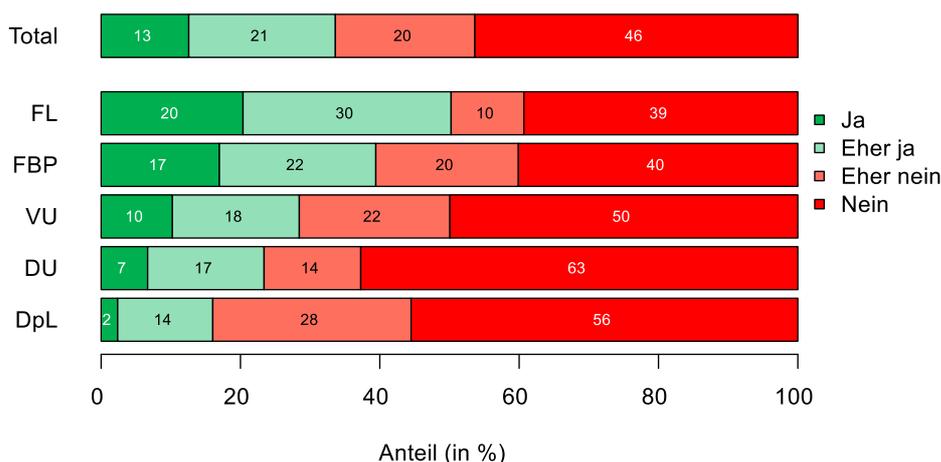
Abbildung 34: Beurteilung der Regierungsarbeit bzgl. COVID-19 nach Wahlentscheid

Erläuterung: Die einzelnen Balken ergeben stets 100 Prozent. Weil sie aber rund um den Mittelwert der mittleren Kategorie («sind angemessen») zentriert werden, ergibt sich dieses für sogenannte Likert-Abbildungen typische, versetzte Muster. Das Muster soll helfen, die Präferenzen der Wählerschaften (z. B. der Wunsch der DpL-Wählenden nach schnellerer Öffnung) rascher zu erkennen.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

7.7 Frauenwahl

Rund ein Drittel aller Wählenden gab an, bewusst möglichst viele Frauen gewählt zu haben. Erwartungsgemäss war dieser Anteil bei den FL-Wählenden am höchsten. Ein Vergleich mit der Schweiz³⁷ zeigt, dass die Verhältnisse dort praktisch identisch sind. Rund ein Drittel der Wählenden bei den Nationalratswahlen 2019 gab bei der SRF-Nachbefragung an, möglichst viele Frauen gewählt zu haben.

Abbildung 35: Bewusste Bevorzugung von Frauen nach Wahlentscheid

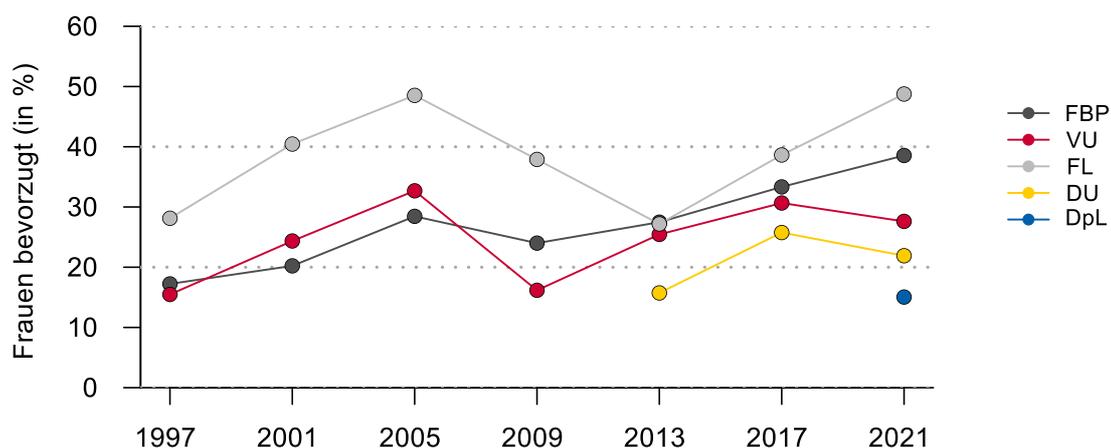
Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Der Vergleich mit früheren Wahlumfragen des Liechtenstein-Instituts offenbart eine Annäherung von FBP, VU und FL auf das Jahr 2013 hin (Abbildung 36). Diese Nivellierung wurde unter anderem damit erklärt, dass das Thema Förderung von Frauen in der Politik damals keinen besonders hohen

37 <https://www.swissinfo.ch/resource/blob/45314394/b8f2ce21806a6db32ab027994a0cd695/nachwahl-befragung-2019-data.pdf?force-download>

Stellenwert aufwies: «In der öffentlichen Debatte – nicht zuletzt auch im Wahlkampf – waren diesbezüglich kaum Impulse zu vernehmen.»³⁸ Seither hat das Thema insbesondere in der FL-Wählerschaft wieder verstärkt an Bedeutung gewonnen. Aber auch bei den Wählerinnen und Wählern der FBP ist der Anteil derjenigen gewachsen, die bewusst Frauen bevorzugt haben. Grundsätzlich ist bei diesem Zeitvergleich aber zu beachten, dass es sich hier nicht um Panelbefragungen handelt, bei denen immer dieselben Personen befragt wurden. Stattdessen wurden Querschnittsbefragungen mit jeweils anderen Stichproben durchgeführt.

Abbildung 36: Bewusste Bevorzugung von Frauen nach Wahlentscheid über die Zeit



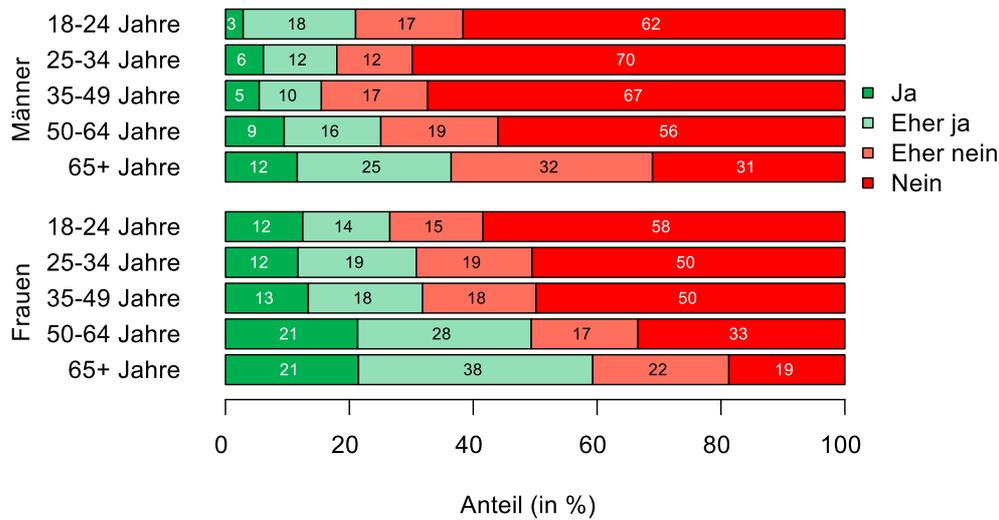
Quelle: Wahlumfragen Liechtenstein-Institut 1997–2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

In der jüngsten Befragung ist bemerkenswert, dass weibliche Kandidatinnen vor allem von den älteren Frauen im Elektorat bevorzugt gewählt wurden. Jüngere Frauen taten dies in weitaus geringerem Ausmass, weniger oft als beispielsweise die älteren Männer (65+ Jahre).³⁹ Auch dieser Befund deckt sich mit der oben erwähnten SRF-Nachbefragung: Ältere Frauen treffen häufiger eine bewusste Frauenwahl als jüngere Frauen.

38 Marxer, Wilfried (2013): «Landtagswahlen 2013 – Frauen im Fokus». Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 41 (2013): S. 37.

39 Die teilweise geringen Fallzahlen in einigen dieser Gruppen in früheren Umfragen erlauben keinen validen Vergleich über die Zeit.

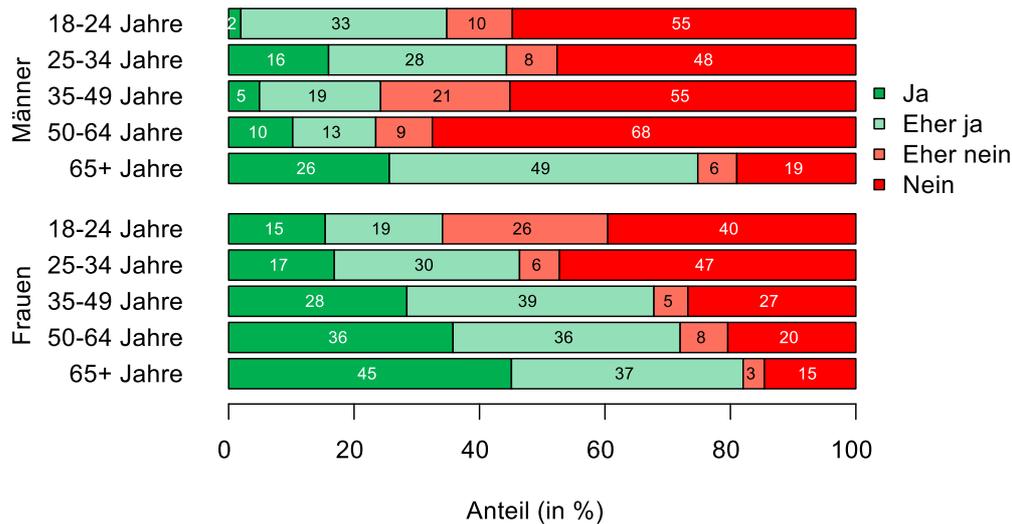
Abbildung 37: Bewusste Bevorzugung von Frauen nach Alter und Geschlecht



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Dieser Altersgraben bei der Bevorzugung von Frauen zieht sich im Übrigen auch innerhalb der FL, also jener Partei, die die Frauenwahl am stärksten betont, durch. Junge FL-Wählerinnen sehen im Schnitt markant stärker davon ab, Frauen bevorzugt zu wählen, als ältere FL-Wählerinnen. Bei den FL-Wählern gibt es diese Differenzen ebenfalls, sie sind aber nicht derart systematisch verteilt wie bei den FL-Wählerinnen.

Abbildung 38: Bewusste Bevorzugung von Frauen nach Alter und Geschlecht innerhalb der FL-Wählerschaft



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

8 WÄHLERWANDERUNGEN

8.1 Wählerstromanalyse

Eine Frage, die Medien, Politik, Öffentlichkeit und auch die Wissenschaft nach Wahlen brennend interessiert, ist jene nach den Wählerwanderungen: Wer hat bei den jüngsten Wahlen die Parteifarben gewechselt und welche Parteien haben in welchem Ausmass davon profitiert?⁴⁰

Zur Beantwortung dieser Frage wurde eine Analyse des Wählerstroms zwischen 2017 und 2021 durchgeführt. Dabei wurden nur solche Befragte berücksichtigt, die an *beiden* Wahlen teilgenommen haben. Abstinente flossen demnach nicht in diese Analyse ein. Der Verzicht auf eine Analyse der Nicht-Teilnehmenden erfolgte, weil ihre Fallzahl in der vorliegenden Online-Stichprobe einerseits zu gering ist, um statistisch verlässliche Aussagen machen zu können.⁴¹ Andererseits auch deshalb, weil der Fokus auf den Wechselwählenden liegt. Wahlberechtigte, die entweder 2017 oder 2021 auf eine Wahlteilnahme verzichteten oder nicht wahlberechtigt waren, können aber definitionsgemäss keine Wechselwählende sein; sie haben ihre Parteifarben ja nicht gewechselt.

Gleiches gilt für Erstwählerinnen und -wähler, d. h. solche, die 2021 erstmals wahlberechtigt waren. Für eine Gesamtschau fallen die Erstwählenden ohnehin kaum ins Gewicht, weil sie bloss einen kleinen Teil des Wahlkörpers ausmachen. Im Unterschied dazu fällt die Nicht-Berücksichtigung der Abstinenten zahlenmässig etwas schwerer ins Gewicht. Angesichts der hohen und ausserdem sehr stabilen Wahlbeteiligungsquote ergeben sich daraus aber dennoch kaum Verzerrungen. In der Analyse sind zudem auch jene nicht enthalten, die sich laut eigener Aussage «nicht mehr erinnern» können, wen sie 2017 gewählt haben. Die folgende Auswertung muss deshalb als Annäherung an die tatsächlichen Wählerwanderungen verstanden werden.

Der Übersicht halber wird lediglich die primäre Parteiwahl berücksichtigt. Mit primärer Parteiwahl ist jene Partei gemeint, *von der die meisten Kandidierenden gewählt wurden*.⁴² Auf das

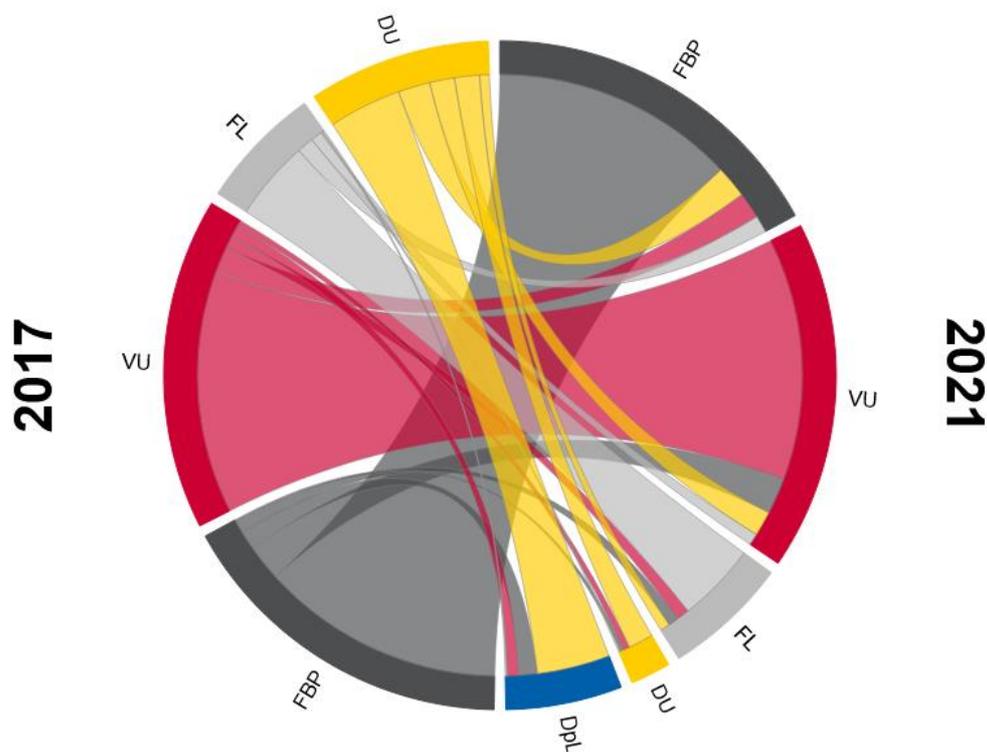
40 Verschiebungen in den Wähleranteilen zwischen zwei Wahlen ergeben sich natürlich nicht nur aus direkten Parteiwechsellern. Eine erste Quelle von Anteilsveränderungen sind demografische Veränderungen: Wahlberechtigte, die bei der einen Wahl noch teilgenommen haben, sind bei der folgenden Wahl nicht mehr Teil des Elektorats, weil sie weggezogen sind, verstorben sind etc. Auf der anderen Seite kommen aber neue Wahlberechtigte hinzu, weil sie hinzugezogen sind, eingebürgert wurden oder das Wahlrechtsalter erreichten. Eine zweite Quelle sind Schwankungen in der Wahlbeteiligung: Wer sich an der einen Wahl beteiligte, muss sich nicht zwingend auch bei der anderen Wahl beteiligen. Wechselwählende sind im Prinzip bloss eine dritte Quelle der Wählerstimmenverschiebungen und in absoluten Zahlen eher gering. Aber die Stimmen der Wechselwählenden zählen gewissermassen «doppelt», denn sie bedeuten für die eine Partei einen Stimmengewinn, während sie für die andere Partei gleichzeitig einen Stimmenverlust darstellen. Das ist bei den anderen beiden Quellen der Stimmenverschiebung zwischen zwei Wahlen nicht der Fall.

41 Obwohl die Wahlbeteiligung an den beiden Wahlen 2017 und 2021 etwa gleich hoch ausfiel, heisst das noch nicht zwingend, dass sich bei beiden Wahlgängen mehr oder weniger dieselben Wahlberechtigten beteiligten. Aus Registerdatenanalysen der Stadt St. Gallen (mehr dazu siehe: Milic et al. (2020): S. 37ff. https://fokus.ag/FOKUS_Aargau_Bericht_Nationalratswahl_2019-10-20.pdf) wissen wir, dass in der Stadt St. Gallen trotz gleicher Wahlbeteiligung rund ein Drittel der Wahlberechtigten zwischen zwei Wahlgängen «ausgetauscht» wurde. Mit anderen Worten: Rund ein Drittel der Wählenden 2015 (Nationalratswahlen in der Stadt St. Gallen) nahm 2019 nicht mehr teil, entweder weil sie auf eine Wahlteilnahme verzichteten, weggezogen (in einen anderen Wahlkreis) oder verstorben sind. Dieses Drittel konnte aber «wettgemacht» werden mit Neuwählenden und Erstwählenden. Wir gehen nicht davon aus, dass die Fluktuationen in Liechtenstein gleich gross sind wie in der Stadt St. Gallen. Vornehmlich deshalb, weil die Beteiligung in der Stadt St. Gallen deutlich tiefer ist als in Liechtenstein. Aufgrund der aussergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung in Liechtenstein werden die Wählenden 2017 und die Wählenden 2021 tatsächlich oftmals dieselben gewesen sein.

42 Die Wahlteilnehmenden von 2017 und 2021 wurden sodann nach Wahlentscheid 2017 und 2021 gewichtet. Aufgrund der Gewichtung sind die Stimmenanteile der einzelnen Parteien für 2017 und 2021 nicht in allen Fällen exakt deckungsgleich mit dem realen Resultat. Die Differenzen betragen aber maximal 0.8 Prozentpunkte.

Panaschierverhalten wird demnach nicht eingegangen.⁴³ In der nachfolgenden Wählerwanderungsabbildung (Abbildung 39) werden die Wanderungen angezeigt. Die Grösse der Ströme entspricht dabei der Grösse der absoluten Wanderzahlen.⁴⁴

Abbildung 39: Wählerwanderungen zwischen 2017 und 2021



[Interaktive Grafik](#)

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die jeweils breitesten Ströme stellen die Stammwählerschaften dar, also jene Wählerinnen und Wähler, die ihrer Partei zwischen 2017 und 2021 treu blieben. Nur eine Minderheit wechselte demnach die Parteifarben. Die höchste Stammwählerquote wies 2021 die VU auf: 81 Prozent der VU-Wählerinnen und -Wähler von 2017 gaben auch 2021 der VU ihre Stimme – so sie denn teilnahmen (siehe Tabelle 7). Nur unwesentlich tiefer ist die Stammwählerquote bei der FBP (78%). Die Wählenden der FL 2017 blieben ihrer Partei zwar ebenfalls grossmehrheitlich treu, aber beinahe ein Drittel von ihnen (29%) legte 2021 eine andere Liste ein. Die DU verlor indessen fünf Sechstel ihrer Wählerschaft von 2017. Fast die Hälfte von ihnen (44% der ehemals DU-Wählenden) liefen zur DpL über. Hinzu kommen zahlreiche ehemals DU-Wählende, die neu der VU (15%) und der FBP (19%)

43 Bei dieser Vorgehensweise ist es möglich, dass Wählende, die wir als Wechselwählende identifiziert haben, ihre Parteifarben nicht vollständig gewechselt haben. Ein Beispiel: Ein Befragter gibt an, 2017 hauptsächlich die FBP gewählt zu haben, während er 2021 hauptsächlich VU wählte. Strenggenommen ist es aber durchaus möglich, dass dieser Befragte auch 2021 einige FBP-Kandidierende in seine VU-Liste panaschierte (und vielleicht bereits 2017 einige VU-Kandidierende in die FBP-Liste panaschiert hatte). Dieser Befragte ist zwar ein/e Wechselwähler/in, was die Listenwahl angeht, aber nicht zwingend, was die einzelnen Kandidierenden betrifft.

44 Die VU erzielte real 35.9% der Stimmen, in der Analyse ausgewiesen sind indessen 35.5%. Diese Differenz kommt deshalb zustande, weil der hier verwendete Gewichtungsalgorithmus iterativ vorgeht und die Randsummen von je zwei Gewichtungsvariablen anzugleichen versucht. Eine solche Angleichung ist aufgrund der Datenlage aber nicht immer exakt möglich.

ihre Stimme gaben. Diesen Aderlass vermochte die DU mit neu gewonnen Stimmen bei weitem nicht zu kompensieren.⁴⁵

Tabelle 7: Wählerwanderungen zwischen 2017 und 2021 (in % der 2017 Wählenden)

Wahlentscheid 2017	Wahlentscheid 2021				
	FBP	VU	FL	DU	DpL
FBP	78	12	3	1	6
VU	9	81	4	2	4
FL	15	10	71	1	1
DU	19	15	6	15	44

Lesehilfe: Die Ergebnisse der ersten Zeile sind wie folgt zu lesen: 78 Prozent jener, die 2017 die FBP wählten, legten auch 2021 die FBP-Liste ein. 12 Prozent jener, die 2017 die FBP wählten, wählten 2021 indessen die VU, während 3 Prozent zur FL, ein Prozent zur DU und sechs Prozent zur DpL wechselten.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die FBP verlor an die VU mehr Stimmen (12%) als umgekehrt (9%).⁴⁶ Allerdings konnte die FBP von den Auflösungserscheinungen in der DU eher profitieren (19%) als die VU (15%). Auch von der FL erhielt die FBP mehr Stimmen (15%) als die VU (10%) – im Wesentlichen wohl deshalb, weil diese FL-Wählenden die Kandidatur von Sabine Monauni als Regierungschefin unterstützten (siehe Kapitel 0). Indes erhielt die VU Stimmen von ehemaligen FBP-Wählenden, die der Frauenwahl keine (grosse) Bedeutung beimassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass für den äusserst knappen VU-Sieg nach Parteistimmenanteilen (siehe zur Begrifflichkeit Tabelle 10 im Anhang) wohl primär entscheidend war, dass die VU von der FBP mehr Stimmen erhielt als umgekehrt. Zwar erhielt die FBP mehr Stimmen von ehemaligen FL- und DU-Wählenden als die VU, aber die obengenannte Bilanz zwischen FBP und VU fällt zugunsten der VU aus und diese Stimmen zählen doppelt: Was die FBP verlor, gewann die VU gleichzeitig hinzu – ähnlich einem «Sechspunkte-Spiel» im Fussball.

8.2 Wahlentscheid der Erstwählerinnen und Erstwähler

Unter Erstwählende sind jene Wählenden zu verstehen, die 2021 erstmals in Liechtenstein wahlberechtigt waren. Die 18- bis 21-Jährigen machen den Löwenanteil dieser erstmals Wahlberechtigten aus. Insgesamt lagen für die Analyse aber lediglich 133 Beobachtungen vor, was zeigt, dass die Erstwählenden eine kleine Gruppe innerhalb aller Wählenden ausmachen. Aufgrund der relativ geringen Fallzahl sind die Ergebnisse überdies mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren.

Besonders gut schnitt die FL bei den Erstwählenden ab. Sie erzielte bei ihnen einen Wähleranteil von 22 Prozent, also beinahe doppelt so viel wie landesweit. Natürlich hat dies mit dem Alter der Erstwählenden zu tun. Wie zuvor ausgeführt, handelt es sich hierbei in den meisten Fällen um 18- bis 21-Jährige, bei denen die FL weitaus populärer ist als in anderen Altersklassen (siehe Kapitel 7.1.1). Umgekehrt blieb die DpL weit (5% Anteil bei den Erstwählenden) unter ihrem landesweiten Durchschnitt von rund 11 Prozent.

⁴⁵ Zu beachten ist dabei immer auch, dass die Nicht-Teilnehmenden (und zwar sowohl von 2017 wie auch von 2021) in dieser Wählerstromanalyse nicht berücksichtigt wurden. Die tatsächliche Zahl der Wählerinnen und Wähler, welche die DU zwischen 2017 und 2021 verlor, ist demnach noch mit grosser Wahrscheinlichkeit grösser als ausgewiesen, da einige DU-Wählende von 2017 der Urne 2021 gänzlich fernblieben.

⁴⁶ Die FBP verlor 12% ihrer Stimmen von 2017 an die VU, während die VU 9% ihrer Stimmen von 2017 an die FBP verlor. Weil die FBP 2017 die zahlenmässig grössere Wählerschaft hatte, verlor die FBP auch in absoluten Zahlen mehr Stimmen an die VU als umgekehrt. Hinzu kommt, dass diese Verluste in der Verhältnisbilanz zwischen FBP und VU doppelt zählen: Was die FBP verlor, gewann die VU gleichzeitig hinzu.

Deutet sich angesichts dieser Zahlen mittelfristig ein Machtwechsel resp. eine Stärkung der FL an? Dem ist zu entgegnen, dass das Wahlverhalten nicht allein generationellen Effekten ausgesetzt ist, sondern – und vermutlich in erheblich stärkerem Masse – auch *lebenszyklischen* Effekten. Mit anderen Worten: Mit zunehmendem Alter und den dazugehörigen Veränderungen der Lebenssituation ändert sich nicht selten auch das Wahlverhalten. Insofern kann nicht einfach vom Wahlverhalten der jüngsten Wahlberechtigten auf zukünftige Kräfteverhältnisse im Parlament geschlossen werden. Eine solche Verschiebung im Wahlverhalten könnte auch erklären, warum die FL im Vergleich zu FPÖ und SPÖ weniger sogenannte Stammwählende aufweisen konnte – also Personen, die 2013 und 2017 die FL wählten.

9 WÄHLERPOTENZIALE UND IHRE AUSSCHÖPFUNG

Der Entscheidungsprozess im Vorfeld von Wahlen ist nicht immer in gleicher Weise vorbestimmt wie beispielsweise bei einer Gewohnheitswahl. Ein beträchtlicher Teil des Liechtensteiner Elektorats hat sich nicht von Beginn weg auf eine Partei festgelegt (vgl. Kapitel 0), wenngleich einige dieser Wahlberechtigten eine bestimmte *Parteineigung* haben, die im Laufe des Wahlkampfes oftmals bloss verstärkt werden muss. Aber dort, wo der Entscheid nicht bloss Routine ist, läuft der Meinungsfindungsprozess oftmals zweistufig ab: Zuerst schränkt man die Auswahl auf die grundsätzlich wählbaren Parteien ein und wählt dann die bevorzugte Partei aus dieser kleineren Auswahl aus. Um die Wählbarkeit von Parteien zu eruieren, wurde nach dem Sympathiewert⁴⁷ aller fünf Parteien gefragt. Die Befragten konnten demnach angeben, für wie sympathisch sie die eigene, gewählte Partei halten, sie konnten diese Sympathiewerte aber auch für die restlichen Parteien angeben.

9.1 Bewertung des Sympathiegrads von Parteien

Tabelle 8 gibt den arithmetischen Mittelwert der Sympathieeinstufung für alle Parteien aufgeschlüsselt nach Wahlentscheid an. Generell gilt dabei (Zeile «Total» in der Tabelle 8): Die Sympathiewerte der Parteien im Elektorat geben deren Parteistärken ziemlich genau wieder. FBP und VU liegen gemeinsam und mit praktisch identischen Sympathiewerten an der Spitze der Sympathierangliste, gefolgt von der Freien Liste (allerdings bereits mit grossem Abstand) sowie der DpL und DU. Dieser Befund überrascht nicht: Die Partei, die man gewählt hat, findet man in der Regel auch sympathisch – oder zumindest sympathischer als die anderen Parteien.

Tabelle 8: Sympathiegrad der Parteien nach Wahlentscheid

Wahlentscheid 2021	Mittelwert Sympathieskala				
	FBP	VU	FL	DU	DpL
FBP	7.1	4.3	3.7	2.7	2.8
VU	4.1	7.3	3.6	2.1	2.2
FL	4.0	4.3	7.9	1.3	1.2
DU	3.9	3.3	1.9	6.8	5.3
DpL	3.8	3.3	2.5	3.7	7.2
Total	5.1	5.1	4.0	2.7	3.0

Lesehilfe für die erste Zeile: Die FBP-Wählenden stuften ihre eigene Partei – die FBP – auf der Sympathieskala im Schnitt bei 7.1 ein. Die Sympathieskala reicht von 0 (gar keine Sympathie) bis 10 (sehr viel Sympathie). Die VU wurde von den FBP-Wählenden im Schnitt bei 4.3, die FL bei 3.7, die DU bei 2.7 und die DpL bei 2.8 eingestuft.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Interessanter ist indessen eine Auswertung der Sympathiewerte nach Wahlentscheid. Dadurch lässt sich in Erfahrung bringen, welche Parteiwählerschaften sich (gegenseitig) «mögen» und welche weniger. Die Werte in der *Diagonalen* der Tabelle 8 sind allesamt aussergewöhnlich hoch, wofür es eine triviale Erklärung gibt: Es handelt sich hierbei um die Sympathieeinstufung der *eigenen*, gewählten Partei. Natürlich mögen alle Wählerschaften ihre eigene Partei ganz besonders. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht immer, denn neben der Sympathie und der Wertübereinstimmung mag es auch taktische Gründe geben, weshalb man eine Partei wählt. Trotzdem gibt es selbst diesbezüglich gewisse Differenzen zwischen den Parteien: Die Wählerinnen und Wähler der FL geben am häufigsten an, ihre eigene Partei für «sehr» sympathisch zu halten (Mittelwert: 7.9).

47 Die Befragten konnten ihre Sympathie auf einer Skala von 0 (gar keine Sympathie) bis 10 (sehr viel Sympathie) ausdrücken.

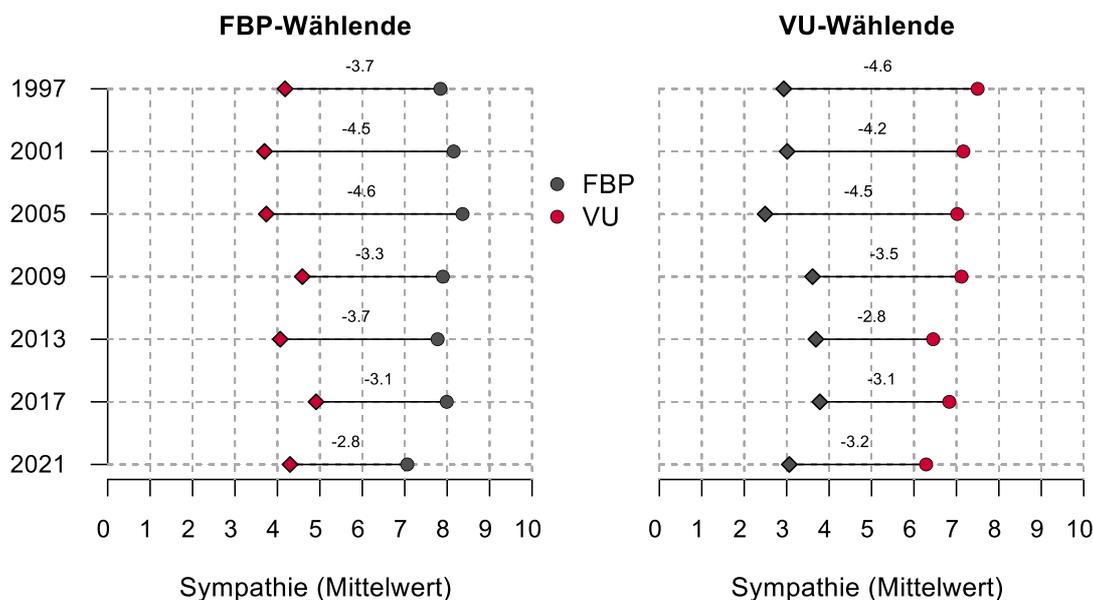
Ob diese «Parteiliebe» bei der FL unter den parteiinternen Querelen gelitten hat, ist unbekannt, da die Analysedaten bekanntlich vor der öffentlichen Eskalation der innerparteilichen FL-Führungskrise erhoben wurden. Zum Zeitpunkt der Wahl jedenfalls war der affektive Zusammenhalt unter der FL-Wählerschaft am stärksten ausgeprägt.⁴⁸ Das hat gewiss auch damit zu tun, dass die FL-Wählenden sich ideologisch und programmatisch am stärksten vom Rest abgrenzen (siehe Kapitel 7.2).

Die Wählerschaften der beiden Grossparteien sympathisieren – abgesehen von der jeweils eigenen Partei – am stärksten miteinander. Das ist keine triviale Erkenntnis, denn immerhin handelt es sich bei den beiden Grossparteien um die grössten (und langjährigsten) Konkurrenten im Kampf um eine Landtagsmehrheit. Allerdings sind die Differenzen zur eigenen Partei doch erheblich. Die FBP-Wählenden stufen ihre eigene Partei durchschnittlich bei 7.1 ein, während sie den Konkurrenten VU bei 4.3 einstufen. Bei der VU lauten die entsprechenden Werte 7.3 (eigene Partei) und 4.1 (FBP). Zur Erinnerung: Ein Wert von 5 steht auf der 11-stufigen Sympathieskala stellvertretend für eine neutrale (d. h. weder positive noch negative) Sicht der jeweiligen Partei. Folglich halten die Wählerschaften beider Grossparteien die jeweils andere (Koalitions-)Partei für leicht unsympathisch.

An ideologischen Differenzen kann dieses Sympathiegefälle kaum liegen: Die beiden Grossparteien werden ideologisch ähnlich eingestuft (Kapitel 7.2.1) und ausserdem sind die Werthaltungen ihrer Wählerschaften fast deckungsgleich (Kapitel 7.2.2). Die ab und an doch spürbare gegenseitige Abneigung muss demnach andere Gründe haben: Entweder das Personal der Parteien, die Zusammenarbeit zwischen den Parteien oder gewisse Traditionen wie z. B. familiäre Bindungen. Tatsächlich zeigt sich über die Zeit ein relativ konstantes Bild (Abbildung 40). Seit den Wahlen von 2009 bewegt sich die Differenz zwischen den durchschnittlichen Sympathien für die eigene und die jeweils andere Partei in einem vergleichsweise engen Bereich zwischen 2.8 und 3.7. Wenig erstaunlich wird die eigene Partei stets als sympathischer wahrgenommen. Im Zeitverlauf sind die Differenzen besonders gross bei den Wahlen 2001 und 2005, die jeweils im Anschluss an Legislaturperioden mit einer Alleinregierung einer der beiden Parteien stattfanden. Dies verdeutlicht, dass zumindest die Art der Zusammenarbeit zwischen den beiden Grossparteien die gegenseitige Sympathie beeinflusst.

48 Auffallend ist jedoch, dass Thomas Lageder (FL) als Geschäftsführer und langjähriger Abgeordneter der FL von allen FL-Kandidierenden im Oberland die wenigsten Stimmen aus veränderten FL-Listen erhielt. Die Differenz zu den weiteren FL-Kandidierenden ist teils erheblich. Mit vergleichsweise vielen Sympathiestimmen von anderen Listen konnte Lageder diese Differenz zum Teil kompensieren, aber am Ende reichte es nur für den vierten Platz unter den FL-Kandidierenden des Oberlandes. Die ehemalige Co-Präsidentin der FL Conny Büchel Brühwiler erhielt am zweitwenigsten Stimmen aus veränderten FL-Listen und landete schliesslich auf dem letzten Platz der FL-Liste im Oberland. Die beiden Hauptexponenten des parteiinternen Konflikts wurden somit auffallend oft von FL-Wählerinnen und -Wählern gestrichen. Dies kann durchaus als ein Signal gewertet werden, dass der parteiinterne Konflikt den Wahlerfolg der FL geschmälert hat, selbst wenn die ganze Intensität des Konflikts erst nach den Wahlen bekannt wurde. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass beide Lager für ihre polarisierende Haltung in einem ähnlichen Ausmass abgestraft wurden.

Abbildung 40: Sympathiewerte der FBP- und VU-Wählenden zur jeweils anderen Partei über die Zeit

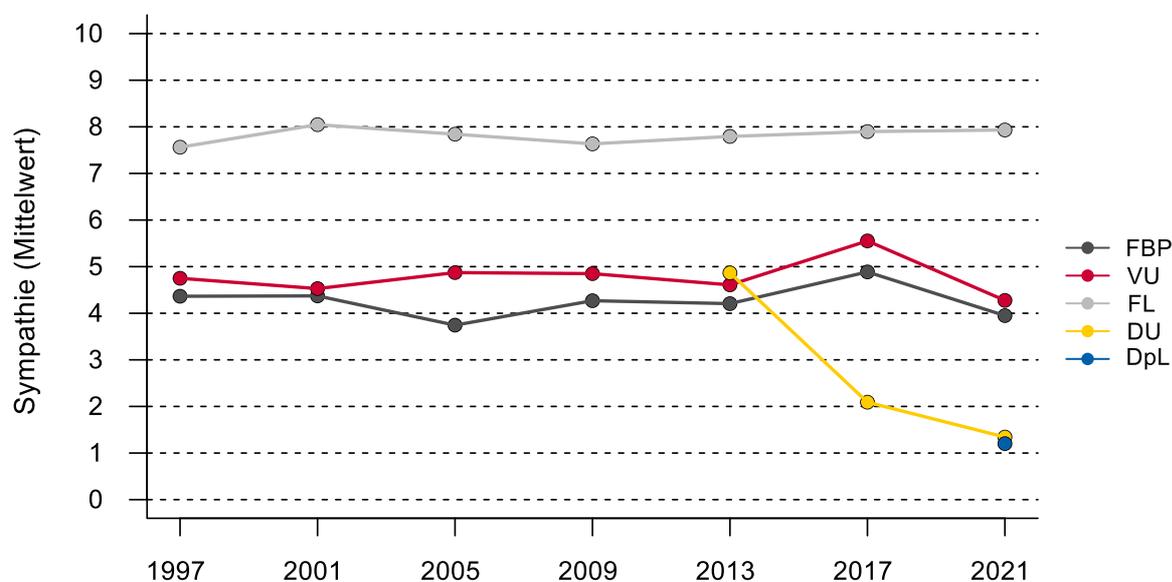


Erläuterungen: Auf der linken Abbildung sind die durchschnittlichen Sympathiewerte der FBP-Wählenden für ihre eigene Partei und für die VU dargestellt. Die abgedruckten Werte entsprechen der Differenz zwischen den jeweiligen Mittelwerten. Auf der rechten Abbildung sind die durchschnittlichen Sympathiewerte der VU-Wählenden gegenüber der VU und der FBP abgebildet.

Quellen: Wahlumfragen Liechtenstein-Institut 1997–2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Die sich meist links einstuftenden FL-Wählenden hegen nur sehr geringe Sympathien für die rechts der Mitte beheimateten DU und DpL und umgekehrt. Die VU liegt den FL-Wählenden im Schnitt zudem etwas näher als die FBP. Dieses Muster lässt sich in allen Wahlumfragen des Liechtenstein-Instituts seit 1997 belegen (Abbildung 40). Tatsächlich genießt die VU im Schnitt bei den FL-Wählenden mehr Sympathien als die FBP, wobei die Differenzen zuweilen gering sind. Mit Ausnahme von 2013 ist es sodann die DU – und gegenwärtig die DpL – die in der FL-Wählerschaft am wenigsten Sympathien genießt. Auffällig ist, dass die FL-Wählerschaft der DU bei ihrem erstmaligen Antreten bei den Landtagswahlen im Jahr 2013 noch deutlich mehr Sympathien entgegenbrachte als bei den folgenden Wahlen. Dies trifft im Übrigen auch auf die Wählerschaften von FBP und VU zu. Die DU konnte hier wohl sehr stark von einem «Newcomer-Bonus» profitieren; ein Bonus, welcher der DpL bei den Landtagswahlen 2021 nicht gewährleistet wurde.

Abbildung 41: Sympathiewerte der FL-Wählenden zu den anderen Parteien über die Zeit



Quellen: Wahlumfragen Liechtenstein-Institut 1997–2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

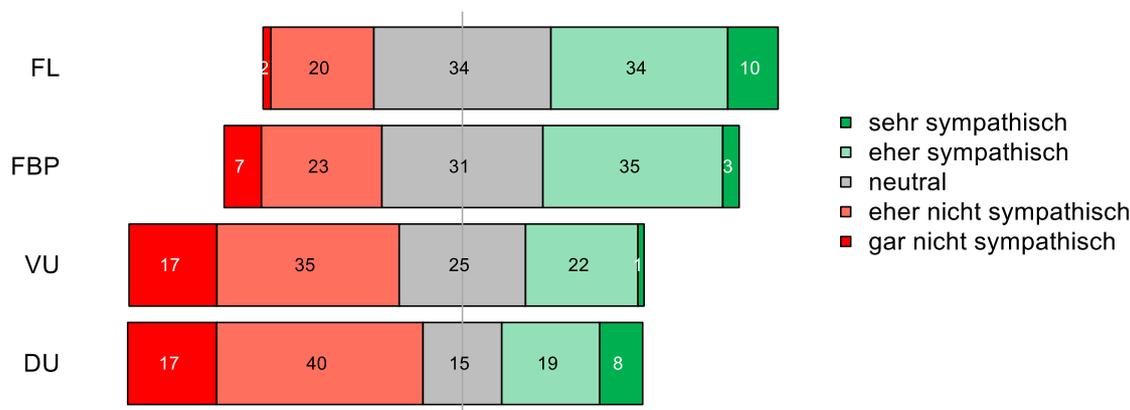
Da die DpL 2021 erstmals zu den Wahlen antrat, beschränkt sich die Analyse der Sympathiewerte der DpL-Wählenden auf die in Tabelle 8 dargestellten Sympathieskala. Die DpL-Wählenden bringen demnach der FBP mehr Sympathie entgegen als der VU. Die DpL wiederum verfügt über viel Sympathien bei der DU, während die DU bei der DpL auf wenig Gegenliebe stösst. Weite Teile der DpL-Wählerschaft erteilen der DU tiefe Sympathiewerte – tiefere Werte als der FBP und VU. Auch hier kann dies kaum an den Inhalten der Partei liegen, denn die sachpolitischen Präferenzen von DU- und DpL-Wählerschaften sind vielfach deckungsgleich (vgl. Kapitel 7.2.2). Vielmehr hat der «Rosenkrieg» zwischen der DU und der von ihr abgespaltenen DpL vor allem bei der DpL-Wählerschaft für erheblichen Missmut gesorgt.

Generell folgen die Sympathiewerte ziemlich genau der Links-Rechts-Verortung der Parteien (Kapitel 4): Je weiter eine Partei von der ideologischen Position der eigenen Partei entfernt ist, desto unsympathischer wird sie eingestuft. Eigentlich gibt es hiervon bloss eine Ausnahme: Die DpL-Wählerschaft stuft VU und FBP als sympathischer ein als die – ideologisch gesprochen – benachbarte DU, was sich aber gut mit der Historie der Partei erklären lässt.

9.2 Hegen Wechselwählende noch Sympathien zu ihrer alten Partei?

Wie denken Wählerinnen und Wähler über die Partei, die sie vormals – also 2017 – gewählt hatten, der sie aber 2021 den Rücken zuekehrten? Mit anderen Worten: Wie denken Wechselwählerinnen und Wechselwähler über ihre «alte Liebe»? Die nachfolgende Abbildung 42 zeigt die Sympathiewerte, welche Wechselwählende ihrer «alten» Partei zuwiesen.

Abbildung 42: Sympathiewerte der Wechselwählenden zu ihrer jeweiligen ehemaligen Präferenzpartei



Bemerkung: Die einzelnen Balken ergeben alle jeweils 100 Prozent. Sie sind alle zentriert um den mittleren Wert («neutral»), was zu dieser versetzten Darstellungsform führt.

Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, in Prozent der Teilnehmenden.

Wählerinnen und Wähler, die 2017 VU wählten, 2021 aber eine andere Partei, stehen ihrer «alten Liebe» VU kritisch gegenüber: 35 Prozent stufen die VU 2021 als eher unsympathisch ein und 17 Prozent hegen in der Zwischenzeit gar keine Sympathien für jene Partei, die sie 2017 noch wählten. Die Gründe für diesen Sinneswandel sind nicht ganz klar.

Ehemalige FBP-Wählende haben im Schnitt nach wie vor eine überwiegend positive oder zumindest neutrale Haltung zu jener Partei, die sie 2017 wählten. Das erhöht natürlich die Chancen einer allfälligen Rückkehr (bei den Wahlen 2025) in den «Schoss» der ehemaligen Präferenzpartei. Auffallend ist, dass jene, die mit ihrer ehemaligen Präferenzpartei nicht mehr viel anfangen können («eher nicht» oder «gar nicht» sympathisch), auffallend oft (57%) angaben, die Causa Frick habe sie in ihrem Wahlentscheid beeinflusst.

Die ehemals FL Wählenden hegen meist noch gewisse Sympathien für ihre alte Präferenzpartei. Die Chancen der FL, diese Wählenden bei der nächsten Wahl zurückzugewinnen, sind demnach durchaus intakt.

Die «Scheidung» zwischen DU und DpL hat indessen tiefe Wunden hinterlassen. Tatsächlich sind die Sympathien ehemaliger DU-Wählender (die 2021 meist DpL wählten) für ihre ehemalige Präferenzpartei DU dramatisch geschwunden: 40 Prozent von ihnen gaben an, nur noch geringe Sympathien für die DU zu hegen, und 17 Prozent verbinden mit der DU regelrechte Antipathien. Der «Scheidungsprozess» und die damit einhergehenden Querelen haben die DU für diese Wählenden, die notabene nach wie vor weite Teile des DU-Parteiprogramms inhaltlich teilen, offensichtlich unwählbar gemacht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass inhaltliche Übereinstimmung alleine noch keineswegs bedeuten muss, dass man sich auch mag. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der FBP und FL nach den Wahlen, die Antipathien zwischen DpL und DU, aber auch die nicht allzu hohen Sympathiewerte zwischen FBP und VU sind ein beredtes Zeugnis dafür.

10 DIE POLITISCHE REPRÄSENTATION

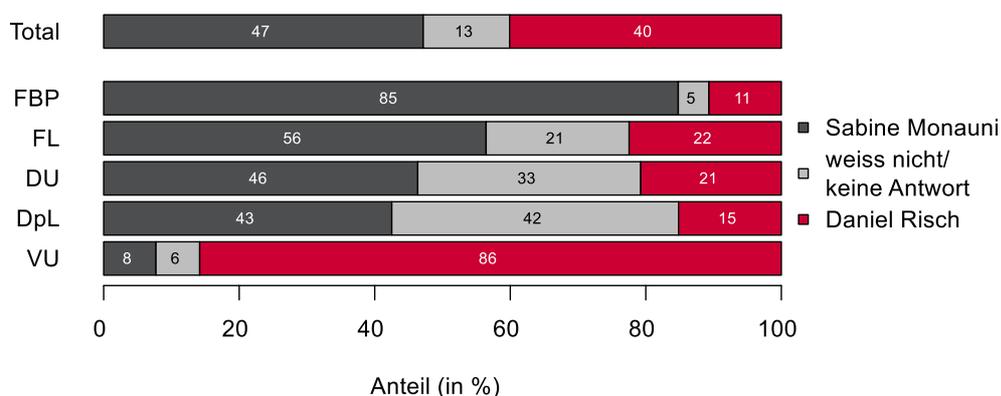
10.1 Die Regierungszusammensetzung

Wie in Kapitel 0 gezeigt, bildete das Regierungsteam im Generellen und die Kandidatur für das Amt des Regierungschefs/der Regierungschefin im Speziellen eines der wichtigsten Wahlmotive. Interessant ist aber auch, welche weiteren konkreten Absichten die Wählenden mit ihrem Wahlscheid im Hinblick auf die Regierungsbildung verknüpften?

10.1.1 Direktwahl des Regierungschefs/der Regierungschefin

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche Kandidatur sie bei einer hypothetischen Regierungswahl bevorzugen würden: Sabine Monauni (FBP) oder Daniel Risch (VU)?⁴⁹ Zunächst sei Folgendes gesagt: Fragen zu hypothetischem Verhalten haben stets eine gewisse Unschärfe. Könnte das Volk den Regierungschef direkt wählen, so würde auch ein entsprechender Wahlkampf geführt werden, es würde bereits bei der Nominierung auf diese Wahlkampffähigkeiten geachtet werden etc. Kurz, die Ausgangslage wäre wohl nicht identisch mit jener, die sich im Vorfeld der Landtagswahlen 2021 tatsächlich präsentierte. Insofern sind die Antworten zu dieser hypothetischen Frage auch mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren.

Abbildung 43: Hypothetische Direktwahl des Regierungschefs/der Regierungschefin



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Eine relative Mehrheit von 47 Prozent der Wählenden hätte in einer Direktwahl die Kandidatin der FBP bevorzugt. Es ist das erste Mal seit 2001, dass die Befragten der Wahlbefragung eine andere Person als den tatsächlich gewählten Regierungschef gewählt hätten. Bei allen bisherigen Wahlbefragungen waren die tatsächliche Wahl des Landtages und die hypothetische Wahl der Befragten deckungsgleich. 40 Prozent gaben an, Daniel Risch zu bevorzugen, während ein nicht unerheblicher Anteil an Befragten von 13 Prozent unschlüssig über die eigenen Wahlabsichten im Falle einer Direktwahl war.

Natürlich ist die Präferenz für eine Person als Regierungschefin oder Regierungschef zunächst einmal von der Parteiidentität abhängig: Fast neun von zehn FBP-Wählenden (85%) waren auf der Seite der «eigenen» Kandidatin Monauni, während 86 Prozent der VU-Wählenden Risch unterstützten (siehe Abbildung 43). Diese Werte sind nicht weiter erklärungsbedürftig. Aufschlussreicher sind indessen die Meinungen der Wählenden der drei Oppositionsparteien. Die FL-Wähle-

49 Die Fragestellung lautete: «Angenommen, man könnte den Regierungschef resp. die Regierungschefin direkt wählen: Würden Sie dann eher Sabine Monauni oder eher Daniel Risch als Regierungschefin bzw. Regierungschef wählen?»

rinnen und -Wähler bevorzugen mit einem Verhältnis von 56 zu 22 Prozent Monauni klar gegenüber Risch. Das hängt wohl direkt mit der Geschlechterfrage zusammen und damit dem Wunsch, erstmals eine Frau an der Spitze der Regierung zu haben. Tatsächlich ist der Effekt der Bevorzugung von Frauen in einem multivariaten Modell zur Erklärung der Regierungschef-Präferenz derart stark, dass der Effekt der FL-Wahl insignifikant wird. Dieser Befund wird zudem dadurch gestützt, dass FL-Wählende im Prinzip (leicht) mehr Sympathien zur VU haben als zur FBP. Demnach wäre aufgrund der Parteisympathien eher zu erwarten, dass die FL-Wählerschaft die VU-Kandidatur unterstützt. Tatsächlich aber bevorzugte selbst eine klare Mehrheit jener, die die VU sympathischer finden als die FBP, die FBP-Kandidatin Monauni.

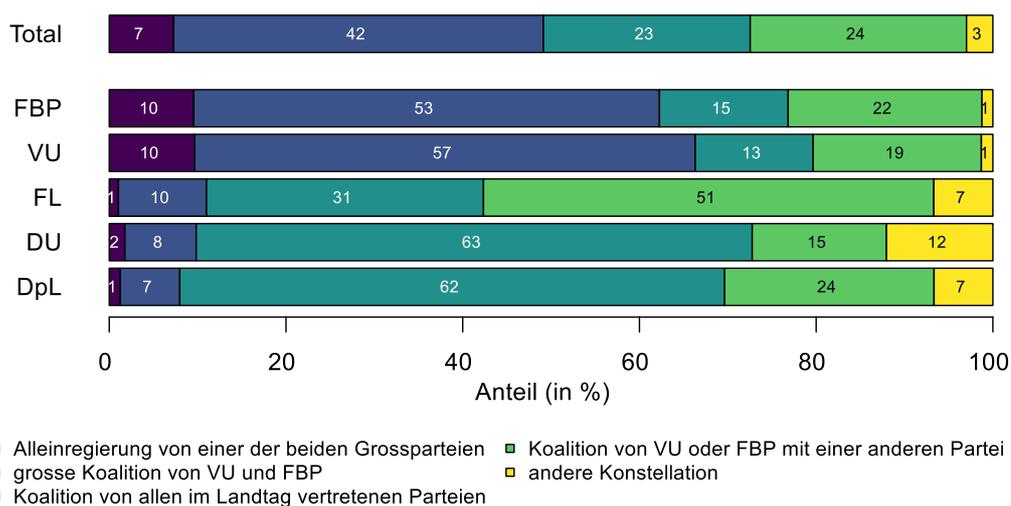
Auch die DU- und DpL-Wählenden würden – in einer hypothetischen Direktwahl des Regierungschefs – eher Monauni als Risch unterstützen. Allerdings nicht, weil sie eine Frauenkandidatur generell bevorzugen, sondern weil sie mit der Regierungsleistung betreffend Corona unzufrieden sind und diese Regierungsleistung offenbar (auch) dem VU-Kandidaten – dem stellvertretenden Regierungschef der abgelaufenen Legislaturperiode – angelastet wird. Die neu Kandidierende Monauni war in den Augen der DpL- und DU-Wählenden diesbezüglich offenbar unbelasteter.

Sodann ist eine nicht unerhebliche Zahl der Wählenden unsicher, wen sie direkt ins Amt des Regierungschefs resp. der Regierungschefin wählen würden. Das betrifft vor allem die Wählenden der Oppositionsparteien: Etwa ein Fünftel der FL-Wählenden (21%), ein Drittel der DU-Wählenden (33%) und gar 42 Prozent der DpL-Wählenden waren sich unschlüssig, welchen der beiden Kandidierenden sie bevorzugen würden.

10.1.2 Bevorzugte Regierungsvariante und Koalitionsmodelle

Die Befragten konnten zudem angeben, welche Regierungsvariante bzw. welches Koalitionsmodell ihnen persönlich am liebsten wäre. Obwohl die Frage unabhängig von den Realisierungschancen der verschiedenen Modelle gestellt wurde, ist anzunehmen, dass ein Teil der Befragten sich trotzdem daran orientierte, d. h. ein Modell angab, das aus ihrer Sicht auch reelle Chancen hatte.

Abbildung 44: Präferenz Regierungsvariante nach Wahlentscheid



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

FBP- und VU-Wählende bevorzugen mehrheitlich eine grosse Koalition – also jene Regierungsvariante, welche von allen möglichen Varianten von vornherein am ehesten infrage kam. Nur jeweils ein Zehntel in beiden Grossparteien wünscht sich eine Einparteienregierung, was gewiss auch damit zu tun hat, dass eine solche Variante eindeutige Mehrheitsverhältnisse im Landtag zur Voraussetzung hätte, was im Vorfeld der Wahlen ohnehin kaum zu erwarten war. Sodann begrüsst etwa

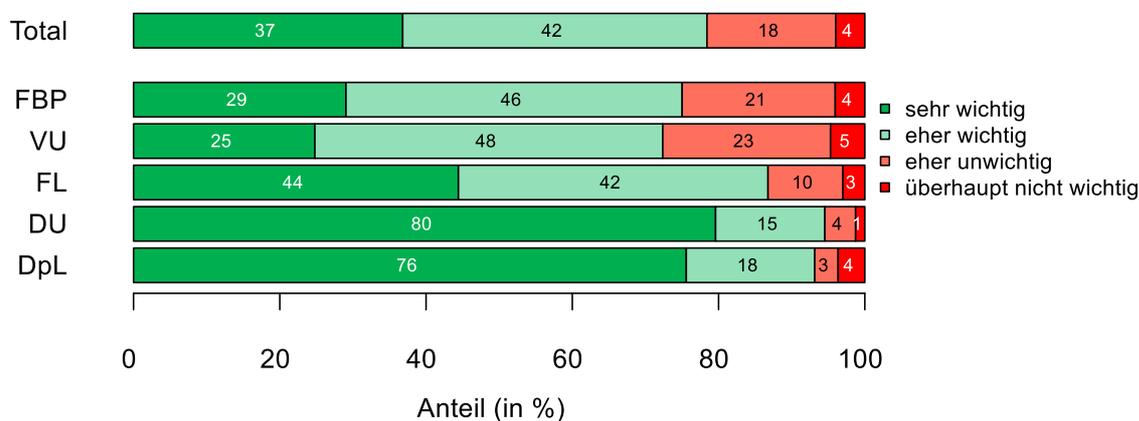
jeweils ein Fünftel der beiden Wählerschaften eine kleine Koalition (FBP oder VU mit einer der kleineren Parteien). Bezeichnend ist dabei, dass Wählende der FBP oder VU, die angaben, panschiert zu haben, auch erheblich stärker zu einer Allparteienregierung oder einer kleinen Koalition neigen als solche, die eine unveränderte Liste einlegten.

Naturgemäss sehen die Wählerschaften der Oppositionsparteien diese Dinge anders: Die ideale Regierungsvariante einer Mehrheit der FL-Wählenden (51%) ist die kleine Koalition mit der FL als «Juniorpartnerin». Eine Allparteienregierung findet bei etwa einem Drittel (31%) der FL-Wählerschaft Zustimmung. Die DU- und DpL-Wählenden sind hingegen viel eher für eine Allparteienregierung zu haben (63 bzw. 62%) als für eine kleine Koalition (15 bzw. 24%).

10.1.3 Bedeutung der Opposition

Beinahe 80 Prozent aller Wählenden wünschen sich eine starke Opposition im Landtag. Erwartungsgemäss ist dieser Wunsch bei den Oppositionsparteien – allen voran DU und DpL – nochmals deutlich stärker ausgeprägt als bei den Wählenden der beiden Grossparteien. Aber selbst FBP- und VU-Wählende halten es mehrheitlich (75 bzw. 73%) für eher oder gar sehr wichtig, dass eine starke parlamentarische Opposition der Regierung gewissermassen «auf die Finger schaut».

Abbildung 45: Bedeutung starke Opposition im Landtag nach Wahlentscheid



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Eine bedeutende Oppositionsrolle wünschen sich insbesondere auch die Wechselwählenden, und das obwohl ja längst nicht alle dieser Wechselwählenden zu einer Oppositionspartei wechselten. Viele wechselten ja zwischen den beiden Regierungsparteien. Selbst 75 Prozent jener, deren bevorzugte Regierungsvariante eine Alleinregierung einer der Grossparteien ist, hält eine starke Opposition für eher oder gar sehr wichtig für Liechtenstein.

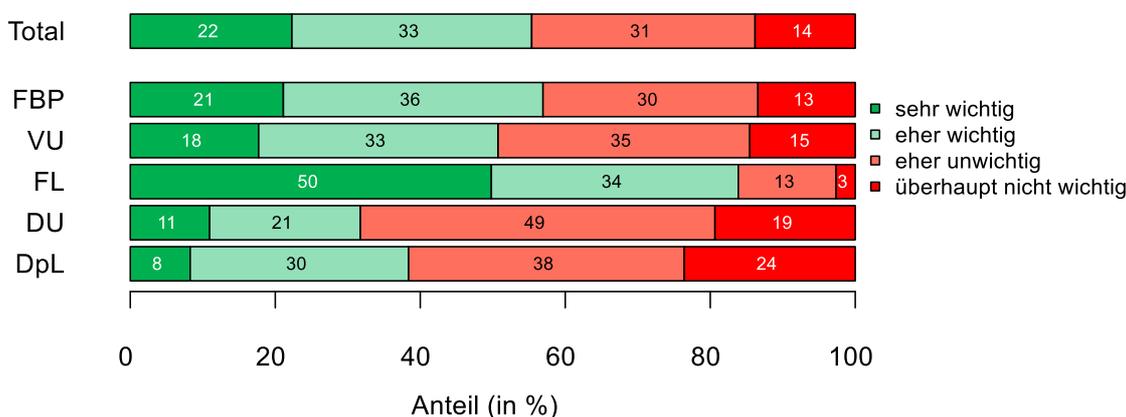
10.2 Zusammensetzung des Landtages

10.2.1 Ausgewogenheit des Landtages

Der Landtag repräsentiert bekanntermassen das Elektorat. Das Elektorat ist indessen keine homogene Masse, sondern setzt sich aus verschiedenen Merkmalsgruppen zusammen. Hinzu kommt, dass die einzelne Wählerin bzw. der einzelne Wähler in der Regel nicht bloss einer bestimmten Gruppe angehört, sondern zugleich mehreren sozialen Kreisen. So ist es beispielsweise möglich, dass eine Wählerin eine Frau ist, zugleich aber auch Mutter von Kindern, eine Erwerbstätige, in einer bestimmten Gemeinde wohnhaft etc. Die Repräsentation welcher Gruppen im Landtag ist in den Augen der Wählenden nun besonders wichtig und welche nicht?

Eine ausgewogene Repräsentation der Geschlechter im Landtag liegt den Wählenden der FL besonders am Herzen: 84 Prozent von ihnen gaben an, dies sei ihnen sehr oder eher wichtig. Dieser Befund deckt sich mit allen weiteren Befunden zur FL-Wählerschaft: Von allen Parteiwählerschaften wählt sie am ehesten bevorzugt Frauen (Kapitel 7.7), hat unabhängig von den Sympathien zu den beiden Grossparteien klare Präferenzen für eine Regierungschefin Monauni (Kapitel 10.1.1), ist in ihrer Mehrheit auch selbst weiblich (Kapitel 7.1.1) und ihre Partei legt zudem Wert auf ein geschlechterausgewogenes Kandidatenfeld (Kapitel 2). Für die anderen Wählerschaften ist ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis weniger wichtig. Bei den Grossparteien ist es rund die Hälfte (FBP: 57%; VU: 51%), die einer ausgewogenen Geschlechterrepräsentation Bedeutung beimisst, während dieser Anteil bei DU und DpL auf unter 40 Prozent fällt. Ein geschlechterausgewogener Landtag ist zudem vor allem den älteren Frauen wichtig (vgl. Kapitel 7.7).

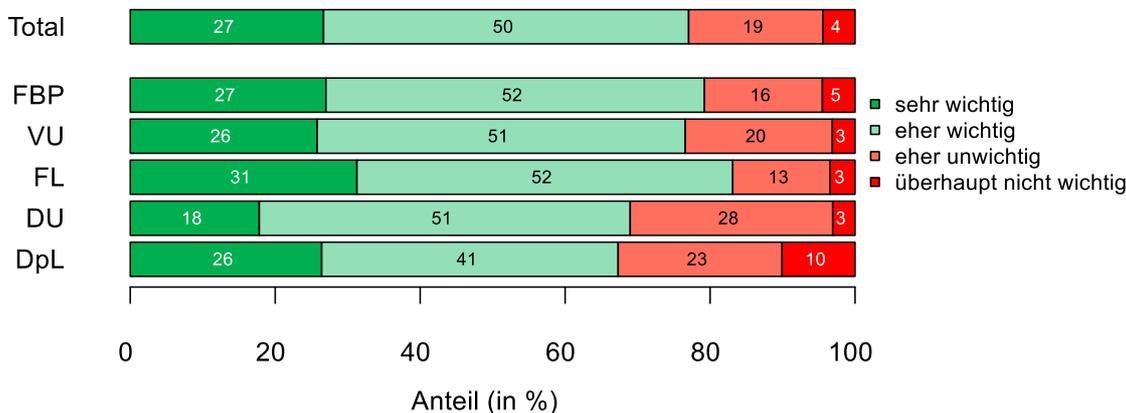
Abbildung 46: Bedeutung einer ausgewogenen Geschlechterrepräsentation im Landtag



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Weniger Dissens zwischen den verschiedenen Wählerschaften besteht bei der Frage der Altersgruppenrepräsentation: Einer satten Mehrheit von 77 Prozent ist es wichtig, dass die verschiedenen Altersgruppen angemessen im Landtag vertreten sind. Die FL-Wählenden führen auch diese Rangliste an, allerdings sind die Differenzen zu den anderen Parteien gering.

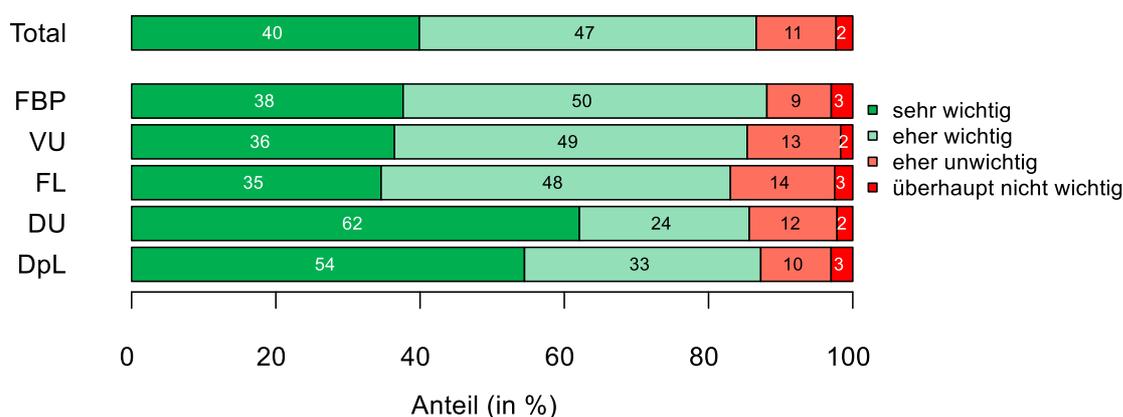
Abbildung 47: Bedeutung ausgewogene Altersgruppenrepräsentation



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Von allen vier hier abgefragten Kriterien war die Berufsgattung das offenbar wichtigste Repräsentationskriterium: 87 Prozent aller Wählenden ist es wichtig, dass die verschiedenen Berufssparten im Landtag angemessen vertreten sind. Dieser Wunsch ist bei den DU- und DpL-Wählenden am stärksten ausgeprägt. Dies kommt nicht überraschend, da die beiden Parteien DU und DpL den beruflichen Hintergrund der Kandidierenden für Landtag und Regierung der anderen Parteien im Wahlkampf wiederholt thematisieren. Die hohe Bedeutung einer ausgewogenen Repräsentation unterschiedlicher Berufsgruppen kann auch als ein Bekenntnis zum System des Milizparlaments gewertet werden.

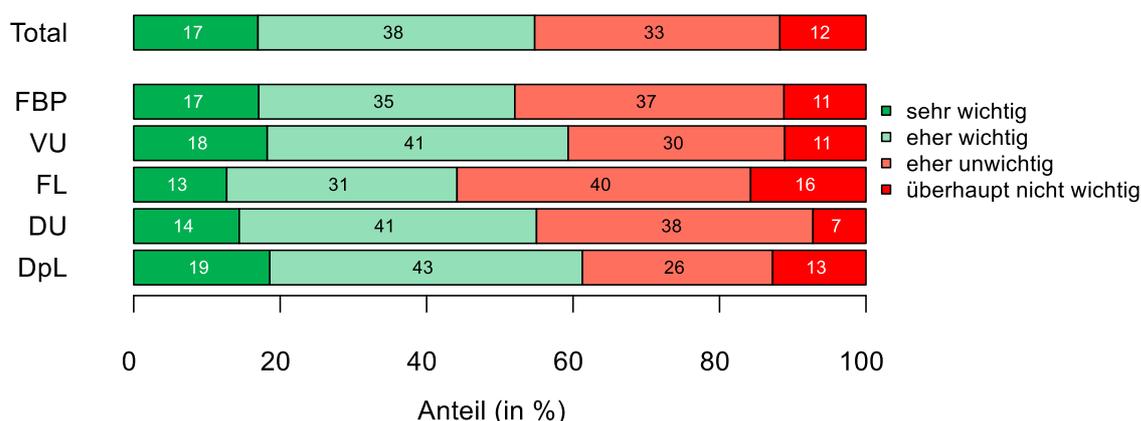
Abbildung 48: Bedeutung ausgewogene Repräsentation der Berufsgruppen



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Eine ausgewogene Vertretung der Gemeinden im Landtag liegt 55 Prozent der Wählenden am Herzen. Die Unterschiede zwischen den Wählerschaften sind eher gering. Auffallend ist hier, dass die FL-Wählenden diesem Kriterium die geringste Bedeutung beimessen. Die Bedeutungswerte für die Gemeinden widerspiegelt ein Stück weit die Realität, denn tatsächlich sind nicht alle Gemeinden im Landtag vertreten.

Abbildung 49: Bedeutung ausgewogene Repräsentation der Gemeinden



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl die Regierungs- als auch die Landtagszusammensetzung eine bedeutende Rolle beim Wahlentscheid spielten. Zunächst hat die Analyse der Entscheidungsmotive (Kapitel 0) bereits gezeigt, dass die Besetzung beider Organe (Regierung und Landtag) den Entscheid vieler prägte. Die Analyse der Antworten zur hypothetischen Direktwahl der Regierung und zur Zusammensetzung des Landtages bestätigt diesen Befund, relativiert ihn gleichzeitig aber auch. Denn die Befunde zeigen nebst hoher Übereinstimmung zwischen den Wunschielen und dem Wahlverhalten (z. B. hohe Übereinstimmung zwischen FBP-Wahl und Bevorzugung von Sabine Monauni) auch eine Divergenz, an der sich die Wählenden offenbar nicht sonderlich stark störten: So gaben viele an, sich eine starke Opposition zu wünschen, stimmten aber gleichwohl für die Regierungsparteien. Viele wünschen sich zudem einen ausgewogenen Landtag hinsichtlich Geschlecht, Alter und Berufsgattung, aber wählten gleichwohl nicht so, dass hierzu im Wesentlichen beigetragen worden wäre.⁵⁰ Zuletzt wünschte sich eine relative Mehrheit der Wählenden Sabine Monauni als Regierungschefin, legte aber deswegen trotzdem nicht die FBP-Liste ein. Für dieses Verhalten wird es im Einzelnen durchaus plausible und rationale Gründe geben. Aber der Befund zeigt auf jeden Fall, dass alle Einzelmotive nur im Zusammenspiel mit den restlichen Motiven Sinn ergeben.

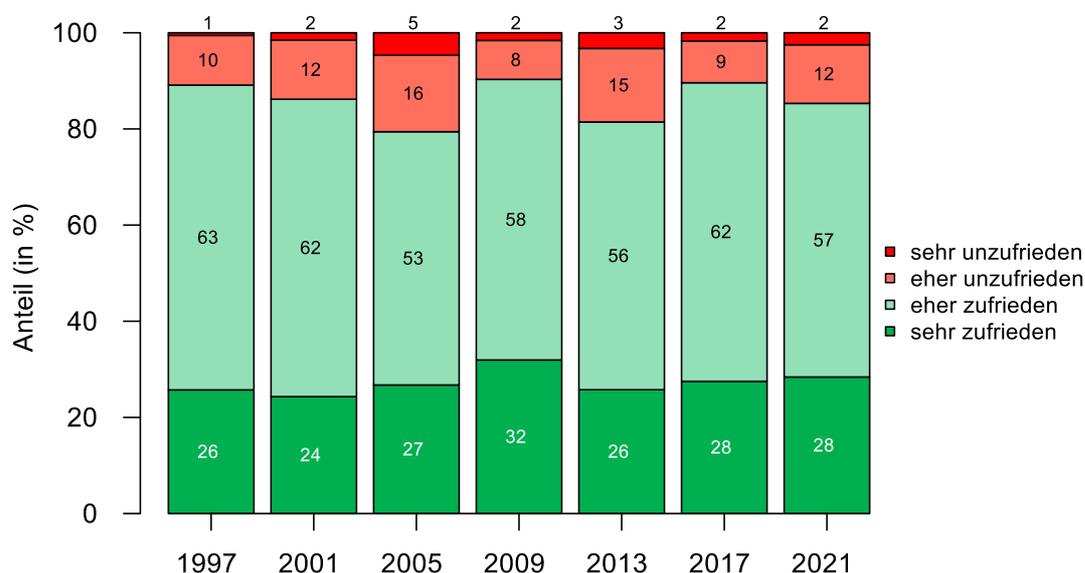
50 Mit Blick auf Geschlecht und Alter ist jedoch festzuhalten, dass der neue Landtag die Wählerschaft deutlich besser repräsentiert als der vergangene Landtag (vgl. Kapitel 3). Auch mit Blick auf die Berufsgruppen zeigt sich eine gewisse Vielfalt, allerdings ist hier eine klare Zuordnung oftmals schwierig. Verzerrungen in der Repräsentation sind schliesslich oftmals nicht eine Folge der Wahlen, sondern entstehen bereits bei der Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten.

11 POLITISCHE INSTITUTIONEN

11.1 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

Insgesamt sind die befragten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden.⁵¹ In der jüngsten Wahlumfrage gaben 28 Prozent der Wahlteilnehmenden an, dass sie sehr zufrieden sind (Abbildung 50). Weitere 57 Prozent sind eher zufrieden. Damit äussert die grosse Mehrheit von rund 85 Prozent eine sehr oder eher grosse Zufriedenheit. Nur eine kleine Minderheit von drei Prozent ist dezidiert unzufrieden.

Abbildung 50: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie über die Zeit



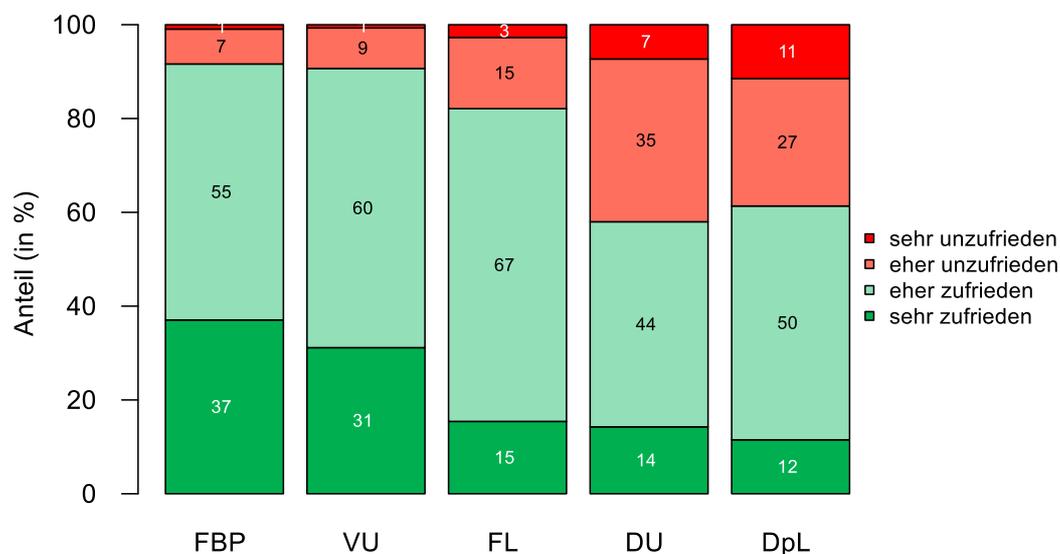
Quelle: Wahlumfragen Liechtenstein-Institut 1997–2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Diese insgesamt grosse Zufriedenheit ist in Liechtenstein nicht neu. So haben auch die vorangehenden Wahlumfragen des Liechtenstein-Instituts seit 1997 eine jeweils hohe Zufriedenheit von zwischen 80 und 90 Prozent ergeben (Abbildung 50).

Gegenwärtig besonders zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein sind die Wählerinnen und Wähler der beiden Grossparteien FBP und VU (Abbildung 51). Von ihnen äussern jeweils über 90 Prozent der Befragten eine sehr oder eher grosse Zufriedenheit.

51 Die Fragestellung lautet: «Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein?»

Abbildung 51: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nach Parteiwahl

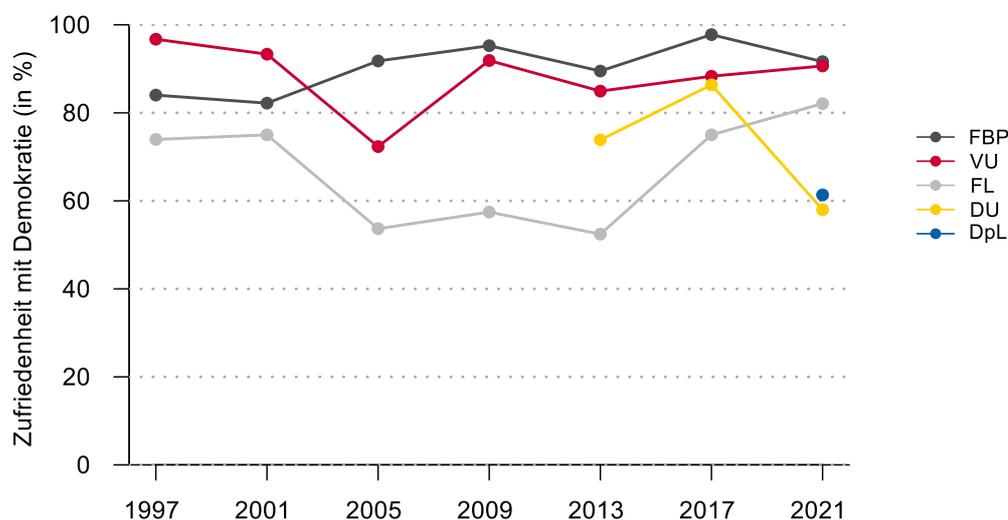


Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Auch unter den FL-Wählenden äussern über 80 Prozent der Befragten eine sehr oder eher grosse Zufriedenheit mit der Liechtensteiner Demokratie. Im Vergleich dazu liegen die Werte in den Wählerschaften von DU und DpL etwas tiefer. Gleichwohl äussern auch in diesen Wählergruppen Mehrheiten von klar über 50 Prozent eine sehr oder eher hohe Zufriedenheit.

Über die Zeit betrachtet fällt vor allem die zunehmende Zufriedenheit der FL-Wählenden nach 2005 auf (Abbildung 52). Demgegenüber kann in der befragten FBP-Wählerschaft über den ganzen Zeitraum eine konstant hohe Zufriedenheit von jeweils über 80 Prozent beobachtet werden. Mit Ausnahme der Wahlachbefragung 2005 trifft dies auch auf die Wählerinnen und Wähler der VU zu. Der Einbruch von 2005 dürfte mit der Abstimmung zur Verfassungsänderung im Jahr 2003 in Beziehung stehen.

Abbildung 52: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nach Partei und Wahl



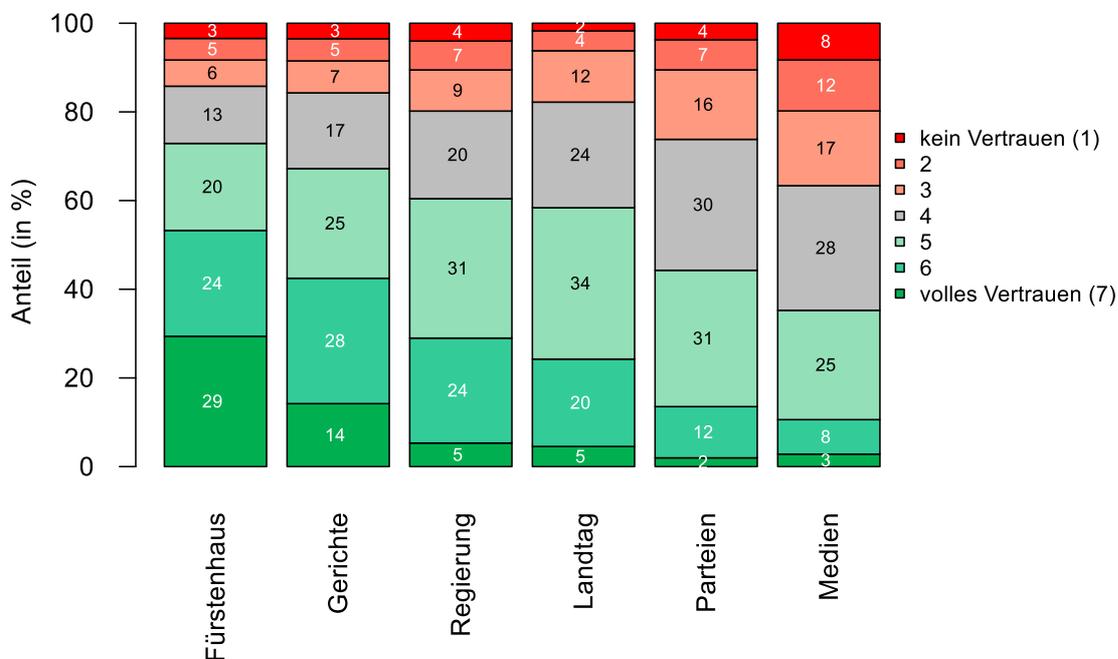
Quelle: Wahlumfragen Liechtenstein-Institut 1997-2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Eine negative Tendenz ist bei den DU-Wählenden auszumachen. So sank der Anteil der sehr oder eher Zufriedenen seit der letzten Nachwahlbefragung 2017 von 85 auf gegenwärtig noch 58 Prozent. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Berechnung nach der Abspaltung der DpL nicht mehr auf demselben Wählersegment wie bei den vorangehenden Analysen fusst und ein direkter Vergleich deshalb mit Vorsicht zu interpretieren ist. Plausibel erscheint die Aussage gleichwohl, da die DpL ähnliche Werte aufweist.

11.2 Vertrauen in politische Institutionen

Den meisten liechtensteinischen Institutionen wird ein hohes Mass an Vertrauen entgegengebracht, allen voran dem Fürstenhaus (Abbildung 53). Auch Regierung, Landtag und die Gerichte haben einen sehr guten Ruf. Etwas weniger stark entwickelt ist das Vertrauen in die Medien und die politischen Parteien, wobei aber auch hier von einem offenen Misstrauen nicht die Rede sein kann.

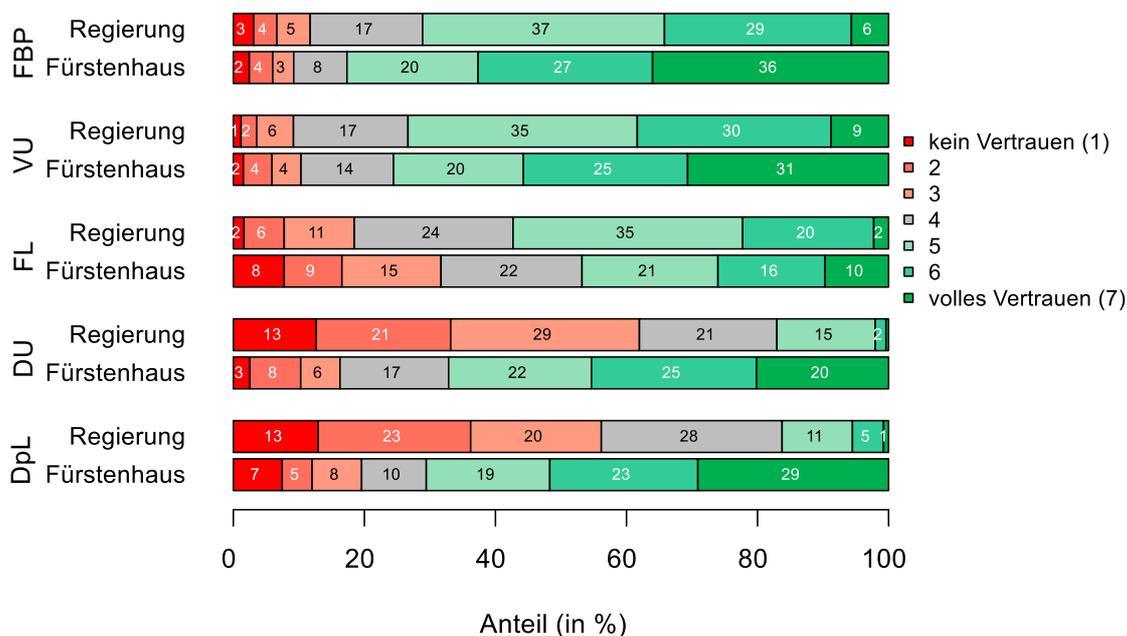
Abbildung 53: Vertrauen in die politischen Institutionen



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Auffallend ist, dass DU- und DpL-Wählerschaften der Regierung misstrauen, aber grosses Vertrauen in das Fürstenhaus hegen (Abbildung 54). Das Fürstenvertrauen ist bei DU und DpL beinahe gleich hoch (67 bzw. 71%) wie bei der traditionellerweise «fürstentreuen» Partei FBP (83%). Die FL-Wählenden sehen das eher umgekehrt: Der Regierung bringt man mehrheitlich (57%) Vertrauen entgegen, während das Fürstenhaus kritischer betrachtet wird (47%).

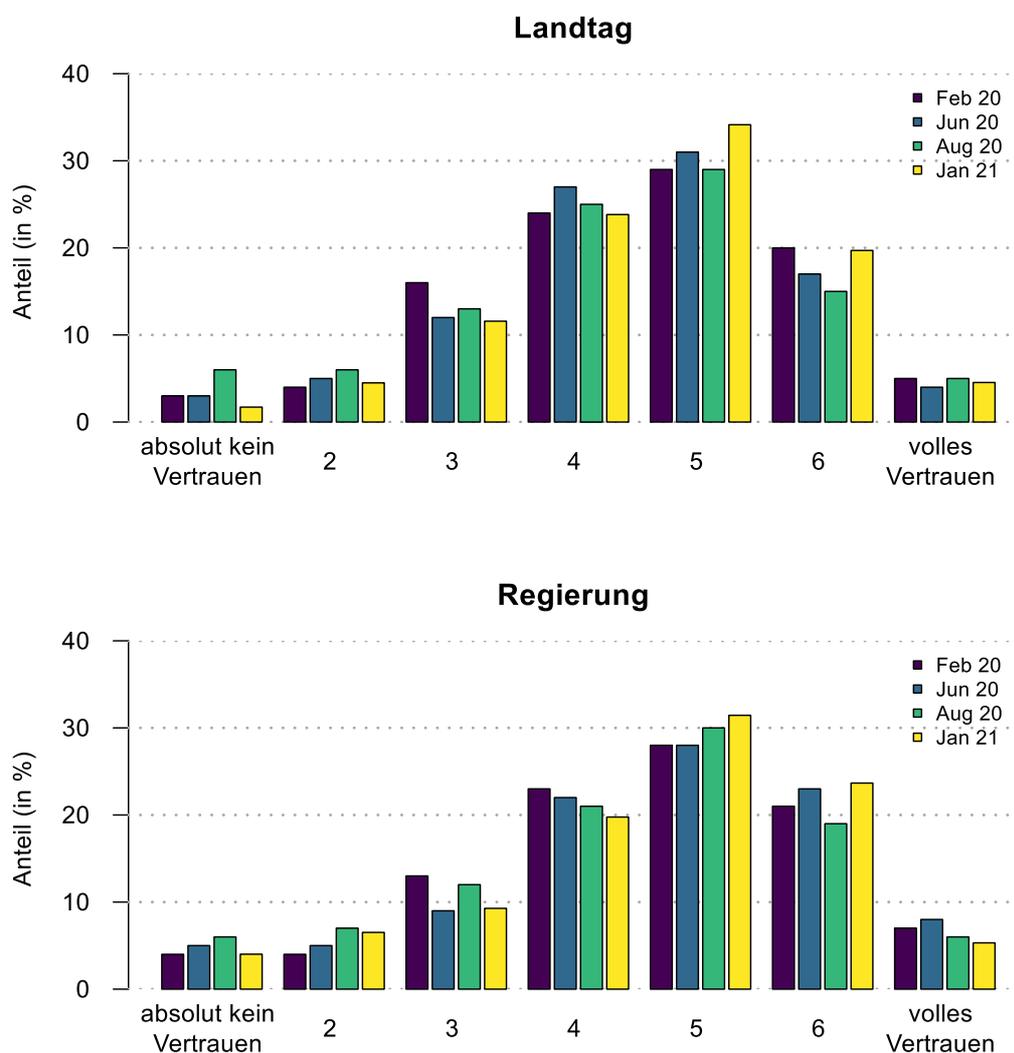
Abbildung 54: Vertrauen in Regierung und Fürstenhaus nach Partei



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Der zeitliche Vergleich (unten) zeigt zudem, dass das Vertrauen – möglicherweise auch als Folge der COVID-19-Krisensituation – tendenziell gewachsen ist. Es ist ein Phänomen, das auch bei anderen Wahlen, etwa den Landtagswahlen in Deutschland oder den kantonalen Wahlen in der Schweiz, beobachtet werden konnte: Die Amtsinhaberinnen und -inhaber haben von der Corona-Pandemie – ungeachtet dessen, ob die Medien von Test und Impfpannen extensiv berichteten oder nicht – tendenziell elektoral profitiert oder zumindest nicht Schaden genommen.

Abbildung 55: Vertrauen in Regierung und Landtag Februar 2020 – Januar 2021



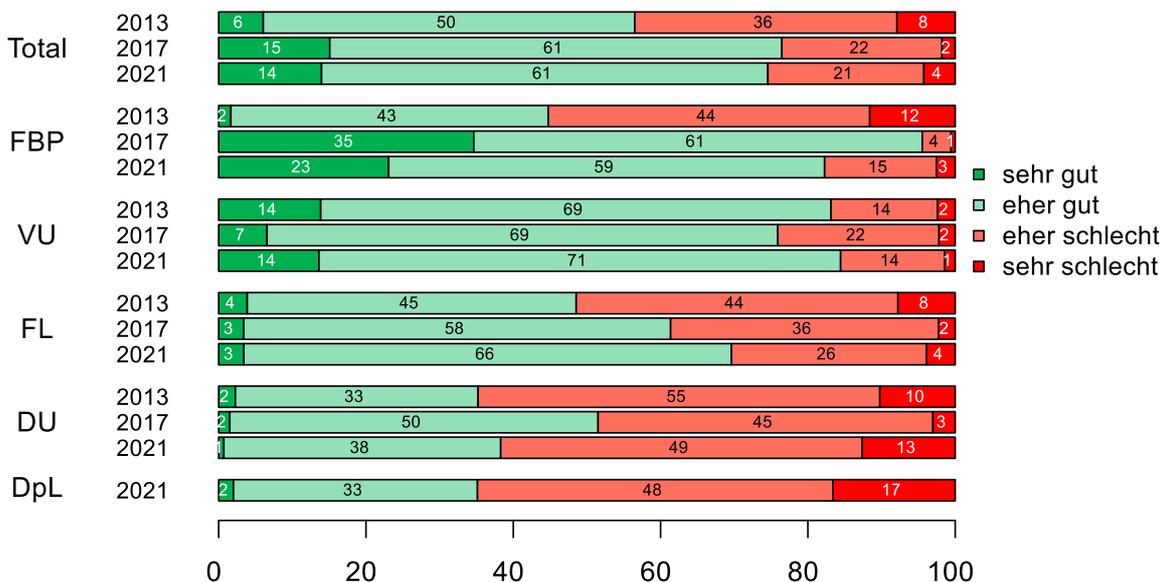
Quelle: Umfragen Liechtenstein-Institut 2020–2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

11.3 Bewertung von politischen Institutionen

In vielen Wahlen – und insbesondere unter majoritären Systembedingungen – ist der individuelle Wahlentscheid auch eine *Bewertung der Regierungsleistung in der vergangenen Legislatur (Retrospective-Voting-Ansatz)*. Wer zufrieden ist mit der (meist ökonomischen) Performanz der Regierung, wählt sie wieder, während Unzufriedene ihre Stimme der Opposition geben. Hierzulande gestaltet sich das retrospektive Wählen etwas schwieriger als beispielsweise in den USA oder Grossbritannien: Die Regierung ist in aller Regel eine *Koalitionsregierung*, in der die beiden Grossparteien Einsitz haben (wenn auch mit einem Regierungschef und der Regierungsmehrheit einer Partei). Wer also mit der Regierungsleistung unzufrieden ist, wird am ehesten eine der Oppositionsparteien wählen müssen – die aber aufgrund der ideologischen Distanz für einige von vornherein nicht infrage kommen. Trotzdem ist die Beurteilung der Regierungsleistung gewiss auch mit wahlentscheidend.

Die Leistung der Regierung in den vergangenen vier Jahren wurde von einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler als «eher gut» oder «sehr gut» beurteilt:

Abbildung 56: Beurteilung der Regierungsleistung



Quelle: Wahlumfragen Liechtenstein-Institut 2013–2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende.

Erwartungsgemäss zeigen sich vor allem die Wählerschaften der beiden Regierungsparteien mit der Leistung «ihrer» Regierung zufrieden. Allerdings ist die Bewertung der Regierungsleistung der FBP-Anhängerschaft (leicht) zurückgegangen, während sie bei der VU leicht nach oben ging. Auf jeden Fall aber waren Wechselwählende von FBP und VU mit der Regierungsleistung signifikant unzufriedener⁵² als jene, die den beiden Grossparteien auch 2021 wieder ihre Stimme gaben. Dieser Anteil wächst noch etwas an, wenn wir nur jene Wechselwählenden von FBP und VU berücksichtigen, die tatsächlich auch zu einer Oppositionspartei (d. h. FL, DU oder DpL) wechselten. Die mit der Regierungsleistung Unzufriedenen bilden dort gar eine Mehrheit von rund 60 Prozent. Dabei dürfen aber die Grössenverhältnisse nicht vergessen werden (siehe Abbildung 39). Die beiden Grossparteien gewannen in der Schlussbilanz hinzu und verloren insgesamt nur wenige ehemals Wählende an die drei Oppositionsparteien.

Zugenommen hat die Regierungszufriedenheit hingegen bei den FL-Wählerinnen und -Wählern. Sie sind mit der Regierungsleistung fast so zufrieden wie die Wählerschaften der beiden Regierungsparteien. DU- und DpL-Wählerschaften stellen der Regierungsleistung hingegen mehrheitlich ein ungenügendes Zeugnis aus.

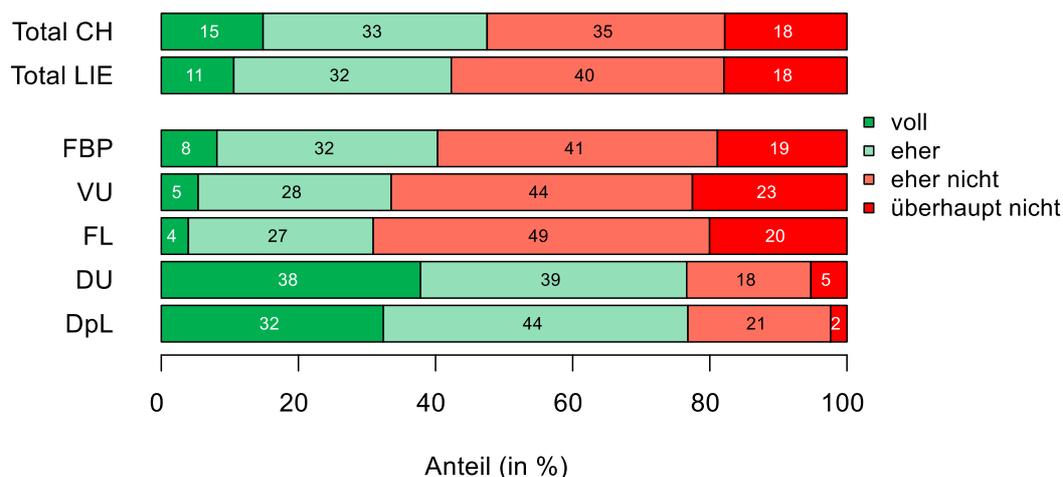
11.4 Politikverdrossenheit

Die Haltung, wonach Regierung und Landtag unabhängig vom Wahlergebn ohnehin tun würden, was sie wollen, ist durchaus verbreitet. Etwa vier von zehn Wählenden (43%) pflichteten dieser Aussage voll und ganz oder zumindest eher zu. Wenig überraschend korreliert diese Haltung stark mit dem Vertrauen in den Landtag und die Regierung (Abbildung 55): Wer kein Vertrauen in Regierung und Landtag hat, stimmte der obigen Aussage auch meistens zu. Erstaunlich ist indessen, dass auch eine nicht unerhebliche Zahl von Wählenden, die der Regierung und dem Landtag grosses

52 Die Anteile «sehr schlecht» und «eher schlecht» betragen bei FBP-Wechselwählenden zusammengenommen 37 Prozent (FBP-Stammwählende: 14%), bei den VU-Wechselwählenden gar 50 Prozent (Stammwählende: 15%).

oder zumindest ein überdurchschnittliches Vertrauen schenkt, der Meinung ist, dass die beiden Institutionen sich nicht allzu stark um die Wünsche des Volkes kümmern. Und ebenso erstaunlich ist es, dass eine Mehrheit mit der Leistung der Regierung grundsätzlich zufrieden ist.

Abbildung 57: Zustimmung zur Aussage «Regierung und Landtag machen eh, was sie wollen»



Quelle: Wahlumfrage Liechtenstein-Institut 2021, gewichtete Resultate, gefiltert auf Teilnehmende. «Weiss nicht»-Antworten und Antwortverweigerungen (4.8%) wurden nicht berücksichtigt. Die Werte für die Schweiz (Total CH) stammen aus der Nachwahlenanalyse von sotomo im Auftrag des SRF.

Ein Vergleich mit der Schweiz (Balken «Total CH» in der Abbildung 57) offenbart, dass die Verhältnisse dort ganz ähnlich sind. Erstaunlich ist bis zu einem gewissen Grad, dass es eine Oppositionspartei – die FL – ist, deren Wählerschaft am ehesten von der Responsivität der Regierung und des Landtages überzeugt ist. Besonders kritisch sind die Wählerschaften der DU und der DpL: Eine klare Mehrheit beider Parteien ist der Ansicht, Regierung und Parlament würden sich in ihrem Handeln kaum an den Präferenzen des Wahlvolkes ausrichten. Das Schweizer Pendant wäre hier die SVP, deren Wählerschaft ebenfalls mit Abstand am kritischsten gegenüber dem Nutzen von Wahlen ist.

Hinzu kommt der Umstand, dass die mutmasslich politikverdrossensten Wahlberechtigten wohl *gar nicht* an den Wahlen *teilnahmen*. Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden in der Umfrage ist zu tief, um darüber verlässliche Aussagen machen zu können. Aber wer sich von den Wahlen keinerlei Änderungen oder Wirkungen verspricht, hat kaum einen Anreiz teilzunehmen. Von der Entfaltungskraft ihrer Stimme sind Junge noch am ehesten überzeugt. Nur 5 Prozent von ihnen stimmten der obigen Aussage ganz zu (Rest: 13%).

Insgesamt erweckt die Gegenüberstellung von Regierungszufriedenheit, Vertrauen in Regierung und Landtag sowie die Bewertung der Responsivität von Regierung und Parlament den Eindruck, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Ansicht sind, dass diese staatlichen Organe zwar nicht sonderlich stark auf die Bürgerpräferenzen reagieren («sie machen eh, was sie wollen»), aber im Endeffekt *gleichwohl das Richtige tun*. Alternativ wäre aber auch denkbar, dass viele dieser Aussage, wonach die Regierenden eh tun, was sie wollen, eher reflexartig und aus Gewohnheit zustimmen, ohne davon wirklich überzeugt zu sein, wenn nochmals nachgefragt wird.

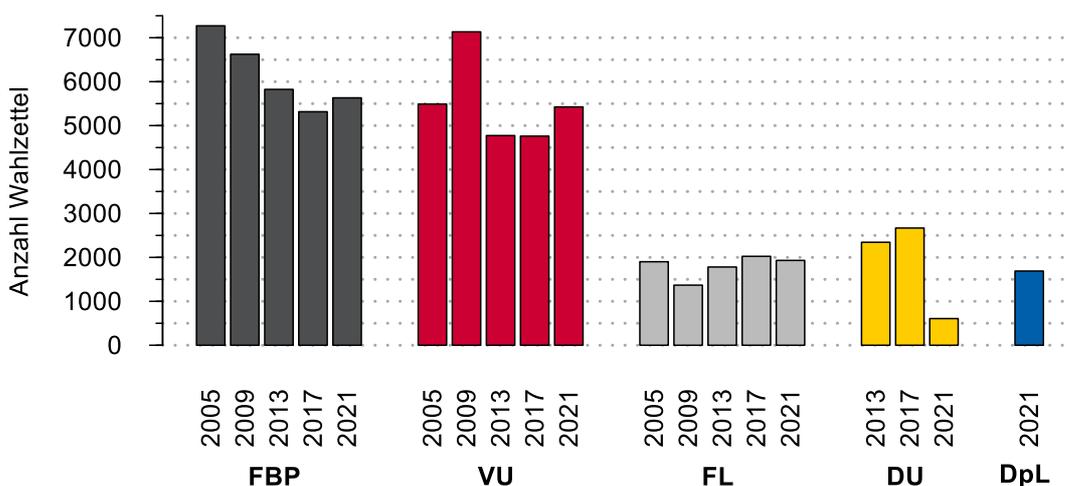
12 PANASCHIER- UND STREICHVERHALTEN

Die Liechtensteiner Wahlberechtigten können die amtlichen Wahllisten entweder unverändert oder verändert einlegen. Wer eine Liste ändern möchte, hat dabei die Möglichkeit, einzelne Personen auf der ausgewählten Liste zu streichen. Ferner können aber auch einzelne Personen von anderen Wahllisten dazugeschrieben werden (auch «Sympathiestimmen» genannt), sofern es dafür auf der Liste Platz hat oder man durch vorheriges Streichen dafür Platz geschaffen hat. Diese Veränderungen ermöglichen Antworten auf gewisse Fragen der Wahlforschung: Welche Wählerschaften zeichnen sich durch eine besonders hohe Parteidisziplin aus? Welche Wählerschaften sind sich am nächsten bzw. zwischen welchen Wählerschaften kommt es am häufigsten zum Austausch von Sympathiestimmen? Nachfolgend soll auf diese Fragen eine Antwort gegeben werden. Die Analyse beschränkt sich dabei weitgehend auf die aggregierte Ebene der Parteien. Mit Blick auf die Kandidierenden wird einzig der Einfluss des Geschlechts auf den Wahlerfolg analysiert, da persönliche Merkmale der Kandidierenden objektiv nur schwer fassbar sind (z. B. Ausstrahlung einer Kandidatin bzw. eines Kandidaten) oder sich keine klaren Kategorien mit ausreichender Fallzahl bilden lassen (z. B. Beruf der Kandidierenden).

12.1 Anzahl Wahllisten

Zunächst interessiert die Anzahl gültig eingereicherter Wahllisten nach Parteien – unabhängig davon, ob sie unverändert oder verändert eingelegt wurden (Abbildung 58). Aufschlussreich ist die Tatsache, dass die FBP zum einen den Abwärtstrend seit 2005 erstmals stoppen konnte und zum anderen – mit einer Ausnahme (2009) – stets mehr eingelegte Wahllisten aufwies als die VU. Das alleine reichte aber nicht immer zu einem Wahlsieg nach Parteistimmen, weil die VU dieses Defizit an Wahllisten zuweilen mit Sympathiestimmen (mehr als) wettmachen konnte.

Abbildung 58: Anzahl gültig eingereichte Wahlzettel über die Zeit



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li

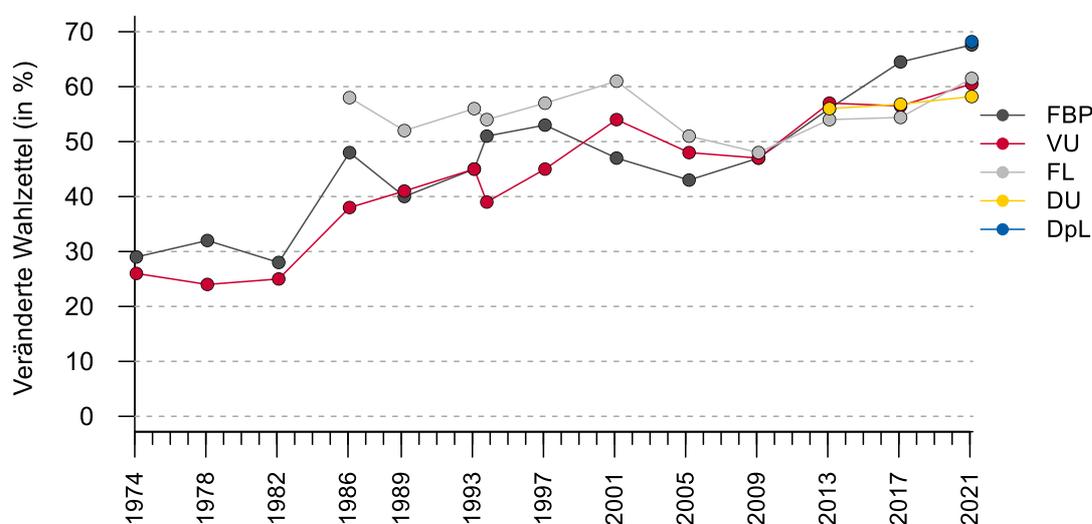
Wie oben erwähnt können die Wahlberechtigten nicht nur Kandidierende einer Partei wählen, sondern auch Kandidierenden weiterer Parteien eine Stimme geben. Ist einem FBP-Wähler beispielsweise eine Kandidatin der VU besonders sympathisch, kann er diese unterstützen, indem er ihren Namen auf seinen FBP-Wahlzettel schreibt. Damit erhält diese VU-Kandidatin eine Stimme von einem FBP-Wahlzettel und die VU erhält eine Parteistimme, während die FBP diese Parteistimme verliert. Die Wahlberechtigten können aber nicht nur die Namen von parteifremden Kandidierenden auf ihren Wahlzettel schreiben, sondern sie können auch Kandidierende von ihrem Wahlzettel

streichen. Ist eine FL-Wählerin beispielsweise mit der Politik ihrer Partei im Allgemeinen zufrieden, nicht aber mit der Politik eines bestimmten FL-Kandidaten, kann sie ihm durch Streichung die Unterstützung verwehren, ihrer Partei aber trotzdem die volle Unterstützung geben. Wird ein Kandidatname auf einer Wahlliste gestrichen, aber nicht ersetzt durch einen anderen Namen, so verliert der gestrichene Kandidat diese Stimme, nicht aber die Partei.

Zusammengenommen steht es den Stimmberechtigten also frei, den Wahlzettel einer Partei zu verändern, indem die Namen von parteifremden Kandidierenden hinzugefügt und/oder die Namen von parteieigenen Kandidierenden gestrichen werden. Tatsächlich sind veränderte Wahlzettel heute eher die Regel als die Ausnahme. Bei den diesjährigen Landtagswahlen wurden fast zwei von drei (64 Prozent) der insgesamt 15'284 gültig eingereichten Wahlzettel verändert. Dabei gibt es durchaus Unterschiede zwischen den fünf Parteien (Abbildung 59). Am höchsten ist der Anteil veränderter Wahlzettel bei der DpL mit über 68 Prozent. Den tiefsten Anteil veränderter Wahlzettel findet sich demgegenüber bei der DU mit rund 58 Prozent. Dazwischen bewegen sich die VU (61 Prozent), die FL (62 Prozent) und die FBP (68 Prozent).

Auch bei früheren Wahlgängen wurde bereits ein relativ hoher Anteil von Wahlzetteln verändert (Abbildung 59). Seit den Wahlen von 2013 liegt der Anteil veränderter Wahlzettel für alle Parteien über 50 Prozent. Dabei fällt auf, dass dieser Anteil jeweils dann sprunghaft anstieg, wenn eine neue Partei die politische Arena betrat. Dies war etwa 1986 und – in etwas geringerem Ausmass – 2013 der Fall.

Abbildung 59: Anteil veränderter Wahlzettel über die Zeit



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li

12.2 Stimmenherkunft

Wenn also ein hoher Anteil der Wahlzettel verändert worden ist, stellt sich natürlich gleich die Frage, wo die erzielten Stimmen der Parteien herkommen. Um uns dieser Frage zu nähern, müssen wir zunächst einige Begrifflichkeiten klären:

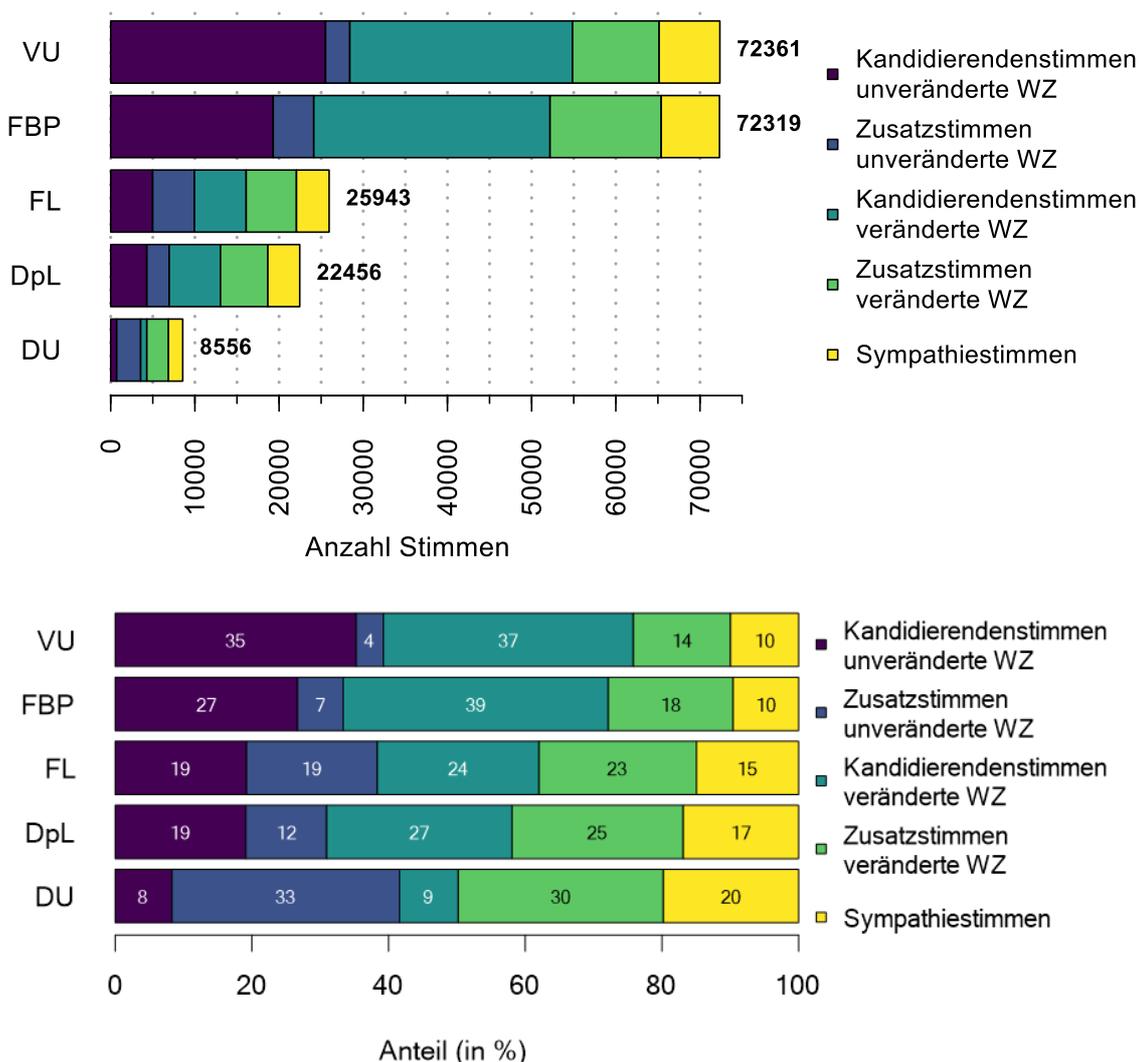
- **Kandidierendenstimmen:** Dabei handelt es sich um die Stimmen, die die einzelnen Kandidierenden von den parteieigenen Wahlzetteln erhalten. Wird beispielsweise der FL-Wahlzettel im Oberland unverändert eingeworfen, erhalten die acht Kandidierenden jeweils eine Stimme. Die FL bekommt folglich acht Kandidierendenstimmen.
- **Zusatzstimmen:** Nicht immer werden auf den Wahlzetteln der Parteien gleich viele Kandidierende aufgeführt, wie Sitze zu vergeben sind. Obigem Beispiel folgend kandidierten im

Oberland 2021 acht Personen für die FL, obwohl insgesamt 15 Sitze zu vergeben waren. Damit hatte es auf dem FL-Wahlzettel sieben leere Linien. Wurde ein FL-Wahlzettel unverändert eingeworfen, erhielt die FL folglich sieben Zusatzstimmen.

- **Sympathiestimmen:** Dabei handelt es sich um die Stimmen, die die Kandidierenden von parteifremden Wahlzetteln erhalten. Wird beispielsweise eine DpL-Kandidatin auf einem FBP-Wahlzettel hinzugefügt, erhält die DpL eine Sympathiestimme.

Abbildung 60 zeigt die Herkunft der Stimmen für die einzelnen Parteien nach den soeben genannten Kategorien. Während die erste Abbildung die absoluten Zahlen ausweist, zeigt die zweite Abbildung, wie hoch der Anteil der jeweiligen Kategorie am Stimmentotal der einzelnen Partei ist.

Abbildung 60: Stimmenherkunft der Parteien nach Wahlzetteln (WZ) und Sympathiestimmen



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li

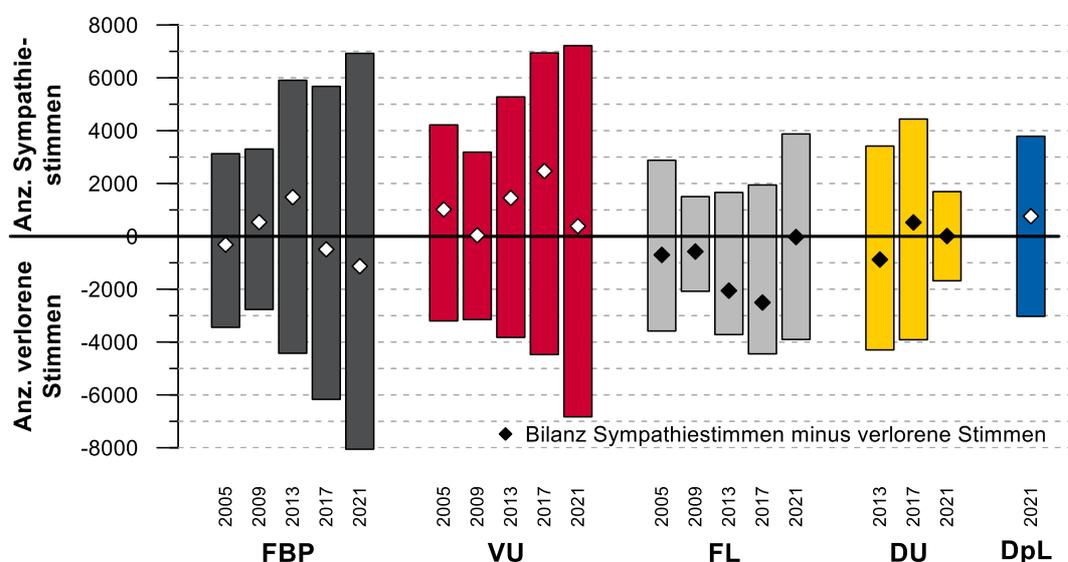
Aus den 9'759 Wahlzetteln aus dem Oberland und den 5'250 Wahlzetteln aus dem Unterland ergibt sich ein Total von 201'635 gültigen Stimmen. Da dieses Jahr erstmals keine Partei das Maximum von 25 möglichen Kandidierenden ausgeschöpft hat, ist auch die Anzahl Zusatzstimmen vergleichsweise hoch. Dies gilt natürlich vor allem für diejenigen Parteien, die mit wenigen Kandidierenden antraten. Auffallend ist die hohe Übereinstimmung zwischen VU und FBP. Auch gilt: Je geringer das

Stimmentotal einer Partei ist, umso höher ist der Anteil an Sympathiestimmen am Stimmentotal. Dies deckt sich mit den Erwartungen, wonach insbesondere die DpL und die DU als sehr junge Parteien über eine geringere Anzahl an Parteiwählenden verfügen als die beiden etablierten Grossparteien VU und FBP.

12.3 Sympathiestimmen und Streichungen

Die Sympathiestimmen sind von besonderem Interesse, da sie Hinweise hinsichtlich der Attraktivität der Kandidierenden, der Parteidisziplin und der Affinitäten zwischen einzelnen Parteien geben (vgl. für die Schweiz: Burger 2001)⁵³. Bezogen auf das jeweilige Stimmentotal der einzelnen Parteien zeigt sich, dass insbesondere die DU und die DpL vergleichsweise viele Sympathiestimmen von anderen Parteien erhalten haben. Beinahe 20 Prozent der DU-Stimmen und 17 Prozent der DpL-Stimmen sind Sympathiestimmen. In absoluten Zahlen haben aber die beiden Grossparteien am meisten Sympathiestimmen gewonnen (Abbildung 61). Auch in vorangehenden Wahlen lag der relative Anteil gewonnener Sympathiestimmen der kleinen Parteien über demjenigen der Grossparteien, wobei diese in absoluten Zahlen am meisten Stimmen gewonnen haben.

Abbildung 61: Anzahl Sympathiestimmen und verlorene Stimmen über die Zeit



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li

Indes bedeutet jede erhaltene Sympathiestimme für die eine Partei notwendigerweise eine verlorene Stimme für jene Partei, in deren «Nest» das «Kuckucksei» (Sympathiestimme) gesetzt wurde. 2021 sind von den FBP-Wahllisten am meisten Stimmen abgewandert, gefolgt von der VU (Abbildung 61). Über die Zeit kann bei beiden Grossparteien eine Zunahme der Anzahl verlorener Stimmen erkannt werden, was wohl auf die zunehmende Ausdifferenzierung des liechtensteinischen Parteiensystems und damit das grössere Angebot an Parteien zurückzuführen ist.

In der direkten, methodisch aber nicht unproblematischen Gegenüberstellung von absoluten Sympathiestimmen und verlorenen Stimmen haben 2021 insbesondere die DpL und die VU von den verschiedenen Stimmenwanderungen profitiert. Die Situation für die DU und die FL präsentiert sich relativ ausgeglichen, während die FBP tendenziell zu den Verlierern gehört. Im Vergleich zu den vorangehenden Wahljahren hat sich insbesondere die Bilanz für die FL verbessert.

53 Burger, Rudolf (2001): «Konzepte und Analyse der Panaschierstatistik. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1999». Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

Die in Abbildung 61 präsentierte Situation muss jedoch in dreierlei Hinsicht relativiert werden. So ist die Anzahl Sympathiestimmen und verlorener Stimmen zunächst einmal abhängig von der Grösse der Wahlkreise. Jede stimmberechtigte Person im Oberland hat 15 Stimmen zu vergeben, während dies im Unterland nur 10 Stimmen sind. Dementsprechend ist das Potenzial zur Vergabe von Stimmen an parteifremde Kandidierende im Oberland auch grösser als im Unterland. Zweitens ist die Anzahl der Sympathiestimmen und verlorenen Stimmen abhängig von der Parteistärke. Werden viele Wahlzettel einer Partei eingereicht, wird in der Tendenz auch die Anzahl veränderter Wahlzettel grösser sein als bei einer Partei, für die nur wenige Wahlzettel eingereicht worden sind. Diese Situation lässt sich auch in Abbildung 61 beobachten. Drittens hängt die Anzahl veränderter Stimmen von der Anzahl der zur Verfügung stehenden Kandidierenden ab. So kann eine Partei mit wenigen Kandidierenden logischerweise auch weniger Sympathiestimmen erhalten als eine Partei mit vielen Kandidierenden.

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen werden im Folgenden zwei Indikatoren betrachtet: die Parteiattraktivität und die Parteidisziplin. Die entsprechende Analyse wird für die beiden Wahlkreise gesondert durchgeführt, weshalb die Werte zwischen den beiden Wahlkreisen numerisch nicht direkt verglichen werden können.

12.4 Parteiattraktivität und Parteidisziplin

Die Parteiattraktivität⁵⁴ – Burger (2001: 14ff.) spricht hier von der «Attraktivität der Kandidierenden» – gibt an, wie viele Sympathiestimmen eine Partei pro kandidierende Person auf 100 parteifremden Wahlzetteln erhalten hat. Ist die Attraktivität hoch, dann haben die Kandidierenden einer Partei folglich viele Sympathiestimmen von anderen Parteien erhalten. Die Auswertung zeigt, dass sowohl im Ober- wie auch im Unterland die beiden Grossparteien die höchsten Attraktivitätswerte genossen (Tabelle 9). Mit anderen Worten haben die beiden Parteien je kandidierende Person am meisten Sympathiestimmen von parteifremden Wahlzetteln erhalten. Sodann gibt es Unterschiede zwischen Ober- und Unterland. Im Oberland werden die Kandidierenden der DU als attraktiver bewertet als diejenigen der FL, die wiederum auf einen höheren Wert kommen als die DpL-Kandidierenden. Im Unterland haben demgegenüber die Kandidierenden der FL mehr Sympathiestimmen erhalten als diejenigen der DpL, die wiederum vor der DU liegen.

54 Nach Burger (2001: 14ff.) berechnet sich die Attraktivität der Kandidierenden für jede Partei als Verhältnis zwischen der Anzahl erhaltener Sympathiestimmen geteilt durch das Produkt aus der Anzahl Kandidierender dieser Partei und der Anzahl parteifremder Wahlzettel. Zur besseren Darstellung multipliziert Burger (2001) das Resultat mit 1000. Im vorliegenden Fall wird eine Multiplikation mit dem Faktor 100 durchgeführt.

Tabelle 9: Parteiattraktivität und Parteidisziplin

Wahl- entscheid 2021	Erhaltene Wahlzettel	Anzahl Kandidierende	Sympathie- stimmen	Verlorene Stimmen	Partei- attraktivität	Partei- disziplin
Oberland						
FBP	3'426	12	4'819	5'365	6.3	21.1
VU	3'545	14	5'282	4'439	6.1	24.8
FL	1'332	8	2'781	2'735	4.1	18.0
DU	495	3	1'331	1'386	4.8	15.0
DpL	961	8	1'802	2'090	2.6	17.0
Unterland						
FBP	2'206	8	2'106	2'691	7.9	18.0
VU	1'880	8	1'934	2'391	6.6	17.3
FL	599	4	1'094	1'167	5.6	13.3
DU	112	2	362	296	3.3	10.6
DpL	728	8	1'986	937	5.2	17.1

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li

Während die Parteiattraktivität etwas darüber aussagt, wie viele Stimmen von anderen Parteien kommen, sagt der zweite Indikator – die Parteidisziplin⁵⁵ – etwas darüber aus, wie viele Stimmen an andere Parteien abgegeben wurden. Dabei muss wiederum die Anzahl Kandidierender berücksichtigt werden: Ist das Angebot parteifremder Kandidaturen klein, dann bestehen auch weniger Möglichkeiten zur Abgabe von Stimmen an parteifremde Kandidatinnen und Kandidaten.

Im Oberland ist die Parteidisziplin bei der VU am grössten, gefolgt von der FBP (Tabelle 9). Auch im Unterland weisen die beiden Grossparteien die höchste Parteidisziplin aus, wobei sich die Reihenfolge zwischen den beiden Parteien ändert. In beiden Wahlkreisen ist es schliesslich die DU, die die geringste Parteidisziplin vorzuweisen hat. Erwähnenswert ist im Unterland schliesslich die vergleichsweise hohe Parteidisziplin der DpL (siehe unten).

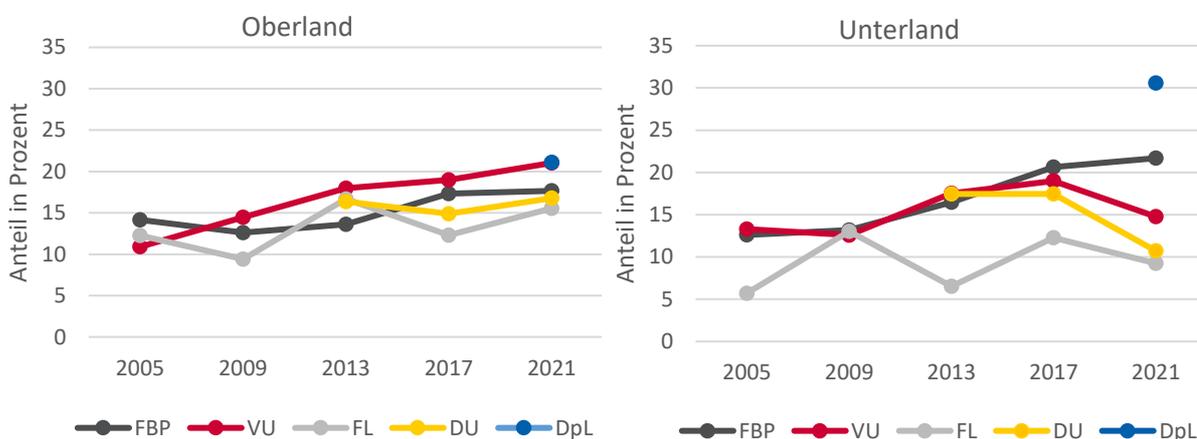
Die Zusammenstellung in Tabelle 9 weist darauf hin, dass die beiden Grossparteien die stärkste Parteidisziplin und gleichzeitig die höchste Parteiattraktivität geniessen. Sind sie folglich als die Panaschiergewinner zu betrachten? Die durchschnittliche Parteidisziplin liegt im Oberland bei 19.2 und im Unterland bei 15.3. Sowohl die FBP wie auch die VU liegen jeweils über diesem Wert. Dies weist darauf hin, dass vergleichsweise wenige Stimmen an andere Parteien abgewandert sind und die Parteidisziplin insgesamt als eher hoch zu bewerten ist. Die mittlere Attraktivität von 4.9 im Oberland und 6.0 im Unterland wiederum offenbart, dass die FBP (6.3 resp. 7.9) und die VU (6.1 resp. 6.6) als überdurchschnittlich attraktiv erscheinen. In dieser Betrachtungsweise sind die beiden Grossparteien also die Panaschiergewinner. Dies steht insbesondere bei der FBP im Widerspruch zur Abbildung 61. Es zeigt sich aber, dass die rein numerische Darstellung der verlorenen Stimmen in Abbildung 61 die tatsächlichen Verluste an parteifremde Wahlzettel überschätzt, weil die Stärke der Partei nicht mitberücksichtigt wird: «Wie viele Panaschierstimmen abgegeben werden, hängt nämlich vor allem davon ab, wie viele Wählende eine Partei gefunden hat» (Burger 2001: 18).

55 Burger (2001: 18ff.) nennt diesen Indikator «Parteidisziplin II». Er berechnet ihn anhand der Anzahl verllorener Stimmen geteilt durch das Produkt aus der Anzahl erhaltener Wahlzettel und der Anzahl parteifremder Kandidaturen. Zur besseren Darstellung multipliziert er das Ergebnis mit 1000. Burgers Berechnung hat zur Folge, dass der Indikator einen *höheren* Wert annimmt, wenn mehr Stimmen an andere Parteien *abgegeben* wurden. Ein höherer Wert deutet also auf eine stärkere Abwanderung von Stimmen hin. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zur Bezeichnung des Indikators als «Parteidisziplin»; intuitiv würde man bei einem höheren Wert von einer höheren Disziplin, sprich einer geringeren Abwanderung von Stimmen an andere Parteien, ausgehen. Aufgrund dessen berechnen wir die Parteidisziplin als Produkt der Anzahl erhaltener Wahlzettel und der Anzahl parteifremder Kandidaturen, geteilt durch die Anzahl verllorener Stimmen.

Ferner ist grundsätzlich zu beachten, dass hier Durchschnittswerte berechnet wurden. Jedoch gibt es eine grosse Spannweite in der Anzahl Streichungen und Sympathiestimmen zwischen den einzelnen Kandidierenden. Besonders augenscheinlich ist dies bei der DpL, wo einer der Kandidaten fast acht Mal häufiger gestrichen wurde als derjenige Kandidat mit den wenigsten Streichungen, Herbert Elkuch. Zugleich hat Elkuch von allen DpL-Kandidierenden mit grossem Abstand am meisten Sympathiestimmen von anderen Parteien erhalten, was sich auch im grossen Unterschied zwischen dem Erstplatzierten Elkuch und dem zweitplatzierten DpL-Kandidaten im Unterland zeigt. Der Erfolg Elkuchs trägt zudem zur klar höheren Parteiattraktivität der DpL im Unterland als im Oberland bei und erklärt die relativ grosse Anzahl von Sympathiestimmen in Abbildung 61.

Abbildung 62 zeigt wie oft im Durchschnitt (Median) Kandidierende bei den vergangenen Landtagswahlen und in den beiden Wahlkreisen vom Wahlzettel der jeweiligen Partei gestrichen wurde. So wurden beispielsweise bei den aktuellen Wahlen die durchschnittlichen Kandidierenden von VU und DpL im Oberland fast gleich oft – nämlich auf 21 Prozent der Wahlzettel – gestrichen. Am wenigsten oft gestrichen wurden die Kandidierenden der FL. Im Oberland wurden die Kandidierenden 2021 im Vergleich zu früheren Wahlgängen öfter gestrichen, während es im Unterland bei den Parteien VU, DU und DpL eine gegenteilige Entwicklung gab.

Abbildung 62: Durchschnittlicher Anteil Streichungen



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li.

12.5 Parteienähe

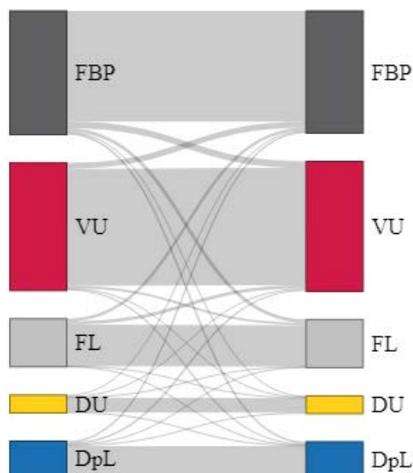
An wen sind die Sympathiestimmen der einzelnen Wählerschaften gegangen? Die Beantwortung dieser Frage gibt uns Hinweise darauf, zwischen welchen Wählerschaften am ehesten ideologische Gemeinsamkeiten zu finden sind. Darüber informieren die Abbildung 63 und die Abbildung 64. Im linken Panel beider Abbildungen ist zunächst bloss nochmals zu sehen, von welchen Wahllisten (linke Seite) die Parteistimmen (rechte Seite) kamen. Dabei fällt natürlich sogleich auf, dass die allermeisten Parteistimmen auch von den eigenen Wahllisten stammten. Das ist zu erwarten, weil eine starke Minderheit ja die Wahlliste ihrer bevorzugten Partei unverändert einlegte. Das wiederum bedeutet, dass alle Stimmen auf dieser Liste der Präferenzpartei zugutekamen. Aber auch jene, die eine veränderte Wahlliste einlegten, gaben zumeist eine klare Mehrheit ihrer Stimmen der eigenen Partei.

Doch wohin gingen die Sympathiestimmen? Dies wird etwas deutlicher, wenn wir das rechte Panel der Abbildung 63 und der Abbildung 64 näher betrachten. Im rechten Panel wurden die Stimmen, die jeweils an die eigene Partei gingen, zu Analysezwecken unberücksichtigt gelassen. Sichtbar sind also nur noch Sympathiestimmen. Dabei wird zunächst deutlich, dass kaum ein Austausch von Sympathiestimmen zwischen FL auf der einen Seite und DU und DpL auf der anderen Seite

vorhanden ist. Das liegt auch daran, dass sie Kleinparteien mit einer geringeren Anzahl Kandidierenden sind und Sympathiestimmen deshalb a priori seltener vergeben werden können. Aber gewiss liegt das auch an der ideologischen Distanz zwischen den beiden Parteien. Sympathiestimmen an die Grossparteien verteilten die Wählenden der drei Oppositionsparteien äusserst gleichmässig.

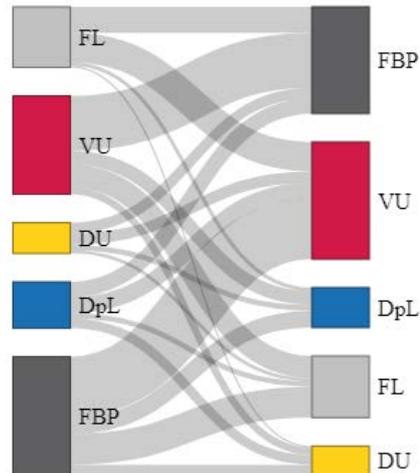
Abbildung 63: Stimmenwanderungen Oberland

Stimmenwanderung gesamt



[Interaktive Grafik](#)

Stimmenwanderung zu anderen Parteien

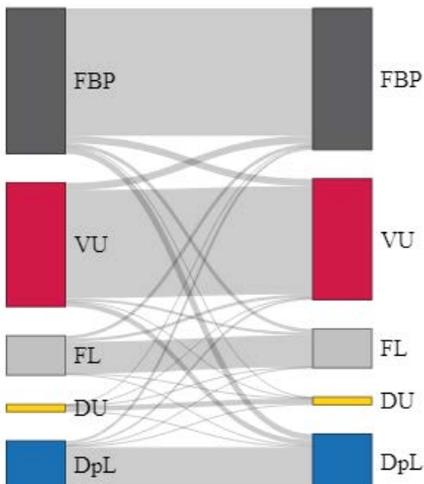


[Interaktive Grafik](#)

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li.

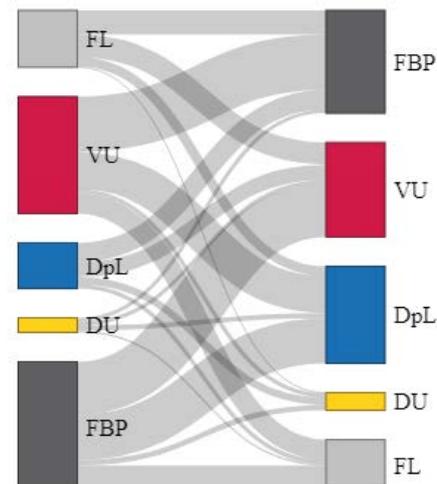
Abbildung 64: Stimmenwanderungen Unterland

Stimmenwanderung gesamt



[Interaktive Grafik](#)

Stimmenwanderung zu anderen Parteien



[Interaktive Grafik](#)

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li.

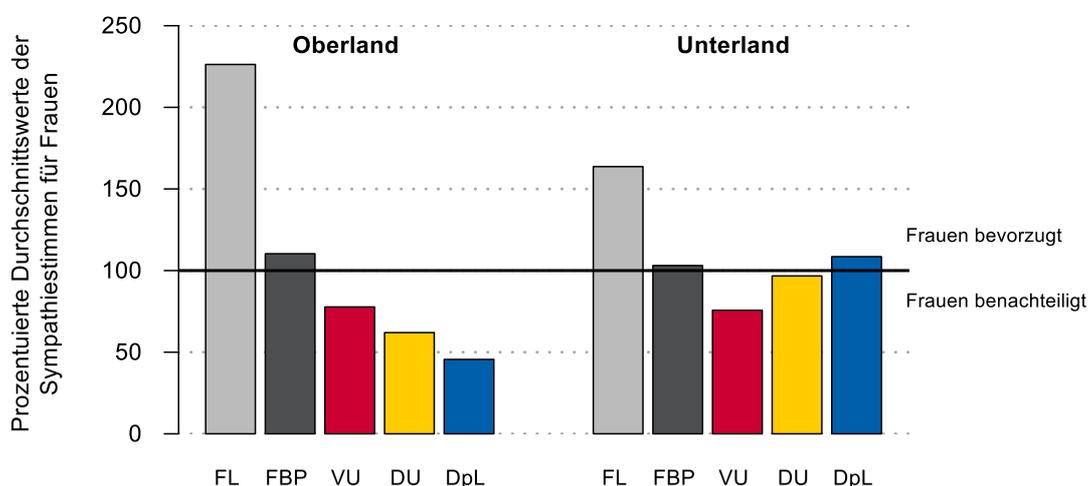
Zwischen den beiden Grossparteien sind auf den ersten Blick nur geringfügige Unterschiede zu erkennen. Blickt man etwas genauer auf die Sympathiestimmen im Oberland, sieht man allerdings, dass die VU von FBP-Sympathien stärker profitieren konnte als umgekehrt. Bei einem derart knappen Ergebnis wie dem vorliegenden können solche Details ausschlaggebend sein.

Am auffallendsten ist aber die bereits weiter oben erwähnte «Sympathiewelle», die der DpL im Unterland zugutekam. Die DpL, namentlich vor allem Herbert Elkuch, erhielt im Unterland nicht bloss eine Welle, sondern gleichsam einen breiten Strom an Sympathiestimmen, welche letztlich in einer positiven Bilanz zwischen Streichungen und Sympathiestimmen mündete.

12.6 Geschlechterspezifische Sympathiestimmen

Ob Stimmen an parteifremde Kandidierende abgegeben werden, hängt selbstverständlich nicht nur von ihrer Parteizugehörigkeit, sondern von vielen weiteren individuellen Faktoren ab. Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist dabei das Geschlecht der Kandidierenden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Wählerinnen und Wähler der verschiedenen Parteien vermehrt Sympathiestimmen an Frauen abgegeben haben oder ob das Geschlecht eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat.⁵⁶

Abbildung 65: Sympathiestimmen für Frauen und Männer (prozentuierte Durchschnittswerte)



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li.

Abbildung 65 zeigt die Durchschnittswerte der Anzahl Sympathiestimmen, die an Frauen gingen, im Verhältnis zu den Sympathiestimmen, die an männliche Kandidierende gingen. Liegen die Werte unter der 100-Prozent-Linie, wurden Frauen benachteiligt. Liegen die Werte über der Linie, wurden die Frauen bevorteilt (siehe Burger 2001: 44). Am frauenfreundlichsten verteilten die Wählerinnen und Wähler der FL ihre Sympathiestimmen. Sie gaben in beiden Wahlkreisen Sympathiestimmen an Frauen ab, die höher als 150 Prozent des Durchschnittswerts für Männer waren. Auch die Wählenden der FBP gaben insgesamt mehr Sympathiestimmen an Frauen als an Männer ab, wobei die Situation insbesondere im Unterland ziemlich ausgeglichen ist. Bei der DpL wiederum fallen die Unterschiede zwischen Ober- und Unterland auf. Wurden Kandidatinnen im Unterland im Vergleich zu den Männern bevorteilt, genossen im Oberland die Männer klar mehr Sympathie. Dabei zeigt sich einmal mehr, dass das Geschlecht nur ein Aspekt in der Entscheidung für oder gegen die Vergabe von Sympathiestimmen an spezifische Kandidierende ist und dass das Panaschierverhalten nicht zwingend kausal mit einer parteipolitisch geprägten Ideologie in Verbindung stehen muss. Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass die geschlechtsspezifische Vergabe von

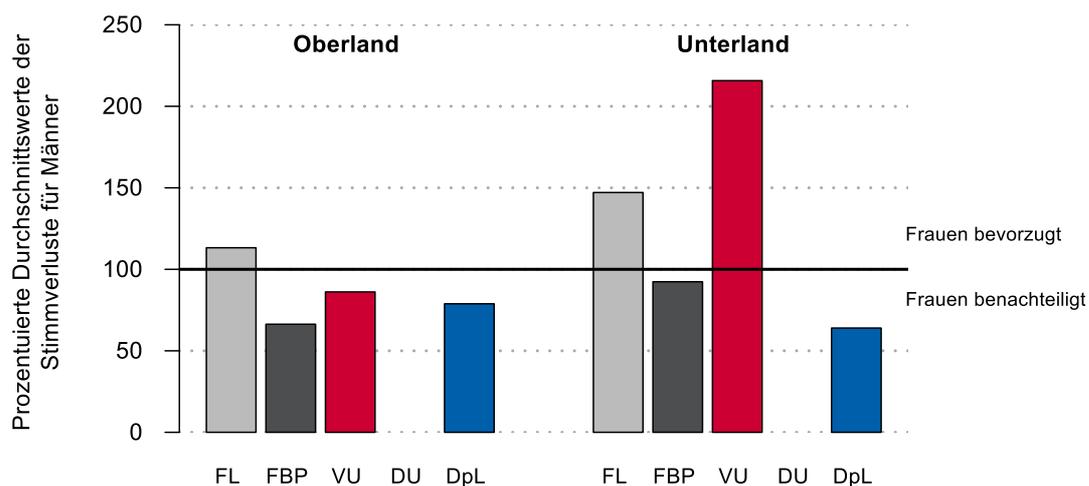
56 Die Berechnung richtet sich wiederum nach den Ausführungen von Burger (2001: 42ff.). Dabei werden die Summen der von den Wählenden an parteifremde Kandidatinnen resp. Kandidaten vergebenen Sympathiestimmen separat berechnet und jeweils durch die Anzahl parteifremder Kandidatinnen resp. Kandidaten dividiert. Die so erhaltenen Werte für Kandidatinnen werden denjenigen der Kandidaten gegenübergestellt. Ein Wert von unter 100 Prozent weist darauf hin, dass die Wählenden der entsprechenden Partei die Frauen benachteiligt haben, während ein Wert von über 100 auf eine Bevorteilung der Frauen verweist.

Sympathiestimmen im Unterland ausgeglichener ist als im Oberland. In beiden Wahlkreisen auf Werte klar unter 100 Prozent kommen lediglich die Wählenden der VU. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen zur bevorzugten Wahl von Frauen (Kapitel 7.7).

Der Vergleich mit früheren Wahlen zeigt, dass die in Abbildung 66 dargestellte Bevorzugung von Frauen durch FL-Wählende bei den Landtagswahlen 2021 deutlicher ausfällt als bei den beiden vorangegangenen Wahlen (2013, 2017). Im Wahlkreis Oberland liegt der prozentuierte Durchschnittswert der Sympathiestimmen von Frauen sogar höher als bei allen anderen seit 1997 untersuchten Wahlgängen. Auch bei den anderen Parteien lassen sich für die Wahlen 2021 im Vergleich zu früheren Wahlgängen leicht höhere Durchschnittswerte für Sympathiestimmen für Frauen erkennen, wobei diese aber dennoch meist unter denjenigen für Männer bleiben.

Die Wählenden können aber nicht nur Sympathiestimmen an Kandidierende verteilen, sondern können auch einzelne Kandidierende auf der von ihnen verwendeten Wahlliste streichen. Abbildung 66 zeigt, ob die Wählenden der einzelnen Parteien im jeweiligen Wahlkreis Frauen bevorzugt haben, indem sie weniger häufig gestrichen wurden oder Frauen durch überdurchschnittlich häufiges Streichen benachteiligt haben. Die Aussagekraft der Analyse wird durch die teils sehr geringe Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten eingeschränkt. So kandidierte beispielsweise für die VU im Wahlkreis Unterland nur eine einzige Frau. Für die DU kandidierten in beiden Wahlkreisen überhaupt keine Frauen, weshalb für die DU auch keine Werte in Abbildung 66 ausgewiesen werden. Generell lässt sich jedoch festhalten, dass das Geschlecht mit Blick auf den Stimmverlust von Kandidierenden durch das Streichen von der jeweiligen Parteiliste weniger stark ins Gewicht fällt als bei den in Abbildung 65 dargestellten Werten für die Sympathiestimmen. Bei der Analyse der einzelnen Parteien zeigt sich wiederum, dass die Wählenden der FL Frauen am ehesten bevorzugen, indem sie diese weniger oft streichen. Für alle Parteien lässt sich eine relativ stabile Verteilung im Zeitverlauf erkennen.

Abbildung 66: Stimmverluste für Frauen und Männer (prozentuierte Durchschnittswerte)



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf www.landtagswahlen.li.

Mit dem stetig steigenden Anteil an veränderten Wahlzettel gewinnt auch das Panaschierverhalten an Relevanz. Die hier erstmals präsentierte Auswertung zeigt einige Auffälligkeiten wie beispielsweise das geschlechtersensible Wahlverhalten der FL-Wählenden. Die Unterschiede zwischen den Wahlkreisen oder über Zeit bedürfen aber noch weiteren Analysen.

ANHANG

Die Datenbasis

Das Projekt

Die Umfrage ist ein gemeinsames Projekt des Liechtenstein-Instituts mit den beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt. Die Nachwahl- resp. Wahlbefragungen werden seit 1997 regelmässig durchgeführt.

Die Befragung

Erstmals wurden die Daten ausschliesslich online erhoben. Der Online-Fragebogen wurde dabei von den beiden Projektpartnern Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt online wie auch in der Print-Ausgabe beworben und konnte auch von den entsprechenden Online-Portalen erreicht werden.

Mehr als 2'600 Personen füllten den Online-Fragebogen mindestens teilweise aus. Etwas mehr als 200 Datensätze entfielen auf Personen ohne liechtensteinische Staatsangehörigkeit, welche einen separaten Fragebogen erhielten, welcher auch separat ausgewertet wurde. Nach der Bereinigung der Daten verblieben noch 2'004 Fälle im Datensatz, wovon 1'974 auch tatsächlich an den Wahlen teilnahmen. Bei einer Gesamtzahl von 15'884 abgegebenen Stimmkarten⁵⁷ entsprechen diese 1'974 Umfrageteilnehmenden rund 12 Prozent aller Wahlteilnehmenden. Eine so hohe Teilnahmequote ist im internationalen Vergleich einzigartig.

Die Umfrageteilnehmenden benötigten im Schnitt rund 12.6 Minuten für das Ausfüllen des Fragebogens. Die Abweichungen zum effektiven Wahlergebnis sind eher geringfügig. Die FL-Wählenden sind übervertreten (rund +8 Prozentpunkte)⁵⁸, während alle anderen Wählerschaften leicht untervertreten sind (FBP: -3%; VU: -3%; DU: weniger als -1%; DpL: -1%).

Die Gewichtung

Da es sich bei der verwendeten Stichprobe nicht um eine Zufallsstichprobe handelt, wurden die Daten gewichtet. Das Alter, das Geschlecht, die Bildung sowie der Wahlentscheid bildeten dabei die Gewichtungskriterien. Als Parameterwerte der Grundgesamtheit wurden in der Regel die Bevölkerungsstatistiken verwendet. Das Gewichtungsverfahren ist das sogenannte «Raking»-Verfahren, bei welchem die Randsummen der gemeinsamen Verteilung zweier Variablen an die entsprechenden Parameterwerte, die aus der Grundgesamtheit bekannt sind, angeglichen werden. Weil mehrere Variablen angeglichen werden müssen, erfolgt dieser Angleichungsprozess iterativ. Für die Wählerstromanalyse wurde zudem auch nach dem (rückerinnerten) Wahlentscheid 2017 gewichtet.

Zur Interpretation der Ergebnisse

Die in diesem Bericht ausgewiesenen Ergebnisse sind – wie alle Umfrageergebnisse – Schätzwerte. Schätzwerte haben jeweils einen Unschärfbereich. In aller Regel gibt man zusätzlich auch noch die Bandbreite (Intervallschätzung)⁵⁹ an, in welcher der wahre Wert der Grundgesamtheit⁶⁰ mit 95%-Wahrscheinlichkeit zu liegen kommt. Diese Bandbreite – oftmals auch 95%-Konfidenzintervall

57 <https://www.llv.li/files/srk/statistik-stimmabgabe-landtagswahl-2021.pdf>

58 Eine exakte Differenzangabe ist ohnehin wenig sinnvoll, weil die Umfragewerte keine Sympathiestimmen enthalten.

59 Im Bericht wurde jeweils die entsprechende *Punktschätzung* angegeben. Die *Intervallschätzung* gibt jenen Bereich an, in welchem der interessierende Parameterwert in der Grundgesamtheit mit einer bestimmten, vorgängig festgelegten Wahrscheinlichkeit (meist: 95%) zu liegen kommt. Dieses «Konfidenzband» ist um den Wert der Punktschätzung zentriert.

60 Interessiert ist man an den Parameterwerten in der Grundgesamtheit (hier auch «wahre Werte» genannt). Da aber in aller Regel nur Daten aus einer *Teilerhebung* vorliegen, muss man diese Parameterwerte der Grundgesamtheit *schätzen*.

oder -band genannt – ist zum einen von der Verteilung der interessierenden Variablen abhängig, andererseits aber auch von der Fallzahl. Je grösser die Fallzahl, desto geringer dieses Konfidenzintervall (nach der «Wurzel aus n»-Regel) und desto sicherer sind demnach die Schätzungen. Bei einer Stichprobengrösse von rund 1'900 und einer (ausgeglichenen) Verteilung von 50 zu 50% beträgt der Stichprobenfehler ± 2.2 Prozentpunkte. Das heisst, der wahre Anteil liegt mit 95%-Wahrscheinlichkeit zwischen 47.8 und 52.2 Prozent. Bei einer Stichprobengrösse von rund 700 (n jeweils für die beiden Grossparteien) und einer (ausgeglichenen) Verteilung von 50 zu 50% beträgt der Stichprobenfehler sodann ± 3.7 Prozentpunkte. Für kleine Subsamples von 100 Personen steigt der Unschärfbereich auf fast 10 Prozentpunkte an. Aussagen für kleine Gruppen (z. B. über 64-Jährige FL-Wählende) sind demnach mit grösserer Vorsicht zu interpretieren als Ergebnisse für grosse Merkmalsgruppen (z. B. Wählerinnen im Generellen).

Tabellenanhang

Tabelle 10: Unterschiedliche Berechnungsformen der Wählerstärke der einzelnen Parteien

Wählerstärke	Erläuterungen	Einordnung
... basierend auf gültigen Stimmzetteln	Die Summe der gültigen unveränderten und veränderten Stimmzettel einer Partei aus beiden Wahlkreisen dividiert durch die landesweite Anzahl gültiger Stimmzettel ergibt die Wählerstärke basierend auf gültigen Stimmzetteln.	Diese Berechnung kommt der Anzahl der Wählerinnen und Wähler einer Partei am nächsten, ist für die Einordnung des Wahlergebnisses aber irrelevant, da die Sympathiestimmen (d. h. die auf den Stimmzettel geschriebenen Namen von Kandidierenden anderer Wahllisten) nicht berücksichtigt werden.
... basierend auf der Summe der Parteistimmen aus beiden Wahlkreisen	Die Summe der Parteistimmen aus beiden Wahlkreisen dividiert durch die Anzahl gültiger Stimmen gibt die absolute Wählerstärke einer Partei wieder.	Der so berechnete Stimmenanteil einer Partei wird herangezogen, um zu ermitteln, welche Wählergruppen die Sperrklausel überwinden und welche politische Parteien Anrecht auf Parteienförderung haben. Die Berechnung stützt sich dabei auf das Volksrechtgesetz (Art. 55 VRG) und das Gesetz über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien (Art. 1 PPFG). Die Sperrklausel ist auch in Art. 46 der Verfassung statuiert. Die Summe der Parteistimmen aus den beiden Wahlkreisen und der darauf basierende Stimmenanteil der einzelnen Parteien findet sich in der amtlichen Kundmachung und gilt somit als offizielle Referenz zur Darstellung des Wahlergebnisses.
... basierend auf den effektiven Parteistimmen	Die effektive Anzahl der Parteistimmen berücksichtigt die unterschiedliche Wahlkreisgrösse, indem die Stimmen der Parteien durch die in dem jeweiligen Wahlkreis zu vergebenden Mandate geteilt werden. Die effektive Wählerstärke einer Partei ergibt sich somit aus der Summe der effektiven Stimmen der jeweiligen Partei aus den beiden Wahlkreisen dividiert durch die Summe der effektiven Stimmen aller Parteien in beiden Wahlkreisen.	Statistisch betrachtet, wird die effektive Wählerstärke durch diese Berechnung besser abgebildet als bei einer Berechnung basierend auf der einfachen Summe der Parteistimmen aus beiden Wahlkreisen. Die Formel wird unter der Bezeichnung «fiktive Wähler» auch in der Schweiz angewendet. In Liechtenstein wurde die effektive Wählerstärke bisher noch nie offiziell ausgewiesen. Grundsätzlich wäre dies jedoch verfassungs- und gesetzeskonform, da diese Art der Berechnung der unterschiedlichen Grösse der Wahlkreise Rechnung trägt. Um die effektive Wählerstärke in der amtlichen Kundmachung darzustellen, würde wohl ein Beschluss der Regierung als Anordnung an die Wahlkommission genügen. Allerdings sollte im Sinne der Transparenz und Rechtsklarheit dann auch die Berechnungsgrundlage für die Sperrklausel und Parteienfinanzierung angepasst werden, damit in der amtlichen Kundmachung nicht unterschiedliche Stimmanteile der Parteien ausgewiesen werden müssen. Wie oben ausgeführt, würde dies jedoch eine Anpassung der Verfassung sowie des VRG und PPFG benötigen.

Tabelle 11: Wahlentscheid nach ausgewählten Merkmalen (in % der Teilnehmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Wahlentscheid					n
	FBP	VU	FL	DU	DpL	
Total	36	36	13	4	11	1'888
Geschlecht						Cramers V = .10*
Mann	35	35	12	6	12	1'165
Frau	36	37	14	3	10	723
Alter						Cramers V = .09*
18–24 Jahre	36	31	23	4	5	170
25–34 Jahre	33	35	19	3	10	330
35–49 Jahre	36	38	12	4	10	575
50–64 Jahre	38	32	11	5	15	546
65+ Jahre	35	41	8	5	12	267
Bildungsgrad (Schulabschluss)						Cramers V = .12***
obligatorische Schule	37	34	16	6	6	47
berufliche Grundausbildung	33	40	9	5	13	522
höhere Fach- und Berufsschule	40	32	11	4	13	474
Maturität, Fachhochschule, Uni	41	28	23	2	6	845
Erwerbstätigkeit						Cramers V = .12***
Selbstständig	38	28	9	5	19	227
MitarbeiterIn im Familienbetrieb	41	32	18	1	9	67
Angestellte/r	35	38	13	5	10	971
StudentIn/SchülerIn	41	26	31	0	1	127
RenterIn	37	35	11	5	12	281
Hausfrau/-mann	31	45	6	3	15	71
anderes	29	22	6	19	25	21
Haushaltseinkommen						Cramers V = .09**
bis 3'000 CHF	39	22	12	10	17	91
3'001–6'000 CHF	29	38	15	5	13	314
6'001–9'000 CHF	36	36	13	3	12	411
9'001–12'000 CHF	38	31	15	5	11	381
12'001–15'000 CHF	33	42	14	3	7	269
über 15'000–19'000 CHF	45	42	7	1	6	213
Beschäftigungssektor						Cramers V = .12***
Privatwirtschaft	37	37	10	4	12	920
Öffentliche Hand	36	33	17	6	8	395
gemeinnützig	28	32	23	2	16	128

Tabelle 12: Wahlentscheid nach ausgewählten Merkmalen (in % der Teilnehmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Wahlentscheid					n
	FBP	VU	FL	DU	DpL	
Total	36	36	13	4	11	1'888
Links-Rechts-Einstufung (0–10)						Cramers V = .25***
stark links (0,1)	17	15	56	3	9	70
gemässigt links (2–4)	30	29	34	2	6	594
Mitte (5)	39	42	3	4	13	548
gemässigt rechts (6–8)	40	36	2	8	14	498
stark rechts (9,10)	43	26	0	5	25	39
Werthaltung: Liechtenstein öffnen vs. verschliessen (Skala von 1 bis 5)						Cramers V = .17***
1 vermehrt öffnen	34	32	27	1	6	485
2	37	37	16	3	7	461
3	37	38	5	6	14	530
4	41	27	2	7	23	167
5 vermehrt verschliessen	37	36	1	12	15	96
Werthaltung: bessere Chancen Liechtensteiner vs. gleiche Chancen Liechtensteiner und Ausländer (Skala von 1 bis 5)						Cramers V = .21***
1 bessere Chancen	38	35	1	8	18	439
2	41	41	5	3	10	301
3	35	40	8	6	11	271
4	41	30	20	3	7	260
5 gleiche Chancen	30	30	33	1	5	498
Werthaltung: mehr Eigenverantwortung vs. stärkerer Sozialstaat (Skala von 1 bis 5)						Cramers V = .15**
1 mehr Eigenverantwortung	43	33	3	5	17	256
2	38	37	6	6	13	347
3	39	40	10	3	9	501
4	34	34	18	3	11	390
5 stärkerer Sozialstaat	28	28	31	5	7	282
Werthaltung: mehr unternehmerische Freiheit vs. stärkere staatliche Kontrolle (Skala von 1 bis 5)						Cramers V = .13***
1 mehr unternehmerische Freiheit	36	43	3	5	13	442
2	39	38	8	5	11	433
3	40	31	16	4	10	519
4	34	32	20	4	9	239
5 mehr staatliche Kontrolle	31	24	32	6	8	115
Werthaltung: gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare						Cramers V = .18***
ja	36	31	22	4	8	927
eher ja	40	39	7	4	10	393
eher nein	37	44	2	3	14	219
nein	33	37	1	8	22	247



Liechtenstein-Institut · St. Luziweg 2 · 9487 Gamprin-Bendern · Liechtenstein
T +423 / 373 30 22 · info@liechtenstein-institut.li · www.liechtenstein-institut.li

ISBN 978-3-9523-4345-6